

REGION IN AKTION

Wie im ländlichen Raum
demokratische Kultur
gestaltet werden kann

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



REGION IN AKTION

**Wie im ländlichen Raum
demokratische Kultur
gestaltet werden kann**

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Inhaltsverzeichnis

Timo Reinfrank Vorwort	5
Anetta Kahane Eine besondere Herausforderung: Rechtsextremismus und der ländliche Raum	8
Jörg Wanke Engagement in der Kleinstadt: Wenn Nähe Vorteil und Belastung zugleich ist	15
I. Die Bedeutung von Kommunikation bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus im ländlichen Raum	
Johannes Staemmler Kommunikation im ländlichen Raum Ostdeutschlands	20
Sighard Neckel Kommunikation gegen Rechtsextremismus: »Eine andere Meinung und Widerstand sichtbar machen«	24
LOBBI Zum Umgang mit Einschüchterungsversuchen durch die rechte Szene	28
Michael Seidel Watum Lokalpresse so wichtig ist: »Die Schweigespirale durchbrechen«	31
Frank Meinke Tipps und Tricks für die Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen	36
Heike Radvan Verschiedene Perspektiven mitdenken – Gender und die Arbeit gegen Rechtsextremismus	40

II. Praktische Ansätze für Kommunikationsarbeit gegen Rechtsextremismus

Anna Richter: Projektansätze, die eine Region aktivieren – ein Überblick	44
Heiko Pult Kein Ort für Neonazis: Wenn Zivilgesellschaft und Verwaltungen zusammenarbeiten	48
Ergebnisse der Sozialraumanalyse in Vorpommern	54
Katharina Husemann Die Kunst, mit Kunst zu bewegen: held/in_dorf	58
Niels Gatzke Polenfeindlichkeit und der Umgang mit Polinnen und Polen	62
Stella Hindemith Zossen: Über die Vergangenheit sprechen, über die Gegenwart schweigen	66
Heiko Pult Anregung für das »Kritik üben« Wertschätzend miteinander umgehen	74
Ergebnisse der Sozialraumanalyse in Zossen	76
Benno Plassmann Wie in künstlerisch-kreativen Prozessen Personen ins Gespräch kommen	80
Anna Richter, Anika Noack Wie geht das: Demokratische Kultur aktivieren?	88
Ute Seckendorf Kunst und Rechtsextremismus: Erfahrungen ermöglichen und Horizonte erweitern	94
Swantje Tobiassen Der Osten ist nur auf der Karte rechts?! Eine Bilanz	100
Expertisen von Region in Aktion	110
Danksagungen	III

Herausgeberin: Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139, 10115 Berlin, Germany
Telefon 030. 240 886 10, Fax 030. 240 886 22
info@amadeu-antonio-stiftung.de, www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Simone Rafael, Swantje Tobiassen
Titelfoto: René Fietzek
Gestaltung:  Design

© Amadeu Antonio Stiftung 2013
Alle Rechte bleiben bei den Autoren und Autorinnen und den Fotografinnen und Fotografen.
Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier.
ISBN: 978-3-940878-15-1



Vorwort

Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung

Mit Bürgerinnen und Bürgern auf dem Lande neue Formen des Engagements wagen, Menschen Sicherheit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geben und versuchen, diejenigen mit einzubeziehen, die sich sonst nicht engagieren: Das waren unsere Beweggründe, das Projekt *Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum* zu entwickeln. Im ländlichen Raum schienen es Neonazis leichter zu haben, Kommunikationsräume zu besetzen. So berichtete etwa ein Kollege von einer Projektreise durch Vorpommern, wie die sogenannten »Boten«, die lokalen Anzeigenblätter der NPD, genauso wie der »Ikea«-Katalog in einem Dorf von Haus zu Haus gereicht wurden, ohne, dass es über deren menschenverachtende Inhalte eine Auseinandersetzung gab. Andererseits wollten wir uns nicht mit dem gängigen Klischee des »brauen« ländlichen Raums zufrieden geben, das immer im Raum steht, wenn es folgenlose politische Apellen nach den Wahlerfolgen von Rechtsextremen gab. Die sehr unterschiedlichen ländlichen Regionen Deutschlands wollten wir im Projekt nicht nur unter Aspekten der Peripherisierung, Abwanderung und Überalterung betrachten, sondern auch als Spiel- und Freiräume wahrnehmen, die wir nutzen können. Mit dem Projekt wollten wir einerseits analysieren, wie auf Nazipräsenz und rechtsextreme Wahlerfolge reagiert wird und andererseits, wie gegenseitige Achtung, Würde und demokratische Kultur auf dem Lande gestärkt werden können. Dies erscheint besonders wichtig, weil die Rechtsextremen den ländlichen Raum mit der vermeintlich »intakten Volksgemeinschaft« seit Jahren gegen die städtische »Multikulti«-Globalisierung als Alternative in Stellung bringen und dies durch strategische Raumgreifungsversuche und Immobilienkäufe untermauern.



Bezugsrahmen des Projektes war dabei der normative, prozess- und handlungsorientierte Demokratiebegriff des amerikanischen Philosophen John Dewey, sowie die Überlegungen des Frankfurter Soziologen Jürgen Habermas zur deliberativen Demokratie, die auf die partizipatorische Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger setzt. Zentral ist bei Habermas' Demokratiebegriff die Öffentlichkeit, die bei ihm mehrere Funktionen besitzt: Sie ist nötig für das Wahrnehmen von Problemen und deren Thematisierung sowie für Transparenz und Kontrolle im Umgang damit. Garant für die Übernahme der Funktionen ist die demokratische Zivilge-

sellschaft. Ebenso galt es, die autoritären Prägungen durch die DDR wie auch zum Teil unaufgearbeitete Tradierungen des Nationalsozialismus und die Gefährdungen demokratischer Kultur im Blick zu behalten, wie beispielsweise die im ländlichen Raum häufig präsente »Schweigespirale«, verbunden mit einem ebenfalls hohen Konformitätsdruck, der dazu führt, dass Rechtsextremismus ohne eine ausreichende Opferperspektive schnell dethematisiert und im gleichen Atemzug von »Nestbeschmutzung« gesprochen wird.

Auf dem Lande Bürgerinnen und Bürger beteiligen

Wir haben uns dem Kommunikationsprojekt mit der Auswertung unserer eigenen langjährigen Praxis und verschiedene Expertisen genähert (vgl. dazu www.laendlicher-raum.info) und in zahlreichen Dialogtagen und Workshops in den Projektregionen Zossen und Fahrenwalde/Vorpommern unserer Projekt diskutiert. Dies ist Gegenstand des ersten Teils des vorliegenden Buches. Ergebnis aller Veranstaltungen und der erhobenen Sozialraumanalysen war, dass die Bürgerinnen und Bürger Interesse daran haben, sich an Entscheidungen, die ihre lokalen Angelegenheiten berühren, zu beteiligen. Dem gegenüber steht der Versuch der letzten Jahrzehnte mit relativ abstrakten Regional- und Strukturfonds den ländlichen Raum politisch steuern zu wollen. Entgegen den Erfahrungen aus städtischen Kontexten, wo Bürgerinnen und Bürger verstärkt über verschiedene Formen von Bürgerengagement oder Quartiersmanagement eingebunden werden, findet auf dem Lande Vergleichbares kaum statt.

Relativ schnell war klar, dass wir den lokalen Nazi-Postillen keine eigene Medienformate entgegensetzen wollen. Dies wurde durch einen gescheiterten Praxisversuch, die Diskussionen in unserem Beirat und der wissenschaftlichen Begleitung durch das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner untermauert. Der Beirat riet uns – angesichts der kurzen Projektlaufzeit – besser auf bestehende soziale Kommunikationsräume und die Kooperation mit den kommunalen Leitmedien zu setzen. Diese Kooperation und insbesondere das Interesse und die Experimentierfreudigkeit des *Nordkuriers* mit seinem engagierten damaligen Chefredakteur Michael Seidel und des Geschäftsführers Lutz Schumacher können dabei nicht hoch genug gewürdigt werden. Besonders lesenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Interview mit Michael Seidel, der sowohl die Verantwortung von Zeitungen im ländlichen Raum als auch das Projekt Region in Aktion kritisch beleuchtet.

Soziokulturelle Methoden und künstlerische Interventionen erproben

Kern des Projekts war der Versuch, demokratische Kommunikationsräume in Zossen und Vorpommern zu eröffnen. Dies waren das darstellende Kunstprojekt *held/in_dorf*, das zivilgesellschaftliche Heldinnen und Helden und deren Arbeit in Vorpommern bekannt gemacht hat, und das intergenerative Dialog-Projekt *denkmal_weg* in Zossen, wo steinerne und lebendige Denkmäler im Stadtbild bewusst oder unbewusst ihrerseits als sichtbare Zeugen für die Geschichte und die Auseinandersetzung mit der Demokratie und Rechtsextremismus stehen. Diese beiden Projekte hatten jeweils eine längere lokale Vorlaufzeit und wurden intensiv nach-

bereitet, wobei die Auswertung Gegenstand des zweiten Teils des Buches ist. Beide Projekte nutzen einen aktivierenden Ansatz, der mit soziokulturellen Methoden und künstlerischen Interventionen verschränkt ist. Hier kam dem Projekt die gute Zusammenarbeit mit der Compagnie *The Working Party* zu Gute, die auf die partizipatorische Erarbeitung von Inszenierungen spezialisiert ist. Deren Co-Regisseur Benno Plassmann reflektiert im Kapitel »Kommunikation und Kunst« über die Verknüpfung von künstlerischer und gesellschaftlicher Dramaturgie. Ebenso werden auch beide Projektorte anhand ihrer Erfahrungen im Projekt von Stella Hindemith und Katharina Husemann analytisch beschrieben. Fehlschläge, Handlungskonzepte und Erfolge des Projektes bilanziert Swantje Tobiassen in ihrem abschließenden Beitrag »Der Osten ist nur auf der Karte rechts?!«

Die Umsetzung von *Region in Aktion* wäre nicht möglich gewesen ohne die gute Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern in Mecklenburg-Vorpommern, dem *schloss bröllin e. V.*, einer weit über die Grenzen Mecklenburg-Vorpommerns bekannten »international art research location« und der Brandenburger Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht* mit ihrem Sprecher Jörg Wanke, die sich seit Jahren mit großem persönlichem Einsatz gegen Rechtsextremismus in Teltow-Fläming engagiert, sowie der Stadt Pasewalk mit ihrem Bürgermeister Rainer Dambach und der Kulturamtsleiterin Jutta Bressen sowie der Stadt Zossen mit der Bürgermeisterin Michaela Schreiber und dem Pressesprecher Axel Jürs. Danken möchten wir auch allen beteiligten Einrichtung und den engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus Zossen und Vorpommern. Ganz besonders möchten wir uns auch für die Unterstützung des Bundesinnenministeriums und der Regiestelle von »Zusammenhalt durch Teilhabe« und der *Freudenberg Stiftung* bedanken, die uns die Durchführung dieses Projektes ermöglicht haben.

Das Projekt kann sich über eine rege Beteiligung vieler Initiativen, Einrichtungen und Vereine in beiden Projektregionen freuen, viele dauerhafte Kooperationen sind entstanden und die Handreichungen und eine Ausstellung zu den Projektergebnissen hinterlassen nachhaltige Anregungen für die Verbesserung der demokratischen Kultur vor Ort. Aber das kontinuierliche Engagement ist kein Selbstläufer. Im Laufe des Projektes ist deutlich geworden, dass auch immer ganz konkrete Aktionen notwendig sind, um sich in akuten Fällen rechtsextermer Gewalt und neonazistischen Raumgreifungsversuchen entgegenzustellen, wie dies bei einem NPD-»Pressefest« sehr erfolgreich gelungen ist, oder wie die Kolleginnen und Kollegen der *RAA Mecklenburg-Vorpommern* pointiert das Thema Polenfeindlichkeit in der Grenzregion bearbeitet haben. Die Gestaltung der demokratischen Kultur bleibt in jedem Fall eine gemeinsame Daueraufgabe, für alle Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie für Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Ein Gradmesser dafür ist und wird es in Zukunft noch stärker sein, der Umgang mit Minderheiten, Einwanderern und Einwanderinnen und Menschen, die aufgrund von Bürgerkriegen, ethnischer und religiöser Verfolgung oder wirtschaftlicher Not Zuflucht in Deutschland suchen und der Perspektive von Frauen und älteren Menschen.

Eine besondere Herausforderung: Rechtsextremismus und der ländliche Raum

Anetta Kahane

Bereits kurz nach ihrer Gründung setzte die *Amadeu Antonio Stiftung* einen Schwerpunkt im ländlichen Raum. Dabei konzentrierte sie sich auf Gegenden in Sachsen und Vorpommern. Sie sollten zu Modellregionen für die Arbeit der Stiftung werden. Zum einen, weil der Rechtsextremismus dort besonders präsent war. Und zum anderen, weil es dort oft besonders schwer fällt, aktiv zu werden. In kleinen Städten und Dörfern fehlte oft eine couragierte Zivilgesellschaft, also engagierte Bürgerinnen und Bürgern, die selbst dafür sorgen können, dass junge Leute sich nicht radikalisieren und Erwachsene in die Schranken gewiesen werden, die sie durch hasserfüllten Populismus auch noch darin bestärken. Seit der Wiedervereinigung hat sich der Rechtsextremismus im Osten Deutschlands weiter entwickelt, aber er bleibt präsent. Rechtsextremismus kam aus der Mitte der DDR-Gesellschaft und mischte sich mit einem rebellischen Antikapitalismus zu einem neuen nationalen Sozialismus. Er drang in die Jugendkultur ein und wurde dabei flankiert von der Abwehr der erwachsenen Mehrheitsgesellschaft gegen »die Ausländer«. Ohne Rassismus als Alltagsphänomen quer durch alle politischen Haltungen hätte der Rechtsextremismus niemals so erfolgreich werden können. Es fehlte Empathie für jene, die von rassistischer Verachtung getroffen wurden. Das machte es leichter, auch offensichtlichen Rechtsextremismus zu verdrängen, zu verleugnen oder sogar gut zu heißen. Der Anpassungs- und Konformitätsdruck, in kleineren Ortschaften besonders präsent, erschwerte es Menschen über viele Jahre sehr, sich gegen diesen Trend zu stellen.

Die *Amadeu Antonio Stiftung* entstand als Antwort auf diese Vereinzelung der Engagierten gerade in kleineren Orten. Nachdem bereits vor der Gründung der Stiftung durch die RAA (*Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie*) und das *Zentrum Demokratische Kultur* die Situation in Kommunen analysiert und Handlungsempfehlungen entwickelt wurden, lag es auf der Hand, die gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse durch die Stiftungsarbeit zu multiplizieren und daraus weitere Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Wichtigste war: die zivile Gesellschaft vor Ort ist die einzig denkbare Partnerin, um Rechtsextremismus entgegenzutreten zu können. Gibt es niemanden dort, dann stehen die Dinge zunächst schlecht. Gibt es jedoch jemanden, auch wenn er noch nicht in Erscheinung tritt, dann kann sich auch eine demokratische Alltagskultur entwickeln, deren entscheidender Grundsatz die Gleichwertigkeit aller Menschen ist. Potenzielle Partner und Partnerinnen zu finden, sie zu ermutigen und zu unterstützen, ist die zentrale Aufgabe der *Amadeu Antonio Stiftung*. Wer können diese Partnerinnen und Partner sein? Oder anders

formuliert: Wer gehört eigentlich zur Zivilgesellschaft, und wer nicht? Dieser Frage kommt in der Folge noch einige Bedeutung zu.

Der ländliche Raum hat sich in den letzten Jahren entwickelt. Einigen Regionen geht es wirtschaftlich sehr gut, andere haben mit Abwanderung und Überalterung zu tun. Einigen ist es gelungen, ein integrativer Ort für Menschen zu sein, auch wenn die Gesellschaft sich ausdifferenziert hat. Bei anderen gibt es dafür weniger Chancen. In manchen Orten stieß der Rechtsextremismus irgendwann auf Widerstand oder Unmut, der es schaffte, ihn unattraktiv werden zu lassen. In anderen ist das nicht gelungen. Gelingen oder Misslingen hat mit vielen Aspekten zu tun. Allerdings spielt die wirtschaftliche Lage meist keine wesentliche Rolle. Alle Orte in ländlichen Regionen haben sich verändert – in ihrer Struktur, ihren Bauten, ihrer Bevölkerung. Und unabhängig davon, um welche Veränderung es sich handelt, die Menschen müssen sie zunächst wohl oder übel akzeptieren. Solche Entwicklungen verlaufen dynamisch oder langsam, je nach den Umständen, doch sie sind – gemessen an der Zeit um den Mauerfall – in jedem Fall auffällig und meist auch dramatisch. Allein dies hat dafür gesorgt, dass die Menschen sich dazu verhalten müssen; sie begrüßen diesen Wandel oder wehren sich gegen ihn und sie tun dies unmittelbarer als in großen Städten. Es ist ein Teil ihrer Alltagskommunikation.

Die Zivilgesellschaft

Der Begriff Zivilgesellschaft hat eine lange Geschichte. In ihr spiegelt sich, um es stark zu vereinfachen, die Geschichte des Aufbegehrens gegen die jeweils herrschende Macht mit zivilen Mitteln. Ziel dabei war und ist immer mehr, möglichst viele Teile der Gesellschaft in die Ausformung der Rechte von Individuen einzubeziehen. Der Adel gegen die absolute Monarchie verlangte Mitbestimmung, das Bürgertum gegen den Adel, das Parlament gegen die Monarchie, die Frauen gegen ihren Ausschluss vom Wahlrecht und so weiter. In der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie gibt es auch weiter vermeintliche Minderheiten, die nach der Ausformung ihrer Rechte verlangen. Dabei ist die Gleichstellung und Partizipation der jeweiligen Gruppen stets das Ziel ihrer zivilen Bemühungen. Heute beispielsweise sind es Homosexuelle und Einwanderer, die nach gleichen Rechten verlangen. Vor einigen Jahren waren es Menschen mit Behinderungen, die eine Anpassung des öffentlichen Lebens auf ihre Situation bestanden.

Die zivile Gesellschaft, manchmal wird sie auch Bürgergesellschaft genannt, kennt aber auch mittelbare Ziele. So ist die Bewegung zum Umweltschutz inzwischen selbstverständlich und hat auch in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht. Die Umwelt kann sich nicht selbst vertreten im Gegensatz zu Menschen, die für ihre Rechte eintreten. Deshalb hat die Umweltbewegung unter anderem dafür gesorgt, dass im Gesetz Handlungen zum Nachteil der Umwelt auch strafbar sind, auch wenn die Umwelt selbst sie nicht anzeigen kann. Dies tun Organisationen der zivilen Gesellschaft, die ihre Interessen vertreten. Etwas Ähnliches für die demokratische Kultur ins Gesetz zu bringen würde es möglich machen, Handlungen unter Strafe zu stellen, die eben diese demokratische Kultur im gesellschaftlichen

und öffentlichen Leben unmöglich machen. Wäre es zum Beispiel in einem Ort allgemeine Praxis, dass Menschen mit dunkler Hautfarbe nicht mit dem Schutz der Behörden vor Übergriffen und Schikanen rechnen können, dann könnte eine zivilgesellschaftliche Organisation dies anklagen. Solches Vorgehen würde rasch zur Verbesserung der Standards innerhalb der Institutionen führen, genauso wie es im Umweltschutz zu neuen Normen in der Industrie gekommen ist.

Doch bevor es soweit ist, müssen die Bürgerinnen und Bürger bereit sein, sich für solche Ziele zu engagieren. Damit kommt die Frage auf, wer eigentlich zur Zivilgesellschaft gehört. In einer immer differenzierter arbeitenden Demokratie, in der immer mehr Menschengruppen die Ausformung ihrer Rechte erreichen, können sich entsprechend auch immer mehr engagieren. Denn dies wird zu einer individuellen Entscheidung und muss niemanden ausschließen. In der Geschichte des Begriffs Zivilgesellschaft gab es Momente harter gesellschaftspolitischer Gegnerschaft, die kaum ein Abweichen aus den jeweiligen Rollen zuließen. Im Konflikt zwischen der absoluten Monarchie und dem Bürgertum oder niederem Adel war es kaum vorstellbar, dass der Hof selbst sich für die Rechte der Niederen stark gemacht hätte. Heute aber muss es keinen Gegensatz zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite und dem Anliegen der Bürger und Bürgerinnen auf der anderen Seite geben. Protestieren Bewohner und Bewohnerinnen eines Ortes gegen Neonazis und verlangen mehr Aufmerksamkeit durch die Kommune, dann muss es keinesfalls heißen, dass alle Personen, die in der Kommune arbeiten, gegen einen solchen Protest oder ein solches Verlangen wären. Im Gegenteil: der Mitarbeiter einer Verwaltung, eine Parlamentarierin oder sogar ein Minister können sich für eine solche Forderung stark machen. In diesen Institutionen finden sich viele Menschen, die genau wie andere Dinge bewegen und die etwas erreichen wollen. Gerade beim Thema Rechtsextremismus sollte dies Konsens sein. Bürger und Bürgerinnen sind alle. Zivile Gesellschaft können viele sein, nämlich diejenigen, die sich für die Ausformung und den Schutz von Rechten einsetzen – auch gegen eine Mehrheitsmeinung.

Das Handeln von Personen kann selbstverständlich in diesem Sinne engagiert und mutig sein, auch wenn sie im Staatsapparat beschäftigt sind. Gerade auf kommunaler Ebene ist es wichtig, solche Personen zu finden und auch sie zu ermutigen und zu unterstützen. Rechtsextremismus zu bekämpfen ist ein komplexes Feld. Es reicht nicht, Nazis zu vertreiben. Um eine demokratische Alltagskultur lebendig zu machen, muss sich oft in vielen Bereichen des kommunalen Lebens etwas ändern oder weiterentwickeln. Was genau das jeweils sein muss, sollten engagierte Bürgerinnen und Bürger außerhalb und innerhalb der Verwaltungen erdenken. Für manches braucht es keinerlei staatliches Handeln, für anderes schon. In manchem kann der Staat hindernd sein, in anderem hilfreich. Allen, die in diesem Feld arbeiten, sei also dringend geraten, hier keine ideologischen Abgrenzungen vorzunehmen, sondern sich von den Chancen und realen Bedingungen in der Kommunikation und Kooperation leiten zu lassen. Anders ist das komplexe Ziel einer Kommune mit einer Alltagskultur ohne Diskriminierung von Gruppen und Personen nicht zu erreichen. Ist man sich über dieses Ziel im Klaren und darüber, dass es hier keinen

ideologischen Konflikt geben sollte, dann kann über die Art der Kommunikation und Kooperation nachgedacht werden. Die *Amadeu Antonio Stiftung* hat sich seit Beginn ihrer Arbeit im ländlichen Raum in diesem Sinne für eine offene, an den Gegebenheiten und Möglichkeiten orientierte Kultur der Zusammenarbeit aller Gruppen und Personen eingesetzt.

Kommunikation und Kooperation

Wie bereits festgestellt, ist die Kommunikation im ländlichen Raum stets unmittelbarer als in der Anonymität der Großstädte. Hier kennen sich die Bewohnerinnen und Bewohner; sie verbindet das Auf und Ab ihres Ortes, die persönlichen Hochs und Tiefs von Nachbarn, Freunden und Freundinnen oder sogar Feinden und Feindinnen. Sie sind verbunden mit dem Ort auf eine Art, die in der deutschen Sprache am besten mit dem Wort Heimat seinen Ausdruck findet. In diesem Wort spiegelt sich Tradition wie Verbundenheit, es assoziiert ebenso die Gemeinschaft von Menschen wie die Landschaft einer Region. Trotz dieser Reihe positiv besetzter Begriffe waren und sind die Kommunikation und Kooperation nicht immer in gleicher Weise positiv. Gerade wenn die Erwartungen an einen Ort als heimatliche Idylle besonders groß sind, prallen sie ungebremst auf die Probleme des Alltags und des Lebens im Allgemeinen. Besonders offensichtlich war die Diskrepanz zwischen Idylle und Realität in den Zeiten des Nationalsozialismus. Aus der aggressiven Abwehr gegen alles vermeintlich Fremde wurde die Ausgrenzung der eigenen Nachbarn und schließlich ihre Vertreibung und der Mord an ihnen. Diese krasse Diskrepanz hat dafür gesorgt, dass der Heimatbegriff heute ambivalent und umstritten wahrgenommen wird.

Die Verteidigung der Idylle um jeden Preis hat gerade die schlimmste Barbarei, zu der Menschen in der Lage sind, gerechtfertigt oder sogar hervorgebracht. Diesem Heimatbegriff wird bis heute angelastet, dass er Konflikte vermeidet, ausblendet, abwehrt und damit Aggression und Hass potenziert. Der Zivilisationsbruch von Holocaust und Vernichtungskrieg konnte möglich werden, weil eine konfliktbereite zivile Gesellschaft kaum vorhanden war. Im ländlichen Raum, der als Sinnbild deutscher Heimat, deutschen Blutes und deutschen Bodens galt, traf dies besonders zu. Eine Kultur von Gemeinschaft, die Verschiedenheit, Konflikte und Widersprüchlichkeit einschließt, zieht heute Schritt für Schritt auch in den ländlichen Raum ein. Die alte, eher auf Abschottung beruhende Gemeinschaft ist definitiv ein Auslaufmodell. Die Frage ist nur, wie Menschen und Politik mit dieser Tatsache umgehen. Nehmen sie diese Herausforderung an und gestalten die Zukunft? Oder wehren sie sich, beharren auf Abgrenzung? Wie diese Frage beantwortet wird, sagt viel über die Kommunikation und Kooperation innerhalb des Gemeinwesens. In den Kommunen gibt es oft unterschiedliche Auffassungen über das richtige Vorgehen. Daher spielen diejenigen Bürger und Bürgerinnen eine besondere Rolle, die als Meinungsführer und Meinungsführerinnen gesehen werden. Sie können es qua Amt sein, so wie Bürgermeister und Bürgermeisterinnen oder Pfarrer und Pfarrerrinnen, aufgrund ihres Einflusses wie Unternehmer und Unternehmerinnen oder

Redakteure und Redakteurinnen, oder als Vertreter und Vertreterinnen von traditionsreichen Vereinen. Andere werden gehört, weil ihre Persönlichkeit sie Einfluss und Ausstrahlung haben lässt, weil sie beispielsweise besonders organisations- und konfliktfähig sind.

Im öffentlichen Leben in der Kommune hängt viel von den Meinungsführern und Meinungsführerinnen ab. Oft sogar mehr als von Vertretern und Vertreterinnen von Parteien oder Verbänden. Das ist, neben der größeren Nähe der Menschen untereinander, ein wichtiger Unterschied zwischen dem urbanen und dem ländlichen Raum. Hier werden die Konflikte ausgetragen, das Selbstbild des Ortes bestimmt, verteidigt oder verändert. In kleinen Orten aber gelten Konflikte häufig als ein Zeichen dafür, dass die erhoffte Gemeinschaft nicht richtig funktioniert. Deshalb kann es Bemühungen geben, Konflikte klein zu halten, abzuwehren oder gar unter den Teppich kehren zu wollen. Obwohl lebendiges Aushandeln von Konflikten oft weit produktiver und integrativer für die Kommune ist, erzeugt es bei manchen ein Gefühl von Unsicherheit oder gar Furcht, in diesen Konflikten zu versagen oder zu unterliegen.

Bei den Aktivitäten der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus geht es vor allem anderen um demokratische Alltagskultur im Ort, die allen Mitsprache ermöglicht und das Klima im Ort dauerhaft verändert. Demokratische Alltagskultur erprobt sich oft zunächst unabhängig von Strukturen der repräsentativen Demokratie im Ort – bevor sie diese inspiriert. Es kann also sein, dass in der Zivilgesellschaft ein Thema diskutiert wird und erst sehr viel später im Prozess der Auseinandersetzung die lokalen Parlamente erreicht und in Beschlüssen mündet. Demokratische Kultur, dies sei an dieser Stelle noch einmal betont, meint das generelle Klima, die Möglichkeit, offen über Themen sprechen zu können, die die Rechte von Minderheiten betreffen, mit dem Ziel, Standards auszuhandeln, die diese Rechte schützen. Die Frage, ob eine Kommune beispielsweise eine Asylunterkunft als Fremdkörper bekämpft oder sich um deren Bewohner und Bewohnerinnen bemüht, sagt viel über den Grad der demokratischen Kultur aus. Das Gleiche gilt beim Rechtsextremismus. Wird er als Problem wahr- und ernstgenommen oder wird er relativiert oder gar entschuldigt als krisenbedingtes Verhalten junger Rebellinnen und Rebellen, deren abweichende politische Orientierung auch noch der »großen Politik« angelastet wird? Häufig geht eine solche Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus mit dem Wunsch einher, von derlei Problemen nichts an die Außenwelt dringen zu lassen, um so dem Ruf des Ortes nicht zu schaden. Die Identifikation mit dem Ort oder der Verwaltungseinheit des Ortes ist dabei oft erstaunlich hoch und geht mitunter weit über das hinaus, was mit Heimatort gemeint sein kann, denn viele Kommunen unterliegen inzwischen einer gemeinsamen Verwaltung mit anderen, weiter entfernt liegenden Orten, die wenig mit gewachsenen Strukturen zu tun haben.

Alle diese Dinge spielen bei der Kommunikation und Kooperation im ländlichen Raum eine große Rolle. Es erfordert von sämtlichen Beteiligten in einem Aushandlungs- und Diskussionsprozess eine solide Kenntnis der Verhältnisse und einen souveränen Umgang miteinander. Das schließt keineswegs heftige Kontroversen

aus. Der erste und wichtigste Schritt in einer Kommunikation, die zu Kooperation führen soll, ist zunächst Respekt vor dem Gegenüber – auch um die Furcht vor Konflikten und Veränderungen generell abzubauen. Ebenso wichtig ist es, deutlich zu machen, dass der Ruf einer Kommune umso besser wird, wenn sie sich nicht vor Konflikten drückt, sondern Lösungen dafür anstrebt. Das mag einfach klingen, ist jedoch unter den Bedingungen des ländlichen Raums die größte Herausforderung. Die Bewohner und Bewohnerinnen mitzunehmen und sie auch in anderen Fragen partizipieren zu lassen, wird so einfacher und ist ein weiterer Schritt zu einem Gemeinwesen, das sich vor demokratischer Kultur nicht fürchtet, sondern sie vielmehr als Gewinn begreift.

Region in Aktion – Vorpommern und Zossen

Das Projekt *Region in Aktion* ist von der *Amadeu Antonio Stiftung* konzipiert worden, um in der Praxis herauszufinden, wie in ländlichen Regionen dem wachsenden Einfluss Rechtsextremer am gelungensten entgegengewirkt werden kann. Gerade in Ostvorpommern zeigte sich während der Wahlkämpfe, dass die NPD dort sehr aktiv ist und viele Anhänger und Anhängerinnen hat, während sich die demokratischen Parteien immer weiter zurückziehen. Die Vernetzung der Rechtsextremen wuchs, die der Demokratinnen und Demokraten war wenig vorhanden. NPD-Mitglieder gaben sich als Kümmerer aus, während die staatlichen Strukturen gerade in wenig besiedelten Gebieten immer mehr ausgedünnt wurden. Klassische Medien und die lokale Öffentlichkeit wie Regionalzeitungen hatten mit Anzeigenrückgängen und Leserschwund zu kämpfen. Populistische Slogans der NPD griffen Konflikte in den Kommunen auf, vor denen die standardisierten Antworten der Demokraten und Demokratinnen verblassten. Mit anderen Worten: die Rechtsextremen profitierten vom allgegenwärtigen Unwillen, sich mit Konflikten auseinanderzusetzen. Als die NPD jedoch beschloss, ihr Pressefest in Viereck bei Pasewalk abzuhalten, begann ein Wendepunkt. Die Bürger und Bürgerinnen in der Region, die die Entwicklung der NDP und der Nazikameradschaften bisher eher schweigend missbilligt haben, organisierten nun eine große Gegenveranstaltung mit mehr als 2.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen und blieben auch später dem Problem gegenüber aufmerksam.

Die Situation in Zossen ist anders. Hier gibt es eine lokale rechtsextreme Szene und aktive Neonazis, jedoch keine flächendeckend funktionierende Strategie der NPD. Die Nazis sind präsent und auch gewaltbereit, jedoch dominieren sie nicht die Kultur im Ort. Die Region Zossen ist weniger dünn besiedelt und hat daher keine Probleme mit dem Rückzug kommunikativer oder staatlicher Strukturen. Die Strukturprobleme unterscheiden sich hier kaum von denen anderer Regionen. Im Gegenteil: der Gemeinde, der auch verschiedene kleine Ortschaften angehören, geht es wirtschaftlich gut. Durch kleine und größere Unternehmen und Betriebe ist hier eine ansehnliche Mittelschicht herangewachsen. Das hat viel Mühe gekostet inmitten von Brandenburg, und auch deshalb fürchten die Bürgerinnen und Bürger, dass es vielleicht nicht so bleiben könnte. Konkrete Gründe braucht es für diese

Sorge nicht. Der verhältnismäßig gelungene Aufstiegs birgt immer auch eine Angst vor Abstieg.

Auch aus diesem Grund reagieren Stadtverwaltung und einflussreiche Bürger und Bürgerinnen besorgt, wenn von rechtsextremen Übergriffen berichtet wird. Sie sehen darin den Ruf ihrer Stadt und ihres Standortes bedroht und sich Vorwürfen ausgesetzt, nicht genug gegen Rechtsextremismus zu tun, oder ihn des Images wegen sogar zu verharmlosen. In dieser Rolle gefangen, war es kaum möglich, Allianzen mit jenen zu bilden, die ihre Aufgabe in der Bekämpfung des Rechtsextremismus sahen. Und umgekehrt konnten Initiativen wie die Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht* nicht aus der Rolle der Anklägerin über die Zustände in Zossen heraus, die stets auch eine Kritik an der abwehrenden Haltung der Stadtverwaltung enthielt. So baute sich ein Konflikt in der Stadt auf, der auch in den Medien wahrgenommen wurde. Das führte schließlich dazu, dass die Stadtverwaltung umso heftiger bedrängt wurde, je mehr sie versuchte, die Berichterstattung über Nazivorfälle mit dem Hinweis darauf abzuwehren, dass Zossen ja noch weit mehr zu bieten habe, worüber sich doch auch positiv berichten ließe.

In beiden Orten ist ein Prozess in Gang gekommen, bei dem Kommunikation und Kooperation eine wichtige Rolle spielen. In beiden Orten finden zahlreiche Projekte statt, über die eine neue Art Gemeinschaft ihren Anfang haben kann. Doch der Weg ist sehr lang. In Zossen ist das Ziel, dass alle Beteiligten die Notwendigkeit einer Kooperation der Zivilgesellschaft anerkennen und dass daraus niemand ausgeschlossen bleiben muss, der sich für demokratische Kultur in seiner jeweiligen Rolle engagiert. In der Region Vorpommern ist das Ziel, mehr Selbstorganisation bei den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und weniger Fixierung auf den Staat, der alles zu regeln hat. Dies ist eines der Grundprobleme in der Region, die zu langer Passivität geführt und damit den Nazis Erfolge ermöglicht hat. Die Menschen in beiden Regionen haben Grund stolz zu sein, auf das, was sie erreicht haben. Daraus auch Selbstbewusstsein zu schöpfen, ist sehr wichtig. Denn nur mit selbstbewusster Souveränität können die nächsten Schritte in die Kommune der Zukunft unternommen werden, in der kein Platz mehr ist für ein Klima der Angst, weil sich Menschen von Nazis bedroht sehen. Wahrscheinlich verschwinden Rechtsextreme nicht einfach. Doch in den Kommunen im ländlichen Raum sollte ihnen klar gemacht werden, dass es hier einen Konsens gibt, der sich klar gegen jede Art von Hass auf Minderheiten wendet. Dabei müssen alle mitmachen. Was wir brauchen, ist eben eine Region in Aktion.

Anetta Kabane ist Vorsitzende des Vorstandes der Amadeu Antonio Stiftung. Als erste und einzige Ausländerbeauftragte des Magistrats von Ost-Berlin warnte sie eindringlich vor den Gefahren des Rechtsextremismus. 1991 gründete sie die RAA e. V. für die neuen Bundesländer (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie). 1998 gründet Kabane die Amadeu Antonio Stiftung und ist seit 2003 deren Kuratoriumsvorsitzende. Im Sommer 2002 wurde Anetta Kabane mit dem Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin ausgezeichnet.

Engagement in der Kleinstadt: Wenn Nähe Vorteil und Belastung zugleich ist

Versicherungsmakler Jörg Wanke engagiert sich im brandenburgischen Zossen gegen Rechtsextremismus. Die Stadt hat 17.500 Einwohnerinnen und Einwohner. Lokale hochaggressive Kameradschaftsnazis machen dieses Engagement notwendig und nicht gerade ungefährlich. Ein Gespräch über Motivationen und Frustrationen bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Das Interview führte Stella Hindemith.

Seit wann und warum engagieren Sie sich gegen Rechtsextremismus?

Im Jahre 2008 kam es in meiner Heimatstadt Zossen zu verschiedenen rechtsextremen Aktivitäten, die vor allem von den damals noch nicht verbotenen »Freien Kräften Teltow-Fläming« ausgingen. So bemerkte ich an einem Novemberabend, als ich aus dem Büro kam, eine fast gespenstisch wirkende »Mahnwache« von Rechtsextremen auf dem Zossener Marktplatz. Fackeln tragend marschierten sie vom Platz. Das hätte ich vordem nicht für möglich gehalten und empfand es als eine Zumutung! Nachdem ich mit Freunden und Bekannten gesprochen hatte, denen es ähnlich ging, gründeten wir Anfang 2009 die Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht*. Das Motiv, mich zu engagieren, war anfangs eher emotional geprägt. Zunehmend gelangte ich zu der Überzeugung, dass Rechtsextremismus für die Demokratie eine Gefahr darstellt. Ich lebe und arbeite in der Stadt Zossen und habe damit auch eine Mitverantwortung für deren demokratischen Bestand und Entwicklung.

Wie sieht Ihr Engagement konkret aus?

Seit dem Entstehen der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht* bin einer der Sprecher und insbesondere für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Natürlich arbeite ich auch in der Bürgerinitiative bei den verschiedenen Projekten mit: Informations- und Bildungsveranstaltungen, Lesungen, Diskussionsrunden. Derzeit trifft sich die Bürgerinitiative monatlich, um über die Projekte zu sprechen. In diesem Jahr befassen wir uns vor allem mit der Aufarbeitung der Geschichte Zossens im Jahre 1933.

Das Engagement nimmt neben der Arbeit viel Zeit in Anspruch, mehrere Stunden pro Woche. Aber es ist mehr als Arbeit. In der Bürgerinitiative hat sich ein Kreis von Menschen gefunden, die sehr effektiv miteinander arbeiten und sich gegenseitig schätzen. Trotz der ernsten Themen wird auch viel gelacht!

Wie organisieren und vernetzen Sie sich? Welche Unterstützung erfahren Sie wo?

Die Bürgerinitiative versteht sich als Netzwerk. Hier gilt das Prinzip, dass jeder und jede an den Themen mitwirken und sie gestalten kann. Die Bürgerinitiative selbst ist im Land Brandenburg vernetzt. Wir arbeiten mit dem *Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, hier bin ich auch Vorstandsmitglied, dem *Toleranten Brandenburg*, der *Opferperspektive*, dem *Mobilen Beratungsteam* und anderen zusammen. Diese Unterstützung von außen war gerade in den Aufbaujahren der

Bürgerinitiative sehr wichtig. Heute nutzen wir die guten Kontakte vor allem, wenn es konkrete Fragen gibt. Nur durch diese Zusammenarbeit im Land Brandenburg, oft auch als »Brandenburger Weg« in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bezeichnet, konnte die Bürgerinitiative entstehen und sich festigen.

Persönlich erhalte ich viel Unterstützung in der Bürgerinitiative. Aber auch durch Zossener Bürger und Bürgerinnen, die mich oft fragen, ob sie helfen können.

Auf welche Widerstände oder Probleme stoßen Sie?

Von Beginn an wurde die Bürgerinitiative in der Stadt Zossen von Teilen der Politik und von der Bürgermeisterin der Stadt als Störfaktor betrachtet. Ursache hierfür ist vor allem die unterschiedliche Bewertung des Rechtsextremismusproblems in der Stadt, aber auch der Umgang damit. Immer wieder wird uns vorgeworfen, dass wir den Rechtsextremismus unnötig aufbauschen oder überbewerten. Aber auch unsere Konzepte gegen den Rechtsextremismus, die sich vor allem für eine lebendige demokratische Kultur einsetzen, wurden nicht unterstützt oder sogar abgelehnt. Besonders deutlich wurde das bei dem Versuch des Wiederaufbaus des *Hauses der Demokratie*, das durch einen rechtsextremen Brandanschlag Anfang 2010 völlig zerstört wurde. Hier wurde argumentiert, ein *Haus der Demokratie* in Zossen sei nicht notwendig, da man schon das Rathaus hätte.

Werden Sie von Rechtsextremen bedroht?

Die Strategie der rechtsextremen »Freien Kräfte Teltow Fläming« war in Zossen immer vorrangig auf Gewalt ausgerichtet. Die Bürgerinitiative sollte eingeschüchtert und von ihrem Engagement abgebracht werden. Dabei war die politische Arbeit zur Durchsetzung rechtsextremer Zielstellungen zweitrangig. Der Brandanschlag auf das *Haus der Demokratie*, Morddrohungen gegen Mitglieder der Bürgerinitiative, Sachbeschädigungen in Form von eingeschlagenen Fensterscheiben und gesprengten Briefkästen, Schändungen von Denkmälern und den Zossener Stolpersteinen sowie unzählige Farbschmierereien traten von 2009 bis 2012 immer wieder auf. So wurde über einen langen Zeitraum eine Bedrohungssituation geschaffen und auch ich musste lernen, mit diesen teilweise sehr persönlichen Angriffen umzugehen. Ein Tiefpunkt war dabei der Angriff auf unser privates Haus Ende letzten Jahres.

Wie gehen Sie damit um?

Natürlich gehen diese Gewalttaten nicht spurlos an mir vorbei. Mit der Angst leben lernen musste ich insbesondere nach dem Anschlag auf unser Haus, der noch immer unaufgeklärt ist. Im Laufe der Zeit haben sich zwei Strategien des Umgangs mit dieser Angst herausgebildet. Erstens gibt es eine große Solidarität innerhalb der Bürgerinitiative gerade in solchen Situationen. Schnell wird ein Treffen organisiert, über die Vorfälle gesprochen und Maßnahmen des gegenseitigen Schutzes besprochen. Eine große Rolle spielt dabei auch die Hilfe die aus dem Landkreis Teltow-Fläming, den befreundeten Initiativen aus den Nachbarorten und dem Land Brandenburg kommt. Die Landesregierung, wie auch das *Tolerante Brandenburg*, hat sich immer

sofort gemeldet, wenn es eine schwierige Situation in Zossen gab. Zweitens stellen wir nach derartigen Gewalttaten sofort Öffentlichkeit her und informieren die regionalen und überregionalen Medien. Die Öffentlichkeit ist ein wichtiger Schutz. Natürlich sind meine Lebensgefährtin, die selber seit langer Zeit in der Bürgerinitiative aktiv ist, und meine Familie wichtige Hilfen. Ohne diese Unterstützung wäre ein solches, teilweise gefährvolles, Engagement nicht möglich.

Welche Vorteile und welche Nachteile sehen Sie darin, sich in einer Kleinstadt gegen Rechtsextremismus zu engagieren?

Hier sehe ich zuerst die Vorteile: die Akteure und Akteurinnen, die gegen den Rechtsextremismus eintreten, kennen sich besser, auch die Motive und Interessen des Handelns sind bekannt. Entscheidend ist jedoch der enge Bezug zur überschaubaren Stadt oder Region. Die Resultate des Engagements sind deutlicher spür- und sichtbar, man hat das berechtigte Gefühl, etwas bewegen oder erreichen zu können! Nachteilig ist die ständige Belastung und Konfrontation mit den Konflikten, die das Engagement mit sich bringt. Es gibt weniger Rückzugsmöglichkeiten und man wird in allen Bereichen des Lebens, bei der Arbeit, im Sportverein, bei anderen kommunalpolitischen Aktivitäten, etwa in einer Bürgerinitiative, die sich um ein infrastrukturelles Problem kümmert, mit dem Engagement gegen Rechtsextremismus in Verbindung gebracht. Und das häufig nach meiner Erfahrung nicht immer positiv. Diese Konflikte vor Ort in einer Kleinstadt, die Beschimpfungen von Teilen der Politik als »Nestbeschmutzer« oder »Hassprediger«, weil wir ein Problem in der Stadt benannt haben, kosteten in der Vergangenheit mehr Kraft und Zeit als die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen.

Seit anderthalb Jahren beteiligen Sie sich am Projekt *Region in Aktion*. Welche positiven Entwicklungen gab es aus Ihrer Sicht innerhalb dieses Zeitraums in Zossen?

Das Projekt *Region in Aktion* hat die politische Kultur in Zossen entscheidend bereichert. Es entwickelten sich neue Aktionsformen und Herangehensweisen. Zudem wurden völlig neue Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen erschlossen. Es gibt auch spürbare atmosphärische Änderungen in der Stadt. Die von dem Projekt genutzten Aktionsformen kommen bei den Bürgern und Bürgerinnen an und schaffen neue Zugänge.

Jörg Wanke gründete im Januar 2009 gemeinsam mit anderen die Bürgerinitiative Zossen zeigt Gesicht. Seitdem ist er einer der Sprecher der Initiative und vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Jörg Wanke ist außerdem Vorstandsmitglied des Aktionsbündnisses Brandenburg. Er arbeitet seit 1990 in Zossen als selbstständiger Versicherungsmakler und gehört keiner Partei an.





**I. Die Bedeutung
von Kommunikation
bei der
Bekämpfung
von
Rechtsextremismus
im ländlichen
Raum**

Foto: René Fietzek

Besonderheiten von Kommunikation im ländlichen Raum Ostdeutschlands

Johannes Staemmler

Im Spiegel der öffentlichen Wahrnehmung sieht der ländliche Raum Ostdeutschlands landschaftlich hübsch, aber sozial düster aus. Als charakteristisch werden der Wegzug der Jüngeren und Überalterung der lokalen Gesellschaft, die Häufung rechtsextremer Vorfälle, Arbeitslosigkeit, niedrige Wahlbeteiligung, geringe Zustimmung zu demokratischen Institutionen und unterdurchschnittliches zivilgesellschaftliches Engagement angeführt. Dieser Beitrag betrachtet den ländlichen ostdeutschen Raum als ein Zusammenspiel kommunikativer Arenen, die vor große Herausforderungen gestellt sind.

Kommunikation im ländlichen Raum ist geprägt durch die relative Nähe der miteinander Kommunizierenden und durch den gemeinsamen Rückgriff auf ähnliche Vorstellungen von Gemeinschaft und Kultur sowie auf gemeinsame Erfahrungen in der Vergangenheit. Über die Familie hinaus sind es für die Bürgerinnen und Bürger drei kommunikative Arenen, die von zentraler Bedeutung sind für die Herstellung von Sinnzusammenhängen. Es sind gleichzeitig jene Bereiche, die für politische Willensbildung und Engagement wichtig sind. Das sind Staat und Politik, Zivilgesellschaft und Medien.

Überall da, wo gehäuft mentales oder physisches Exit-Verhalten auftritt, steigt die Gefahr der Ausbreitung rechtsextremer Gedanken und Handlungen, da diese keine ausreichende Entgegnung findet. Jeder Bürger und jede Bürgerin entscheidet sich, bewusst oder nicht, zwischen den Optionen, sich physisch oder mental einer sozialen Situation zu entziehen oder darin einen Standpunkt zu formulieren und sich in die Interaktion mit anderen Menschen zu begeben. Aber wer sind die Bürger und Bürgerinnen, die vor Ort vor die Entscheidung gestellt werden, sich zu entziehen oder sich zu bekennen?

Es sind diejenigen, die mit wenig Demokratieerfahrung 1990 in ein System gekommen sind, was sie mit einer Vielzahl von Entbehungen konfrontiert hat. Die vielen Chancen der Nach-1990-Zeit konnten im ländlichen Raum nicht genutzt werden. Dazu kommt ein negatives und medial multipliziertes Image sozial verödeter Landstriche. Oft fehlen Erfahrungen mit Engagement, Diskussion und Protest. Die Bürgerinnen und Bürger sind es nicht gewohnt, ihr Leben und ihre Umwelt durch aktives Eingreifen zu gestalten.

Rechtsextremismus ist hier auch eine Folge anderer gesellschaftlicher Trends, die in der Gesellschaft für kommunikative Lücken sorgen: Der demografische Wandel mit der Überalterung der Gesellschaft bei gleichzeitigem Wegzug der Jüngeren, Gebildeteren, die De-Industrialisierung Ostdeutschlands seit 1990, die Arbeitslosigkeit



Ostdeutschland: »Im Spiegel der öffentlichen Wahrnehmung landschaftlich hübsch, aber sozial düster.« *Foto: Peter van Heesen*

zur Folge hatte, eine eher schablonenhafte Aufarbeitung der DDR-Geschichte, etwa die unhinterfragte Darstellung als »antifaschistischer Staat«, obwohl dies nur per Doktrin verordnet war und keineswegs durch Aufarbeitung der NS-Zeit unterfüttert. Dazu kommen ein mangelndes Verständnis und die mangelnde Übung darin, was demokratische Teilhabe eigentlich bedeutet.

Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist nicht nur, aber auch, ein kommunikatives Problem. Dabei gibt es zwei Dimensionen, die voneinander zu trennen sind: Rechtsextremismus äußert sich als Werthaltung und als entsprechende Handlung. Einen Indikator für Handlungen findet sich in den Statistiken der Polizei, die Gewalt- und Propagandadelikte mit rechtsextremem Hintergrund registrieren. Auch wenn die Dunkelziffer höher liegt als die offiziellen Statistiken zeigen, so sprechen diese schon eine starke Sprache. In Ostdeutschland und besonders in der ostdeutschen Provinz werden überdurchschnittliche viele Gewaltakte und Propagandadelikte verübt, denen rechtsextreme Motive zugrunde liegen (Jaschke 2011). Aus kommunikativer Sicht erzielen diese Handlungen eine doppelte Wirkung. Die direkten Handlungen sind Ausdruck von Menschenverachtung und die direkten Adressatinnen und Adressaten müssen häufig um ihre physische und psychische Unversehrtheit bangen. Diese Wirkung wird aber medial noch einmal multipliziert. Damit entsteht in kommunikativer Hinsicht eine Verdichtung von Begriffen, die

Ostdeutschland und Rechtsextremismus als Wortpaar sinnhaft miteinander verbindet. So entsteht vorauseilende Abschreckung und Einschüchterung.

Was wir vorfinden ist der Beginn einer Schweigespirale (Noelle-Neumann/Petersen 2008). Bei kontroversen und moralisch aufgeladenen Themen, zu denen Fremdenfeindlichkeit, wirtschaftlicher Abschwung und Rechtsextremismus zählen, besteht generell ein Bedürfnis nach medialer Bearbeitung und Austausch. Wenn diese mediale Bearbeitung aber nicht als ausgewogen wahrgenommen wird, können Mehrheiten sich ausgeschlossen fühlen und zu den besprochenen Themen schweigen aus Angst vor sozialer Isolation. Es kann dazu führen, dass es unausgesprochene und mehrheitlich geteilte Ansichten gibt, die nicht zur Sprache kommen, da deren Träger aus Angst vor Bloßstellung sich nicht trauen, das Wort zu ergreifen. Der Ruf nach dem »Aufstand der Anständigen« ist das oft wiederholte Plädoyer an diese schweigende Mehrheit, von der angenommen wird, dass sie einen Beitrag zur Debatte über Rechtsextremismus leisten könnte, wenn sie nicht eingeschüchtert sein würde, in lokalen Kontexten bedroht oder isoliert zu werden.

Wenn wir Rechtsextremismus aber auch als Werthaltung begreifen, dann können wir uns dem über die Forschung zur »politischen Kultur« annähern (Jaschke 2011). Diese befragt Bürger und Bürgerinnen kontinuierlich zu ihren Einstellungen in Bezug auf Demokratie, Institutionen, Vertrauen und ähnlichem. Dabei finden Forscher und Forscherinnen in der ostdeutschen Provinz häufig ein erhöhtes rechtsextremes Einstellungspotential (Botsch 2007), was sich etwa in latenter Fremdenfeindlichkeit ausdrückt. Auch das Vertrauen in demokratische Institutionen sowie das Wirtschaftssystem ist hier niedriger ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Das ist nicht untypisch für Staaten, die in ihrer jüngeren Vergangenheit eine Transformation des politischen Systems erlebt haben, in dem es gehäuft zu Unsicherheiten und Enttäuschungen gekommen ist (Jaschke 2011). Diese Transformationen bringen immer »Gewinner und Gewinnerinnen« und »Verlierer und Verliererinnen« hervor, wovon letztere anfälliger für radikale Lösungen sind. In dieses Unsicherheitsgefühl stoßen rechtsextreme Deutungsangebote im Rahmen von Wahlkämpfen, aber auch im alltäglichen Gespräch. *»Wissenschaftler sind unterschiedlicher Auffassung, ob etwa das Aufwachsen in einem autoritären Staat, das familiäre Umfeld, geringe Bildung oder Gewalterfahrung in der Kindheit ausschlaggebend sind oder eher wirtschaftliche Benachteiligung, Armut und Arbeitslosigkeit.«* (Kröhnert/Klingholz 2007: 67) Beides spielt aber in der ostdeutschen Provinz zusammen und hinterlässt vor allem junge, schlecht ausgebildete Männer mit hohem Frustrationspotenzial.

Jenseits der rechtsextremen Straftaten, deren bewusster oder unbewusster Effekt die Einschüchterung ist, treten Rechtsextreme gezielt in die kommunikativen Lücken, die in den drei gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Zivilgesellschaft, Medien – entstanden sind. Immer da, wo durch den physischen oder mentalen Exit der lokalen Bevölkerung kommunikative Brachen entstehen, bieten sich Möglichkeiten für Nazis, diese zu füllen. Sie übernehmen Aufgaben in Vereinen und Freiwilligen Feuerwehren, sie stellen Medien bereit, die scheinbar die Sorgen der Menschen aufgreifen, sie bieten Parteien an, die latente Ängste formulieren und sie sind auf öffent-

lichen Veranstaltungen präsent, indem sie bei öffentlichen Veranstaltungen stören und sagen, »was doch mal gesagt werden muss« (Botsch 2007: 37).

Was tun, um die Situation zu verbessern? Wichtig ist, den Menschen vor Ort positive Erfahrungen zu ermöglichen und diese sichtbar zu machen. Dabei können Politik, Zivilgesellschaft und Medien einen Beitrag leisten, indem sie zu allererst die lokale Bevölkerung ernst nehmen und kontinuierlich Gelegenheiten entwickeln, Positionen und Meinungen auch zu äußern. Die Chance lokaler Kommunikation liegt in der Nähe der verschiedenen Akteure und Akteurinnen zueinander. Vereine, Stammtische, Parteien und lokale Zeitung müssen sich nicht erst finden, sie kennen sich. Ihre Öffnung für Menschen, die bisher von ihrer eigenen Stimme kaum Gebrauch gemacht haben, ist ein Weg zu mehr Integration. Ein zweiter Weg ist das Aufgreifen von Themen, die für einzelne Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sind. So klein diese Themen sein mögen, die Menschen erkennen ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten, wenn es um sie geht und sie das Gefühl haben, gehört zu werden. Im Prozess der Artikulation, der Debatte und des Austauschs nutzen sich Extreme ab und die Fähigkeit nimmt zu, sich auch mit rechtsextremen Positionen auseinander zu setzen und diesen zu entgegnen.

Literatur und Quellen

Botsch, Gideon (2007): Was ist Rechtsextremismus? In: Julius Schoeps, Gideon Botsch, Christoph Kopkem Lars Rensmann (Hg.). Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.

Jaschke, Hans-Gerd (2011): Analyse der politischen Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung. Im Auftrag der Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg« des Landtags Brandenburg.

Kröhnert, Steffen; Reiner Klingholz (2007): Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Berlin-Institut für Bevölkerungsforschung.

Noelle-Neumann, Elisabeth; Thomas Petersen (2008): The Spiral of Silence and the Social Nature of Man. In: Lyinda Lee Kaid (Hrsg.) Handbook of Political Communication Research. New York/London: Routledge. S. 339-356.

Johannes Staemmler, Politikwissenschaftler, wurde 1982 in Dresden geboren. Er war Doktorand an der Freien Universität Berlin und Stipendiat der Hertie School of Governance und IFOK. Sein Promotionsthema lautete: Zivilgesellschaft in strukturschwachen Städten. Johannes Staemmler ist Mitinitiator von 3te Generation Ostdeutschland und arbeitet derzeit für die Leibniz-Gesellschaft.

Die komplette Expertise finden Sie im Netz.

<http://7.ly/pTV>



»Kommunikation gegen Rechtsextremismus: Eine andere Meinung und Widerstand sichtbar machen«

Der Soziologe Sighard Neckel über rechtsautoritäre Traditionen in Deutschland, das Phänomen des Lokalismus und die Bedeutung öffentlicher Debatten in lokalen Kontexten. Das Interview führte Marion Kraske.

Rechtsextremismus ist im Osten und Westen der Republik verbreitet. Was ist das Spezifische in den neuen Bundesländern?

Im Unterschied zum Westen gab es in Ostdeutschland seit 1933 keine demokratische Tradition. Damit hatte der westdeutsche Widerstand der Zivilgesellschaft gegen rechtsextreme Tendenzen bessere Voraussetzungen, weil man an Protestbewegungen und Demokratisierungsbestrebungen anknüpfen konnte, zumindest seit den 1960er Jahren. Im Osten hat es Formen der demokratischen Selbstregierung auch nach 1949 kaum gegeben. Immerhin existierte hier die Bürgerbewegung, die ein wichtiger Markstein für die Entwicklung demokratischen Bewusstseins war. Das Problem war allerdings, dass in den 1990er Jahren der Rechtsextremismus von vielen in Ostdeutschland zunächst als Reaktion auf die Vereinigung gedeutet wurde. Es hat dann fast zehn Jahre gedauert, bis diese vorherrschende Deutung überwunden war und deutlich wurde, dass die Entstehung des Rechtsextremismus gerade auch in den autoritären Traditionen Ostdeutschlands ihre Wurzel hat.

Sie haben in Ihrem Buch *Waldleben* die Transformation einer Kleinstadt in Brandenburg nachgezeichnet. Darin beschreiben Sie die Akteure und Akteurinnen der neuen Zivilgesellschaft. Wie ist es um diese heute bestellt?

Historisch betrachtet hat sich die Zivilgesellschaft hier sehr spät entwickelt. Dennoch ist festzuhalten, dass der Protest zunächst gegen das DDR-Regime und nachher auch gegen rechtsextreme Entwicklungen mit einem viel größeren Risiko und viel höherem Ausmaß an Mut verbunden war als anderswo. Der Widerstand gegen rechtsextreme Tendenzen mit seinen vielfältigen Initiativen verdient daher den vollsten Respekt, weil die Bedingungen ungleich schwieriger waren als in Westdeutschland.

In einigen Regionen ist dieser Widerstand auch bis heute eher kümmerlich. In Vorpommern etwa erzielt die NPD ihre höchsten Wahlergebnisse. Warum?

Man muss in die Geschichte blicken: Der Nationalsozialismus traf gerade im deutschen Nordosten auf eine breite Zustimmung, auch der Antisemitismus – obwohl es dort kaum Juden gab. Solche historischen Traditionslinien finden sich auch im Westen, etwa in der Lüneburger Heide, wo die Nationalsozialisten leichtes Spiel hatten. Bis in die 1960er Jahre war die NPD hier ungeheuer stark. Diese Traditionslinien verbinden sich heute mit aktuellen Entwicklungen. Nach der Wiedervereinigung

kam es vor allem in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands zu einer Konzentration sozialer Verlierergruppen, gering Qualifizierte, Arbeitslose blieben da, während all jene, die über eine bessere Ausbildung verfügten, wegzogen. Diese Entvölkerung hat dazu geführt, dass vor allem jene geblieben sind, die anderswo die geringsten Berufschancen gehabt hätten. Unter ihnen ist der Rechtsextremismus besonders stark, die Fremdenfeindlichkeit dient ihnen als Erklärungsmuster für die eigene soziale Notlage.

Wie stellt sich in ländlichen Gegenden das Verhältnis der Bevölkerung zum Staat dar?

Die Bevölkerung war zu DDR-Zeiten schon staatsabhängig, so dass es vielen so vorkommt, als seien sie von einer Abhängigkeit in die nächste gewechselt. Heute erscheint vielen der Staat als sozialpolitischer Disziplinarstaat, der eine starke Kontrolle ausübt. Gleichzeitig wird die DDR verklärt, indem man ihr nachsagt, sie habe die sozial Schwächeren wie selbstverständlich mitgezogen. Tatsache ist: Zu DDR-Zeiten wurden diese Gruppen nicht bedrängt, man hat ihnen ihre Einstellungen, ihre Weltansicht belassen. So war unter der Decke des Internationalismus ein gewisses Maß an Nationalismus selbstverständlich, den etwa auch die polnischen Nachbarinnen und Nachbarn zu spüren bekommen haben. Diese Einstellungen und Deutungsmuster haben sich von einer Generation zur anderen übertragen. Sie wirken bis heute nach – paradoxerweise auch in jenen, die die DDR gar nicht mehr aktiv erlebt haben.

Nur allzu oft bricht sich gerade in ländlichen Regionen der Lokalismus Bahn: Alles Böse kommt von außen. Was steckt dahinter?

Das ist eine weit verbreitete Einstellung, die in allen eher geschlossenen Gruppierungen auf der ganzen Welt zu beobachten ist. Im ländlichen Raum ist sie jedoch besonders ausgeprägt. In der ostdeutschen Transformationsgeschichte wurde der Westen dafür verantwortlich gemacht, von außen alles Schlechte eingeschleppt zu haben. Obwohl die deutsche Vereinigung die Lebensqualität verbessert und Freiheit gebracht hat, hat sie infolge der Deindustrialisierung auch Verlierergruppen produziert. Betroffen sind geringer Qualifizierte und ältere Jahrgänge, die eine lange Zeit der Beschäftigungslosigkeit und Scheinbeschäftigung in Qualifizierungsmaßnahmen durchzustehen hatten. In diesen Gruppen entstand ein gehöriges Maß an Groll, eine Art gehemmte Wut – gerade in den kleineren Städten, die nicht in dem Maße von der Öffnung profitierten wie das in Leipzig oder Dresden der Fall war.

Nach einer neuen Studie über rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft sprechen sich 15,3 Prozent der Westdeutschen und 19,4 Prozent der Ostdeutschen für eine starke Partei aus, die die »Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Immerhin 9,4 Prozent (West) und 12,4 Prozent (Ost) wollen einen »Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand« regiert. Haben wir es im vereinten Deutschland versäumt, den Wert der Demokratie zu vermitteln?

Zunächst einmal: Ich bin mir nicht sicher, ob die Ergebnisse in Italien, Spanien oder Österreich nicht ähnlich hoch wären. Fest steht aber: Das Ressentiment gegen demokratische Institutionen und gegen die Demokratie als solche verbindet

sich heute auch mit den Verwerfungen, die im Kontext der europäischen Krise entstanden sind. Davon ist nicht nur Ostdeutschland, sondern in erheblichem Maße auch Westdeutschland betroffen. Hier hat sich eine öffentliche Armut ausgebildet, infolge derer einzelne Kommunen kaum noch in der Lage sind, die öffentliche Versorgung über Museen, Schwimmbäder, Bibliotheken und ähnliches zu garantieren. Und so haben sich zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung antidemokratische Ressentiments längst durch viele andere Themen angereichert, die insbesondere mit der europäischen Integration zu tun haben.

Gibt es so etwas wie eine Krise des demokratischen Bewusstseins? Anders ausgedrückt: Eine Entwicklung hin zur Postdemokratie?

Das bezweifle ich. Es gibt ja auch Kritik, etwa an der EU, die gerade im Namen der Demokratie geäußert wird. Da wird Brüssel nicht ohne Berechtigung als zu wenig demokratisch legitimiert kritisiert. Ein entscheidender Punkt aber ist der, dass es der deutschen Demokratie gelungen ist, rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien an einer wesentlichen Mitwirkung und Repräsentanz in den Parlamenten zu hindern. Anders ausgedrückt: Man hat es geschafft, diese Tendenzen parlamentarisch einzudämmen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist dies ein entscheidender Verdienst der deutschen Demokratie, ein Erfolg des demokratischen Bewusstseins – auch wenn einzelne Kommunen in der Fläche beziehungsweise in den Landkreisen Ostdeutschlands diesbezüglich eine Ausnahme bilden. Hier hat die NPD eine Bedeutung, die sie in Deutschland ansonsten aber nicht hat.

Eben in diesen Gegenden versuchen zivile Akteurinnen und Akteure wie die Amadeu Antonio Stiftung mit Maßnahmen wie *Region in Aktion* Demokratisierungsansätze zu leisten. Wie wichtig ist so ein Impuls von außen?

Es ist sinnvoll, wenn ein derartiger Impuls von außen kommt. Man muss dabei aber sehr behutsam vorgehen. Es darf nicht sein, dass die lokale Bürgerschaft in die Solidarität mit ihren schwarzen Schafen getrieben wird. Das konnte ich vor Jahren in *Waldleben* beobachten. Dort fühlten sich die Menschen von außen angegriffen. Umso wichtiger ist es, dass Impulsgeber oder Impulsgeberin in erster Linie die vorfindbaren lokalen Akteure und Akteurinnen, die sich gegen den Rechtsextremismus wenden, unterstützen und integrieren. Keinesfalls sollten man den Rechtsextremen das Geschäft so erleichtern, dass man die Kommune als Ganzes angreift und sich die Rechtsextremen – angesichts eines vermeintlichen kollektiven Angriffs von außen – als Verteidiger und Verteidigerinnen des gesamten Gemeinwesens aufspielen können. Es muss klar getrennt werden zwischen dem rechtsextremen Milieu und den Gruppierungen, die es stützen – einerseits – und den Kommunen als Ganzes andererseits.

Was können Maßnahmen zur Demokratisierung bewirken?

Sie bewirken sehr viel, wenn sie dafür sorgen, dass öffentlich sichtbar eine andere Meinung kundgetan wird. Gerade in kleinen Städten und auf dem Land ist es so,

dass rechtsextreme und demokratiefeindlichen Einstellungen als lokales Selbstverständnis präsentiert werden und auch erscheinen, vor allem dadurch, dass Neonazis den öffentlichen Raum durch Gewalt, durch Aufmärsche, durch das Auftrumpfen in Kneipen oder in Vereinen erobern. In solchen lokalen Zusammenhängen ist schon viel gewonnen, wenn eine andere Meinung sichtbar und kommunizierbar wird. Damit wird der Alleinvertretungsanspruch der Rechtsextremen gebrochen.

Debatte ist also integraler Bestandteil der Arbeit gegen Rechtsextremismus?

Ja, aber nicht jede Debatte ist grundsätzlich geeignet zur Arbeit gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit. In *Waldleben* wurde vor 20 Jahren in einem Jugendzentrum ernsthaft mit rechtsgerichteten Jugendlichen über die so genannte Auschwitzlüge diskutiert. Das ist eine völlig fehlgeleitete Form von Jugendarbeit. Gut gemeint zwar, aber man stärkt die Tendenzen damit, weil man den Eindruck erweckt, als sei diese Frage tatsächlich zu diskutieren.

Was ist im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen notwendig?

Es müssen kontinuierlich demokratische Positionen bezogen werden. Der Staat ist gefragt, Recht und Gesetz umzusetzen, um keine rechtsfreien Räume entstehen zu lassen. Es bedarf der Festigkeit und Beharrlichkeit und der klaren Entschlossenheit – etwa von Gerichten, Lehrerinnen und Lehrern und Polizei, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit entschlossen zu begegnen. Wo andere Gruppen angegriffen werden, muss man repressiv tätig sein – ohne Wenn und Aber. Für die Zivilgesellschaft gilt: Der Widerstand gegen solche Tendenzen muss in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden und darf sich aus dem lokalen Raum nicht verdrängen lassen.

Oft werden jene, die das Problem des Rechtsextremismus benennen, von den Verantwortlichen in den Kommunen zu »Nestbeschmutzerinnen und Nestbeschmutzern« erklärt, das eigentliche Nazi-Problem wird verleugnet.

Wenn es auf der lokalen Ebene keine Unterstützung gibt, müssen übergeordnete Stellen, die Kreise oder die Länder um Hilfe gebeten werden. Vor allem auch die demokratischen Parteien. Jene, die vor Ort Lokalpolitik betreiben, sind in diesen Parteien verankert. Entsprechend muss hier Druck ausgeübt werden, die Organisation muss der Hebel sein. Das ist ja gerade der Vorteil unserer Parteiendemokratie: Politische Funktionsträger sollen demokratischen Grundsätzen verpflichtet sein. Entsprechend müssen wir die demokratischen Parteien in die Pflicht nehmen, um den Prinzipien unseres Rechtsstaates Rechnung zu tragen.

Sighard Neckel ist Professor für Soziologie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main und Mitglied der Leitung des Instituts für Sozialforschung

Kommunikation und Sicherheit – Zum Umgang mit Einschüchterungsversuchen durch die rechte Szene

LOBBI

Barbara Schmidt ist wachsam. Sie lebt mit ihrem Mann in einem Dorf, in dem zur Landtagswahl 2011 rund 33 Prozent der Menschen die NPD wählten. Sie engagiert sich gegen nazistische Umtriebe, klärt auf, schaut nicht weg – und hat deswegen viele Feindinnen und Feinde. Die schleichen nachts um das Haus der Schmidts, legen tote Tiere in den Briefkasten und greifen sie auf der Straße verbal an. Frau und Herr Schmidt sind die einzigen im Dorf, die sich öffentlich gegen Rechtsextremismus aussprechen.

Gesicht zeigen? Gerade im überschaubaren ländlichen und kleinstädtischen Raum zögern Menschen, sich in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Strukturen und Einstellungen allzu sehr zu exponieren. Dies ist verständlich, denn diese Szene stellt ihre Gewaltbereitschaft immer wieder in Wort und Tat unter Beweis. Mehr noch: Neonazis wissen um diesen Effekt und verstärken ihn gezielt mit jeder bedrohlich wirkenden Aktion. Mitglieder zivilgesellschaftlicher Bündnisse berichten solche Vorfälle: Autos, die demonstrativ am Wohnhaus vorbeifahren, Namen oder Fotos auf rechten Websites veröffentlicht werden, Fahrzeuge beschädigt oder Büroräume beschmiert. »Wir lassen uns nicht einschüchtern!« heißt es dann oft in der Öffentlichkeit. Allerdings ist das leichter gesagt als getan.

Offenheit und Rücksicht

Die guten Erfahrungen aus vielen Orten zeigen: meist ist es möglich, in Bündnissen mitzuarbeiten, ohne gleich Angriffen der rechtsextremen Szene ausgesetzt zu sein. Doch schon allein die Furcht, in den Fokus von Neonazis zu geraten, kann dazu führen, eigenes Engagement einzuschränken oder gar nicht erst zu beginnen. Wollen zivilgesellschaftliche Gruppen also verhindern, dass Mitglieder deshalb ihr Engagement beenden und den Einstieg neuer Mitstreiterinnen und Mitstreiter erleichtern, ist ein offener und rücksichtsvoller Umgang mit diesen Ängsten unerlässlich. Die Kommunikation über Unsicherheitsgefühle sollte deshalb ein unaufgeregter und normaler Bestandteil der Bündnisarbeit sein. Weil zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse aus vielen verschiedenen Menschen bestehen, müssen sich die Mitglieder über ihr Handeln austauschen – und dabei unterschiedliche Herangehensweisen respektieren. Gerade eher offensiv auftretende Menschen sollten sich rückversichern, ob sie nicht die vorsichtiger agierenden Gruppenmitglieder »überfahren«.

Vorbereitung gibt Sicherheit

Eine gewinnbringende Methode, mit der von Neonazis aufgebauten Drohkulisse umzugehen, ist das Besprechen oder Durchspielen möglicher Szenarien. Haben Menschen sich im Bündnis, persönlich oder im Freundeskreis auf Situationen vorbereitet, erhöht dies ihre Handlungssicherheit und mindert so die Angst – selbst wenn diese Situationen gar nicht eintreten. Sollte es zu einem Notfall kommen, reagieren Betroffene weniger hilflos und überfordert, wenn grundlegende Fragen bereits beantwortet sind: »Wen kann ich anrufen, wenn zu Hause etwas passiert? Gibt es eine Telefonkette? Wer reagiert wie bei Veranstaltungen auf Störungen durch die rechte Szene? Wie heißt der Ansprechpartner bei der Polizei? Wo bekomme ich Beratung und Unterstützung?« Auch die Mitglieder des Bündnisses *Vorpommern: Weltoffen, demokratisch, bunt!* haben ihre Erfahrungen mit Einschüchterungsversuchen seitens der Nazis ausgetauscht, um sich gegenseitig zu stärken (»Deine Erfahrung ist kein Einzelfall.«) und sich gegenseitig Tipps und Unterstützung gegeben. So wirkt etwa die Installation eines Bewegungsmelders abschreckend auf Personen, die nachts um die Häuser schleichen.

Solidarische Reaktionen

Als Nazis in Zossen nachts den Briefkasten von Petra Reinhard und Jörg Wanke sprengten und versuchten, die Wohnungstür einzuschlagen, solidarisierten sich ihre Nachbarn und zeigten deutlich: Ihr seid nicht allein! Mit dem Angriff fühlen wir uns alle gemeint, die wir uns den Nazis in den Weg stellen.

Denn wenn Neonazis jemanden wegen des Engagements gegen Rechtsextremismus im Internet beschimpfen, Scheiben einwerfen oder Hetzflugblätter verteilen, ist es eine politische und keine persönliche Auseinandersetzung. Deshalb darf es nicht das »private« Problem der Betroffenen bleiben. Neonazis stellen sich gern als Vollstreckerinnen und Vollstrecker eines vermeintlichen »Volkswillens« dar. Nur aktive solidarische Reaktionen zeigen den Täterinnen und Tätern und den Angegriffenen selbst, dass dies nicht der Fall ist. Für die Betroffenen können selbst kleinere Vorfälle, die vielleicht als Bagatellen angesehen werden, äußerst einschüchternd wirken. Gerade in diesen Situationen greifen die »üblichen« rechtlichen Möglichkeiten nur selten. Darum sind Unterstützung und eine klare Positionierung durch die Zivilgesellschaft umso wichtiger.

Praktische Unterstützung

Allerdings gibt es meist erschreckend wenige hilfreiche Reaktionen – auch, weil viele nicht wissen, was sie tun können. Oft sind aber schon ganz einfache Schritte sehr wirkungsvoll, etwa Anteil zu nehmen, die Betroffenen anzusprechen und sich nach ihrer Situation zu erkundigen, wie es beispielsweise ein Nachbar von Petra Reinhardt und Jörg Wanke tat. Während des Angriffs zeigte er sich sofort am Fenster und rief den beiden zu: »Ich komme sofort zu euch runter!«

Auch kleinere praktische Erledigungen oder Aktivitäten erhöhen gerade in den ersten Tagen das Sicherheitsgefühl: zum Beispiel gemeinsam die Parole an der Haus-

wand zu übermalen, einen Bewegungsmelder zu installieren, zusammen zur Polizei zu gehen, mit Freundinnen und Freunden in den Abendstunden zu Besuch kommen oder auf dem Weg zur Arbeit oder Schule zu begleiten.

Verantwortung einfordern

Wenn Nazi-Gegnerinnen und -Gegner gezielt und offensiv verunsichert werden, ist das in der Regel ein Ausdruck des gestiegenen Selbstbewusstseins lokaler rechter Szenen. Diesem Dominanzanspruch müssen auch staatliche Akteure und Akteurinnen entgegenreten. Daher ist es legitim und notwendig, etwa von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern oder Stadt- und Gemeindevertretungen eine klare Positionierung einzufordern. Auch die Polizei muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen strafbare Bedrohungen vorgehen. Tatsächlich besteht aber die größte Chance, die Wirkung rechter Einschüchterungsversuche zu schwächen, in der Kommunikation und Kooperation von Einzelpersonen und Gruppen innerhalb der Zivilgesellschaft.

Der Verein LOBBI unterstützt parteiisch die betroffenen rechter Gewalt, sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Opferperspektive und thematisiert den gesellschaftlichen Kontext der Angriffe. Die LOBBI will damit einen wirksamen Beitrag leisten, für ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung und Gleichberechtigung, in dem rechten, rassistischen und antisemitischen Diskriminierungen entgegengetreten wird.

Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. Handreichung für Betroffene und UnterstützerInnen.

<http://7.ly/pTW>



Warum Lokalpresse so wichtig ist: »Die Schweigespirale durchbrechen«

Michael Seidel war von 2009 bis 2012 Chefredakteur des Nordkuriers. Seit 2013 leitet er die Redaktion der Schweriner Volkszeitung (SVZ). Das Interview führte Marion Kraske.

Vorpommern ist demokratiepolitisch ein interessantes Gebiet: Seit Jahren sinkt die Bevölkerung rapide, die Arbeitslosigkeit ist hoch, zudem erreicht die NPD hier ihre höchsten Wahlergebnisse. Wie kann eine Regionalzeitung diesen Themenfeldern begegnen?

Indem sie nicht die Augen verschließt, sondern die Themen anpackt. Das gilt vor allem für den Rechtsextremismus. Man muss dort andocken, wo die Sympathien für die rechtsextreme Szene ansetzen.

Wo sehen Sie die Gründe für diese Sympathien?

Die Hauptursache für die große Resonanz ist das Defizit an Demokraten und Demokratinnen und an demokratischer Zivilgesellschaft. Diese Defizite müssen recherchiert und benannt werden. Das ist zielführender als plakativ und anlassbezogen reine »Nazi-Berichterstattung« zu machen.



*Michael Seidel (rechts) beim Treffen mit dem Region in Aktion-Team auf Schloss Bröllin:
»Als Zeitung in gesellschaftliche Belange einmischen.« Foto: Katharina Husemann*

Also die Probleme der Menschen ernst nehmen. Aber wie sieht das konkret aus?

Ich muss als Redaktion zu den Leuten hingehen und fragen, wo der Schuh drückt. Warum gibt es in entlegenen Gemeinden keine Parteienvertreterinnen und -vertreter mehr, warum gibt es keinen Kümmerer, der die Probleme der Menschen auf eine Ebene transportiert, wo sie mit demokratischen Mehrheiten behandelt werden können?

Also muss die Regionalzeitung in die Rolle dieses Kümmerers schlüpfen?

Im Grunde ja, weil die demokratischen Parteien auch mangels Masse eine sehr schwache Basis im ländlichen Raum haben. Dort aber, wo Parteien nicht mehr vertreten sind, nur noch bei politischen Großereignissen, wenden sich die Menschen ab. Sie erkennen die Politiker und Politikerinnen nicht mehr als ihre Interessenvertreter an. Entweder organisieren sie sich dann selbst, an diesem Impuls mangelt es aber häufig. Stattdessen wenden sie sich denen zu, die so tun, als interessierten sie sich für die Probleme, den rechtsextremen Kameradschaften oder der NPD.

Durch das Aufzeigen der Probleme werden diese aber noch nicht gelöst.

Die Zeitung kann aber durch ihre Reichweite dazu beitragen, dass Behördenvertreterinnen und -vertreter zu den Problemen Stellung beziehen. In Ueckermünde etwa wurde lange geleugnet, dass es ein Rechtsextremismusproblem gibt. Obwohl sich jedes Jahr die Nazis in prominenter Form auf einem Stadtfest präsentieren konnten, in Form einer Guerillataktik. Dass sich die Verantwortlichen dann doch in den Reigen jener Bürgermeister eingereiht haben, die sich gegen Rechtsextremismus positioniert haben, war ein Erfolg. Dies wäre nicht passiert, wenn der *Nordkurier* das Problem nicht zum Thema gemacht hätte.

Also lässt sich Zeitung auch dazu nutzen, einzelne Akteure oder Akteurinnen zum Handeln zu zwingen?

Im extremsten Fall: ja. Es geht darum, anzuschieben, die Kräfte der Gesellschaft, die oftmals die Fähigkeit verloren haben, miteinander zu reden, so zu organisieren, dass sie wieder gesprächsfähig werden – das ist die zentrale Aufgabe eines Mediums im ländlichen Raum.

Der *Nordkurier* berichtete jüngst über Hakenkreuzschmierereien, auch darüber, dass sie falsch herum gezeichnet waren. Der Tenor lautete: »Dumme Nazis«. Ist das auch ein Mittel, die kritische Distanzierung, weil es sie in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht mehr ausreichend gibt?

Sicherlich ist das auch ein Mittel. Es geht aber vor allem darum, Öffentlichkeit zu schaffen. Als die *Pasewalker Zeitung* vor einiger Zeit darüber berichtete, dass Pferdemarkte von den Gattinnen bekannter Rechtsextremer organisiert wurden, gab es in Folge eine öffentliche Debatte. Zeitungen sind nicht die Öffentlichkeitsmaschinerie irgendwelcher Behörden oder Kommunalvertreter, sondern haben ein Wächteramt inne, das im Landespressegesetz festgeschrieben ist. Das ist unsere Kernaufgabe: Wir

müssen die Schweigespirale, die von vielen Offiziellen vor Ort verfolgt wird, durchbrechen. Indem relevante Entwicklungen öffentlich gemacht werden, wird ein Diskurs in Gang gesetzt, der es ermöglicht, dass am Ende richtige Entscheidungen getroffen werden können.

Die Aufgabe als vierte Macht gilt umso stärker im ländlichen Raum?

Unbedingt. Eine Zeitung, die sich nur lieb Kind macht, verfehlt ihre Aufgabe. Anders als irgendwelche Anzeigenblättchen muss die Tageszeitung versuchen, Qualitätsjournalismus zu machen, gerade im Lokalen. Es geht nicht darum, Edelfederjournalismus zu betreiben, dafür gibt es wenig Raum und Muße. Es geht um einen ehrlichen, aufklärerischen Journalismus, der die Aufgabe ernst nimmt, Dinge von öffentlichem Interesse öffentlich zu machen.

Die persönliche Nähe im ländlichen Raum ist ja sehr groß ...

Lokalberichterstattung erfordert mitunter mehr Mut als Mantelberichterstattung, weil man den Leuten vor Ort tagtäglich ausgesetzt ist. Es ist daher wichtig, die Reporter und Reporterinnen in die Lage zu versetzen, die Rolle des Wächters und Kümmerers anzunehmen. Das geht mit redaktionsinternen Schulungen, mit Ermunterungen. Wir haben beim *Nordkurier* regelmäßig Seminare zum Rechtsextremismus angeboten, Blattkritik geübt, uns ein Redaktionsleitbild gegeben, das explizit die Rolle der Zeitung als Gegenstimme zum Rechtsextremismus definiert.



Widerstand gegen das »Pressefest« der »Deutschen Stimme« in Viereck bei Pasewalk.

Foto: Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!

Womit haben die Kollegen und Kolleginnen zu kämpfen, wenn sie im ländlichen Raum über Rechtsextreme berichten?

Sie werden beschimpft, in einschlägigen Internetforen besudelt. Sie werden bedroht: Wenn sich der Wind einmal drehe, dann seien sie die ersten, die an den Bäumen hängen. Der Pasewalker Lokalchef fand sich vor einigen Jahren auf Steckbriefen wieder, die in der Stadt aufgehängt wurden, weil er sich geweigert hatte, die Berichterstattung zu bestimmten Themen einzustellen. Mit diesen Kollegen muss man sprechen, ihnen die nötige moralische und praktische Unterstützung zukommen lassen. Notfalls sollte Polizeischutz gewährt werden. Gegen die Täter muss man gerichtlich vorgehen. Das hilfreichste Mittel ist auch hier wieder: Öffentlichkeit herstellen.

Welche Erfolge sehen Sie durch die klare Positionierung des *Nordkuriers*?

Der *Nordkurier* hat lange belanglosen Journalismus gemacht. Heute wird er, auch aufgrund der Kooperation mit der *Amadeu Antonio Stiftung*, als aktive Zeitung wahrgenommen, die sich in gesellschaftliche Belange einmischt und die ländliche Gesellschaft mobilisieren kann. Heute können wir das Gefühl vermitteln: Wenn du dich engagierst, dann passiert etwas. Meine schönste Erfahrung war die, als Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Menschenkette in Pasewalk im Sommer 2012 gegen das geplante NPD-»Pressefest« sagten, sie hätten 15 Jahre lang gekämpft, nun endlich hätte sich der Kampf gelohnt. Dass dieses Engagement, das sich an einem Nazi-Event entzündet hat, keine Eintagsfliege war, sondern auch nachhaltige Formen der zivilen Einmischung ausgebildet hat, ist einer der größten Erfolge, die man dieser Zeitung anhängen kann.

Kann man mit politischer Positionierung auch wirtschaftlichen Erfolg haben?

Definitiv. Dann nämlich, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass diese Zeitung über ihre Lebensumwelt schreibt und den Mut hat, unbequem zu sein und sich aufzulehnen – sowohl gegen Nazis als auch gegen die Defizite demokratischer Parteienvertreter.

Ist es nicht aber die Quadratur des Kreises, bei wirtschaftlichem Druck anspruchsvollen Lokaljournalismus betreiben zu wollen?

Wir haben die Kollegen und Kolleginnen der Redaktion aus wirtschaftlichen Gründen nötigen müssen, Verzicht zu üben. Das war mitunter schmerzhaft. Dafür konnten wir die Kopfszahlen in der Redaktion hochhalten und verstärkt in die Fläche gehen, um dort vernünftigen Journalismus zu machen.

Der *Nordkurier* will nun die Mantelredaktion mit der SVZ auflösen. Wollen sich Verlage wieder verstärkt ihrer demokratischen Verantwortung stellen?

Umfragen haben ergeben: Die Leserinnen und Leser honrieren es, wenn eine Zeitung in der Region aktiv ist. Wenn erklärt wird, was überregionale Inhalte für den Einzelnen bedeuten. Der reine Nachrichtenjournalismus hat in der Regional-

zeitung ausgedient. Eine Zeitung, die Lebendigkeit ausstrahlt, Engagement und Positionierung übt, in der schaltet man auch wieder Anzeigen.

Wie hat sich Ihre Wahrnehmung der Probleme in der Region verändert?

Als die *Amadeu Antonio Stiftung* mit *Region in Aktion* starten wollte, kam man mit der These daher, dass sich die großen Medien dort aus der Fläche zurückzögen. Das hat mich geärgert, weil wir in dieser Phase gerade dabei waren, neue lokale Standorte aufzubauen. Es war somit eine Provokation zum richtigen Zeitpunkt. Der *Nordkurier* hat diese richtig genutzt, um aus dem gemeinsamen Anliegen ein aktives Bürgermedium zu installieren, das die Zeitung und die Gesellschaft vorangebracht hat. Die anfängliche Kritik habe ich als Herausforderung angenommen. Dass die Lokalredaktionen des *Nordkurier* dann so richtig in die Gänge gekommen sind, betrachte ich auch als Erfolg dieser gemeinsamen Arbeit.

Also auch hier: Auseinandersetzung als befruchtendes Element?

Wichtig war der Impuls von außen. Und die Expertise, die dank der Stiftung vor Ort in die Kooperation hineingekommen ist. Wenn die *Amadeu Antonio Stiftung* allerdings nicht so aktiv mit den regionalen Akteuren und Akteurinnen in der Kommunalpolitik zusammen gearbeitet hätte, also mit Menschen, die von den Einwohnern und Einwohnerinnen akzeptiert werden, wäre das nicht so erfolgreich verlaufen. Das ist aus meiner Sicht eine riesengroße Leistung: Dass ausgerechnet in Vorpommern die Helfer und Helferinnen von außen als Unterstützer und Impulsgeber akzeptiert wurden.

Wie hat sich in der Folge die Berichterstattung über Rechtstextremismus verändert?

Früher war die Berichterstattung anlassbezogen, nachrichtlich und zudem verschämt, weil man sich auch als Nestbeschmutzer sah. Das hat sich gewandelt, weil viele Kollegen und Kolleginnen durch die Impulse von außen und die redaktionsinternen Maßnahmen erkannt haben, dass man sich mit dem Sujet des Rechtstextremismus aufrichtig befasst. Analyse, Hintergrund – das alles ist wichtiger geworden, vor allem die Bewertung und Einordnung. Wir haben gelernt, Flagge zu zeigen, das Motto des *Nordkuriers* wörtlich zu nehmen. Auch wenn man sich damit nicht überall Freunde und Freundinnen macht. Nach anfänglichem Unmut gab es zuletzt aber eine ausgesprochene Honorierung unserer klaren Positionierung. Der Titel »Region in Aktion« ist somit auch zum Leitspruch des *Nordkuriers* geworden.

Was nehmen Sie mit nach Jahren als Chefredakteur des *Nordkuriers*?

Dieses Grundverständnis: Nicht nur die Realität abbilden zu wollen, nicht nur einen Transmissionsriemen darzustellen, nicht Pressesprecher von Behörden und Politikern zu sein, sondern auf Augenhöhe zu berichten, sich einzumischen, zu versuchen, eine Region zu aktivieren. Es geht darum, einen Gesprächswert zu gewinnen. Kurz: Relevant zu werden.

Tipps und Tricks für die Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerinitiativen

Frank Meinke

Bürgerinitiativen, die sich gegen rechtsextreme Strömungen in ihrem Umfeld engagieren, stehen vor einem kommunikativen Dilemma. Einerseits wollen sie Bürger und Bürgerinnen und Politik sensibilisieren und für den Kampf gegen Nazis gewinnen, andererseits fühlen sich eben jene durch ständige Mahnungen nicht selten vor den Kopf gestoßen.

■ Die Existenz von rechtsextremen Strukturen geht häufig mit dem Befund vom Versagen der staatlichen Organe sowie der Zivilgesellschaft einher. Ihre Aufdeckung wird somit immer auch als Anklage empfunden. Besonders für Politik und Verwaltung wirkt Anerkennung wie ein Schuldeingeständnis.

■ Menschen fühlen sich in ihrer vermeintlichen Ruhe gestört. Während rechtsextreme Strukturen für Durchschnittsbürger und -bürgerinnen oft unauffällig bleiben, müssen ihre Gegner und Gegnerinnen zwangsläufig laut werden, um Gehör zu finden. Initiativen gegen Rechtsextremismus werden deshalb häufig als die eigentlichen Unruhestifter und Unruhestifterinnen empfunden.

■ Einige Bürger und Bürgerinnen und Politiker und Politikerinnen glauben, Anerkennung führe zu Stigmatisierung: Ihre Sorge ist, dass eine Region, die etwa rechts-extreme Gewalt sichtbar macht, als »braune Gemeinde« stigmatisiert werde. Um diesem vermeintlichen Imageschaden zu entgehen, werden rechtsextreme Umtriebe heruntergespielt, auf kommunaler wie auf Länder- und Bundesebene. Die Diskussion um die Todesopfer rechtsextremer Gewalt ist ein prägnantes Beispiel dafür.

Wer den Finger in die Wunde legt, gilt deshalb allzu oft als Nestbeschmutzer oder Nestbeschmutzerin. Kommunikation kann dies nicht grundsätzlich ändern, aber sie kann dazu beitragen, es allen Beteiligten einfacher zu machen. Die grundsätzliche Strategie könnte dabei als Kommunikation der Mitte bezeichnet werden.

Sprache schafft Bewusstsein

Die Art, wie sich Initiativen selbst und die beobachteten Probleme beschreiben, ist von zentraler Bedeutung. Sprache kann ausschließen. Im Bereich von Bürgerinitiativen gibt es dabei zwei Extreme, die das Problem illustrieren. Das erste Extrem ist, wenn durch den Slogan komplette Dörfer oder Kleinstädte abgewertet oder angeklagt werden. Das Problem ist deutlich: für den Durchschnittsbürger oder die Durchschnittsbürgerin ist es schlicht ein Affront gegen die eigene Person und führt zwangsläufig zu Ablehnung. Das zweite Extrem ist eine zu theoretische Fachsprache.

Wer zu viel von Demokratie, Teilhabe und Integration spricht, kommuniziert an den Menschen und ihren Bedürfnissen vorbei. Sprachlich sollte ideologisch offen und auf Augenhöhe kommuniziert werden. Außerdem ist es wichtig, die Relevanz des Themas zu unterstreichen. Die Nähe zur Lebenswelt der Menschen ist dabei besonders wichtig, inhaltlich wie kommunikativ. Ein fiktives Beispiel: »Gegen intolerante und verfassungsfeindliche Umtriebe in Beispielkleinstadt« klingt negativ, etwas unklar und wird so wenige Menschen ansprechen. »Weltstadt Beispielkleinstadt« dagegen hat eine völlig andere Botschaft. Es zeichnet ein positives Bild und ist deshalb relevant. Und es ist ein Motto, hinter das sich auch Repräsentanten und Repräsentantinnen der Verwaltung stellen können.

Kooperation statt Konfrontation

Die Zustände mögen manchmal skandalös sein. Belehrungen und Beschuldigungen der vermeintlich »versagenden« Gesellschaft führen dennoch selten zum Ziel, aber sehr häufig zu Ablehnung und Vermeidungsstrategien. Der pädagogische Zeigefinger oder Vorwürfe gegen Einzelne und die Gemeinschaft haben zudem den negativen Effekt, dass ein »Ihr« und ein »Wir« entsteht: »Ihr macht es falsch, wir sind die Guten.« Mit dieser Ausgangsposition schwächen Initiativen ihre eigene Position. Anstöße zur Veränderung können nur von innen heraus kommen, aus der Gemeinschaft. Initiativen müssen sich deshalb zu dieser bekennen, statt vom Rand zu kommentieren.

Positiv kommunizieren

Menschen meiden negative Themen. Dies gilt insbesondere für Repräsentanten und Repräsentantinnen der Gesellschaft. Politiker und Politikerinnen, aber auch Unternehmer und Unternehmerinnen haben ein außerordentliches Interesse daran, in einem positiven Licht zu stehen. Sie wollen sich in Medien und Öffentlichkeit als Teil von Erfolgsgeschichten präsentieren. Bürgerinitiativen sollten ihnen den Raum dafür geben. Stellen Sie positive Entwicklungen und Geschehnisse in den Vordergrund der Kommunikation. Zum Beispiel durch die Etablierung einer Auszeichnung für herausragendes Engagement. Politiker und Politikerinnen können als Schirmherren oder -damen gewonnen und dadurch »verpflichtet« werden.

Aufmerksamkeit generieren

Basis aller erfolgreichen Kommunikation ist Aufmerksamkeit. Sie schafft Bekanntheit für das Engagement der Initiative, für die Herausforderungen der Region und sorgt dafür, dass die Gesellschaft Probleme nicht »unter den Teppich kehren« kann. Der beste Weg, um Aufmerksamkeit zu erhalten, sind Inszenierungen, die Anlass zur Berichterstattung (insbesondere auch mit Bildern) geben. Menschen- bzw. Lichterketten sind ein klassischer Weg. Ein besonderes Beispiel ist die *Front Deutscher Äpfel*, die durch ihre satirische Inszenierung immer wieder auch in überregionalen Medien Aufmerksamkeit erhält.

Unterhaltsam kommunizieren

Für jegliche Kommunikationsform sind natürlich die Inhalte von entscheidender Bedeutung. Dies betrifft den Nachrichten- und Informationswert, aber insbesondere im Internet auch den unterhalterischen Wert. Dies muss nicht im Widerspruch zur Ernsthaftigkeit des Anliegens stehen. Auch schwierige Themen können mit Geschichten, Bildern und einer ansprechenden Inszenierung an Attraktivität gewinnen. Ins Extreme wird das etwa durch *Storch Heinar* getrieben. Diese Art des Umgangs mit rechten Phänomenen mag umstritten sein, der kommunikative Erfolg ist es nicht. Durch Witz und Charme beschäftigen sich die Menschen gern mit dem Thema.

Erste Schritte der Kommunikation

Kommunikation ist ein zentrales Mittel für die erfolgreiche Arbeit von Initiativen. Welche Art von Kommunikation der richtige Weg ist, hängt von den Ressourcen und Fähigkeiten der Beteiligten sowie von den Zielen und Zielgruppen ab. Bevor das Licht der Öffentlichkeit gesucht wird, sollten deshalb einige strategische Entscheidungen getroffen werden. Erster Schritt ist die Entwicklung eines Leitbildes. Das Leitbild besteht aus der Vision, also dem Selbstverständnis und den Beweggründen der Organisation sowie der Mission, also dem eigenen Anspruch und der Aufgabe, der man sich verschreibt. Aus diesem Leitbild werden die konkreten Ziele und Aktivitäten abgeleitet. Das Leitbild verschafft der externen Kommunikation die nötige Klarheit und schließt intern die Reihen. Ein Workshop mit allen Beteiligten ist hier der beste Weg. Das Ergebnis dieser Arbeit sollte sich in wenigen Sätzen ausdrücken lassen, um als Handlungsleitfaden für die Beteiligten und als Kurzinformation für Außenstehende dienen zu können.

Nach abgeschlossener Leitbildentwicklung wird mit strategischen Überlegungen zur Kommunikationsarbeit begonnen. Folgende Fragen gilt es dabei zu klären:

- Was genau ist das Ziel der Kommunikationsarbeit? Langfristig und kurzfristig? Es gilt: weniger ist mehr.
- Daraus ergibt sich die Zielgruppe. Wen gilt es zu erreichen? Welche Bedürfnisse haben diese Menschen? Umso klarer die definierte Zielgruppe, desto erfolgreicher die Kommunikation.
- Welche Inhalte und Botschaften sollen vermittelt werden?
- Mit welchen Maßnahmen und welchen Kanälen werden Ziele und Zielgruppen am besten erreicht?

Grundsätzlich gilt für die Zielgruppendefinition der Weg der Mitte. Verausgaben Sie sich nicht an jenen, die nicht überzeugt werden können. Investieren Sie aber auch nicht zu viel Energie, Menschen zu überzeugen, die sich bereits engagieren.

Frank Meinke ist Leiter »Strategie und Konzeption«, der Serviceplan Gruppe Berlin und Mitglied im Beirat von Region in Aktion.

Aus dem Reisebuch »Region in Aktion – Eine Reise durch Vorpommern«: Initiativen in der Nachbarschaft entdecken – Klausthaler Puppenbühne. Foto: Peter van Heesen



Verschiedene Perspektiven mitdenken – die Kategorie Gender und die Arbeit gegen Rechtsextremismus

Heike Radvan ist Leiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismusprävention bei der Amadeu Antonio Stiftung. Das Interview führte Swantje Tobiassen.

Gerade Frauen verlassen den ländlichen Raum. Warum?

Wer die Region verlässt, sind die gut Ausgebildeten, hier ist die Abwanderung weniger stark geschlechtsspezifisch. Aber: Gerade die gut qualifizierten Frauen verlassen die Region. Das scheint verschiedene Gründe zu haben: So ist es nach wie vor für Männer, die nicht als ethnisch anders wahrgenommen werden, in vielen Berufszweigen leichter, Anstellungen zu finden. Und viele Frauen scheinen flexibler in ihren Mobilitätsentscheidungen zu sein, sie verlassen häufiger den vertrauten Wohnort, um Chancen wahrzunehmen und neue Erfahrungen zu machen. Verbessert sich die wirtschaftliche Lage, so kehren nicht Wenige – sowohl Männer als auch Frauen – gern zurück.

Was bedeutet dies für die Region...

Ich würde Wanderung und Migration generell positiv bewerten: Wenn Menschen sich entscheiden, an einen anderen Ort zu gehen, kann dies neue Erfahrungsräume eröffnen, interessante Lebenswege ermöglichen. Was diese Abwanderung für die »verlassene« Region heißt, lässt sich aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Zu allererst bedeutet dies, dass sich politisch Verantwortliche überlegen können, wie sie die Region attraktiver für Menschen machen, die zuwandern wollen oder können. Wir haben momentan eine hohe Zuwanderung beispielsweise aus südeuropäischen Staaten, was also ließe sich tun, um diesen Menschen hier eine Aussicht auf einen attraktiven Wohnort zu geben? Wenn man diese Frage diskutiert, beantwortet man nicht nur wirtschaftliche Fragen, auch atmosphärische spielen eine Rolle: Wie lässt sich Fremdenfeindlichkeit, Rassismus so thematisieren, dass es eine Aufmerksamkeit hierfür gibt und einen Konsens, dass Ausgrenzung und Diskriminierung generell nicht okay, nicht gewollt sind.

... und in Bezug auf Geschlechterbilder?

Betrachtet man die Statistik, so bedeutet diese Entwicklung, dass eine gewisse Überzahl an jungen, weniger gut ausgebildeten Männern in der Region bleibt. Was bedeutet dies atmosphärisch und aus einer soziologischen Perspektive? Generell würde ich sagen, dass dies eine Herausforderung für die Bildung ist: Es ist nicht biologisch oder zwangsläufig gegeben, dass Männer in homosozialen Gruppen häufiger gewalttätig werden und erst mit den Frauen deren »Sozialisierung« ermöglicht wird. Insofern braucht es Vorbilder moderner Männlich- aber auch Weiblichkeiten, an denen sich Kinder generell orientieren können und in denen soziale Kompetenzen, Kooperationsfähigkeit, aber auch Weltoffenheit an oberster Stelle stehen.

Weshalb ist es wichtig, die Genderperspektive bei der Projektarbeit im Blickfeld zu haben?

Die Kategorie Geschlecht prägt unseren Alltag ebenso wie andere Kategorien, beispielsweise ethnische Zugehörigkeit, das Alter, Bildung oder eine körperliche Beeinträchtigung. Als gut gebildete, einheimische Frau habe ich bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz als ein ebenso gut gebildeter Mann, dessen Eltern aus einem afrikanischen Land eingewandert sind. Nutze ich einen Rollstuhl, um mich fort zu bewegen, schränken sich meine Zugangsmöglichkeiten im öffentlichen Raum stark ein. Geschlecht spielt nicht selten auch hier eine Rolle, so sind Frauen mit körperlichen Beeinträchtigungen signifikant hoch von sexualisierter Gewalt betroffen. Ich würde also dafür plädieren, generell Verschiedenheiten, die sich aufgrund unterschiedlicher Gruppenzugehörigkeiten ergeben, im Blick zu haben; Geschlecht ist eine davon. Um gesellschaftliche Ungleichheiten erkennen und im nächsten Schritt dagegen aktiv werden zu können, bedarf es einer differenzierten Wahrnehmung. Nicht selten hilft ein Blick auch auf die Finanzen: Mit dem so genannten Gender Budgeting kann ich etwa analysieren, wer in meiner Kommune, Schule welches Geld wofür erhält. Oder strukturelle Benachteiligung erkennen: Wann wird die Sporthalle an wen vermietet? Hier wird nicht selten deutlich, dass Benachteiligungen sich überschneiden: Mädchen und Frauen haben häufig generell zu unattraktiveren Zeiten Zugang zu Sporthallen, migrantische Sportvereine ebenso.

Wie kann Gender in die Projektarbeit integriert werden?

Das wirft zunächst die Frage nach dem Begriffsverständnis auf: Was verstehe ich unter »Gender«? Generell ist damit gemeint, dass unsere Gesellschaft nach wie vor sehr stark geschlechtsspezifisch sozialisiert, Kinder wachsen mit bestimmten Anforderungen auf, sich als »richtiger Junge«, »richtiges Mädchen« zu präsentieren. Anders gesagt: Wir konstruieren täglich unseren Alltag in einer Art und Weise, die Geschlecht als ein zweiteiliges Schema wieder herstellt und reproduzieren damit bestehende Ungleichheiten. Letzteres zu hinterfragen und andere Angebote zu unterbreiten, ist meines Erachtens Aufgabe von Projektarbeit. Wie dies integriert werden kann, muss dann im konkreten Fall diskutiert werden. Das kann zum Beispiel heißen, dass auch Angebote gemacht werden, die traditionellen Vorstellungen von Junge- und Mädchensein widersprechen: Kochkurse generell allen Teilnehmenden anzubieten oder Fußball auch für Mädchen. Oder sich mit Schülerinnen und Schülern auf die Suche zu begeben, welche Rolle Geschlecht in ihrem Klassenraum spielt? Wer hat welche Chancen, wo finden sich Einschränkungen?

Heike Radvan ist Erziehungswissenschaftlerin und promovierte im Jahr 2009 zum Thema »Pädagogisches Handeln und Antisemitismus« an der Freien Universität Berlin. Seit 2002 arbeitet sie in der Amadeu Antonio Stiftung, u.a. zu den Themen Antisemitismus in der DDR und Gender und Rechtsextremismusprävention.





II. Praktische Ansätze für Kommunikations- arbeit gegen Rechtsextremismus

Foto: Peter van Heesen

Projektansätze, die eine Region aktivieren können – ein Überblick

Anna Richter

»Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein,« sangen *Tocotronic* 1995 und sprachen damit vielen Jugendlichen aus dem Herzen. Dieser Wunsch scheint gerade in ländlichen und peripherisierten Gegenden, vor allem in den neuen Bundesländern, ins Hintertreffen geraten zu sein. Statt von Jugendbewegungen berichten die Medien von Rechtsextremen, Abwanderung und Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig hat sich eine lebendige Projektlandschaft herausgebildet, die von zivilgesellschaftlichen, politischen und künstlerischen Initiativen und Organisationen bespielt wird. So werden mittels vielfältiger Ansätze Netzwerke aufgebaut, Veranstaltungen angeboten und Diskussionen geführt. Nicht selten werden diese Projekte wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Doch bleibt kritisch anzumerken, dass viele dieser Projekte »in die Regionen hineingetragen werden« statt in ihnen selbst zu entstehen. Wollen die Menschen nicht mehr Teil einer (Jugend-)Bewegung sein? Was wollen sie denn eigentlich?

Aktivierende Befragung: Was wollen Sie tun?

In den letzten Jahren ist besonders die so genannte aktivierende Forschung beziehungsweise Befragung zum Einsatz gekommen, die sich aus der Aktionsforschung entwickelt hat (Hinte & Karas 1989; Richers 2009). Die Methode der aktivierenden Befragung bietet im Gegensatz zu vielen anderen Forschungsansätzen den Vorteil, dass die Forschungsobjekte zu Forschungssubjekten werden. Das heißt, dass die Beforschten selbst zu Forschenden werden und selbst ihren Forschungsgegenstand bestimmen. Zentral geht es bei der aktivierenden Befragung darum, Probleme, Wünsche und Perspektiven der in einem relativ klar begrenzten Gebiet lebenden Menschen mit den Menschen selbst zu thematisieren und sie so in ihrer eigenen Wahrnehmung zu bestärken, diese Probleme, Wünsche und Perspektiven als Ansatzpunkt zu eigenem zivilgesellschaftlichem Handeln zu nehmen (*Empowerment*). Der Forschungsansatz geht davon aus, »dass Menschen nur dann bereit sind, sich für etwas zu engagieren, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt und sie von dessen Notwendigkeit überzeugt sind« und verfolgt den Zweck, »durch aktivierende Gespräche herauszufinden, wie die Betroffenen denken und fühlen, was sie als veränderungsbedürftig ansehen und was sie bereit sind zu tun, damit sich etwas ändert« (Richers 2009: 60). Dieser Ansatz wird vor allem in Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit herangezogen, da er erlaubt, kleinteilig zu arbeiten. Er ist besonders hilfreich, wenn es darum geht, nicht *für*, sondern *mit* betroffenen Menschen Veränderungswünsche zu artikulieren und konkrete Handlungsansätze zu entwickeln.

Der aktivierende Ansatz ist aufwändig und zeitintensiv und erfordert eine Offenheit hinsichtlich der sich herausentwickelnden Richtung von Seiten der Auftrag-

geberinnen und Auftraggeber, da Ziele und Arbeitsschritte nicht von vornherein feststehen und somit auch nicht geplant werden können. Deshalb ist darauf hinzuweisen, dass der Ansatz durchaus auch missbraucht und dann eher zur Manipulation werden kann, etwa wenn Menschen für einen bestimmten Zweck aktiviert werden, der nicht ihren eigenen Bedürfnissen entstammt. Um auf den Song von *Tocotronic* zurückzukommen, reicht es nicht, Teil einer Jugendbewegung sein zu wollen, sondern die Menschen darin zu aktivieren, ihre eigenen Vorstellungen von und Ansprüche an Zivilgesellschaft zu formulieren und sie in ihrem Engagement zu unterstützen. Ganz zentral ist deshalb das Respektieren des Eigeninteresses und des Selbstbestimmungsrechts der Menschen, die aktiviert werden sollen. Das bedeutet auch, dass es nicht darum geht zu helfen, sondern eine Neugier dafür zu entwickeln, was die zu aktivierenden Menschen selbst für wichtig halten und welche Zusammenhänge sie aufmachen (Stark 1993).

Beteiligung: Austausch und Anerkennung für Verbündete

Aktivierende Ansätze zeigen Parallelen zu anderen Ansätzen der Zivilgesellschaftsarbeit, wie etwa Zukunftswerkstätten. Diese haben laut Stracke-Baumann (2008: 72-73) fünf wichtige Effekte, die es freizusetzen und zu fördern gilt: Demokratisierung, Lernen, Synergie, Motivation und Kreativität. Die Idee der Demokratisierung geht auf die Absicht zurück, »Bürger/innen an ihrer Lebensgestaltung zu beteiligen und ihre Tendenz zur politischen Resignation abzubauen« (Stracke-Baumann 2008: 72; Junck 1978; Junck 1994). Es geht dabei ganz zentral um eine Politisierung, also die Erfahrung, sich aktiv für etwas einzusetzen und darüber sowohl eine Anerkennung der eigenen Position zu erfahren, selbst wenn letztere vielleicht durch Ablehnung eines Vorschlages oder Gedankens ausgedrückt wird.

Lernen heißt in diesem Zusammenhang auch, die Darstellung einer Region oder eines Themas selbst als soziale Konstruktion zu verstehen und Möglichkeiten aufzuzeigen, diese nicht nur zu kommunizieren, sondern auch zu verändern. Wie Menschen über ihre Umgebung denken, wie sie Probleme, aber auch Stärken wahrnehmen, ist nicht objektiv gegeben, sondern wird über Kommunikationen, also im sozialen Austausch konstruiert und lässt sich deshalb auch neu oder anders konstruieren und in Frage stellen. Lernen bedeutet, für diese kommunikativen Möglichkeiten ein Gespür zu entwickeln.

Weil die Beteiligten aus verschiedenen Altersgruppen und sozialen und beruflichen Feldern kommen, können sie Erfahrungen austauschen und gemeinsam Positionen entwickeln, für die sie als Individuen entweder nicht eintreten würden oder deren Bedeutung ihnen allein nicht bewusst würde. Hinsichtlich der Synergieeffekte geht es vor allem um die Erfahrung der Kooperation, des Sich-Aufeinander-Verlassens und Respektierens. Statt sich als Konkurrentinnen und Konkurrenten wahrzunehmen, gilt es Vertrauen zu entwickeln und in gegenseitigen Vorschlägen eher gemeinsame Gewinne als einen Wettbewerb untereinander zu sehen.

Direkt daran anschließend sind Motivationseffekte zentral für die Verstetigung neuer Zusammenschlüsse, die oft nach einer Eingangsphase wieder einschlafen.



Tausche Gemüse gegen Kunst für die Suppe der Superlative bei held/in_dorf. Engagement braucht (Mitmach-)möglichkeiten und Anlässe. Foto: Kaspar Wimberley

Bilden sich die Demokratisierungs-, Lern- und Synergieeffekte aus, kann eine Motivation »von innen heraus« entstehen, die wirkungsvoller ist als Anreize von außen. Schließlich werden Kreativitätseffekte genannt, die dadurch entstehen, dass Beteiligte sich aktiv einbringen, statt nur als Zuschauerinnen und Zuschauer oder Zuhörerinnen und Zuhörer (Publikum) teilzunehmen. Diese Art der Inspiration ist besonders effektiv, da Beteiligte häufig erst in der Zusammenarbeit mit anderen Menschen eigene Interessen und diejenigen anderer anerkennen und vor allem formulieren können.

Projektarbeit: Ein Mittel auch gegen Vereinzelung und Entpolitisierung

Im Laufe der letzten Dekade hat sich ein Bewusstsein dafür durchgesetzt, dass gesellschaftliches Miteinander gerade in Zeiten gesellschaftlicher (und ökonomischer, sozialer etc.) Veränderungen und Krisen gefährdet sein kann und vielfach tatsächlich in Gefahr ist: »Viele Kommunen sehen sich häufig überfordert, wenn Gewalt den privaten Rahmen verlässt und in ethnisierten oder politisierten Formen das Zusammenleben gefährdet« (Arajärvi & Kunter 2008: 4). Auch rassistische Übergriffe werden noch immer nicht unbedingt als strukturelle, die ganze Gesellschaft angehenden Probleme anerkannt. Oft werden sie sogar aus Angst oder stillschweigender

Akzeptanz ignoriert oder einfach verschwiegen. Hier können aktivierende Projekte und Forschungen ansetzen.

Die sich weitende Schere zwischen Arm und Reich, die Abwanderung aus strukturschwachen Regionen sowie der schrittweise Abbau des Wohlfahrtsstaates mit seinem ausgleichenden Paradigma führen zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze. Das kann besonders junge Menschen so desillusionieren, dass sie eigene Vorstellungen und Interessen aufgeben, statt sich für sie einzusetzen. Gerade deshalb ist Projektarbeit und insbesondere die aktivierende ein zentrales Mittel, um etlichen Folgeerscheinungen entgegen zu wirken: der weiteren Vereinzelung von Menschen in ländlichen Regionen, der Peripherisierung ganzer Regionen und der Entpolitisierung politischer Zusammenhänge. In der Projektarbeit lernen die Engagierten, sich auch gegen Widerstände durchzusetzen und sich von den sich entwickelnden Zielen und Aktivitäten überraschen und wiederum inspirieren zu lassen.

Literatur und Quellen:

Arajärvi, Outi; Kunter, Björn (2008): Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. In: Arajärvi, Outi; Kunter, Björn (Hg.): Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. Sieben Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich. Ein Kooperationsprojekt von Bund für Soziale Verteidigung und Stiftung Mitarbeit, S. 4-12.

Hinte, Wolfgang; Karas, Fritz (1989): Studienbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis. Frankfurt / Main.

Junck, Robert (1978): Statt auf den großen Tag zu warten Über das Pläneschmieden von Unten. Ein Bericht aus »Zukunftswerkstätten«. In: Michel, Karl; Wieser, Harald. Kursbuch 53. Utopien. Lust an der Zukunft. Berlin: Rowohlt.

Junck, Robert (1994): Trotzdem. Mein Leben für die Zukunft. München: Knauer.

Lüttringhaus, Maria; Streich, Angelika (2009): »10 Minuten nach dem Beratungsgespräch«: Aktivierende Elemente im Alltag professioneller Beratungstätigkeit. In: Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 64-68.

Richers, Hille (2009): Aktivierende Befragung. In: Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Stiftung Mitarbeit, S. 60-63.

Stark, Wolfgang (1993): Die Menschen stärken. *Empowerment* als eine neue Sicht auf klassische Themen von Sozialpolitik und sozialer Arbeit. In: Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg (Hg.): Blätter der Wohlfahrtspflege. Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit. Stuttgart, Heft 2, S. 41-44.

Starcke-Baumann, Claudia (2008): Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Anna Richter studierte Anglistik und Soziologie in Bremen. Promotion in Leeds (GB) zur Politik der Partizipation in Liverpool, Kulturhauptstadt Europas 2008. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, wo sie unter anderem an der wissenschaftlichen Begleitung von Region in Aktion der Amadeu Antonio Stiftung arbeitet.

Kein Ort für Neonazis – wenn Zivilgesellschaft und Verwaltungen zusammenarbeiten

Heiko Pult

Menschenverachtende Einstellungen haben viele Ursachen, neonazistische Strukturen haben viele Erscheinungsformen. Um darauf angemessen und schnell reagieren zu können, sind viele verschiedene Akteure und Akteurinnen nötig, die ihre Erfahrungen, Informationen und Ressourcen einbringen. Dabei können sowohl zivilgesellschaftliche Gruppen wie Bürgerinitiativen, Aktionsbündnisse oder Vereine, als auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie öffentliche Verwaltungen einen wichtigen Beitrag leisten. Schaffen beide Strukturen eine Zusammenarbeit, wird es für Neonazis und andere Demokratiefeinde schwer, ihre Einstellungen in der Gesellschaft salonfähig zu machen und ihre Strukturen zu festigen. Wenn zivilgesellschaftliche Gruppen und öffentliche Verwaltungen dagegen nicht zusammenarbeiten oder sie sich gar untereinander in Konflikten verlieren, entstehen dagegen Freiräume für Neonazis, die diese geschickt auszunutzen wissen.

Anhand der Erfahrungen, die in der Zusammenarbeit zwischen Pasewalks öffentlicher Verwaltung und dem Aktionsbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* sowie im Rahmen des Projektes *Region in Aktion* der *Amadeu Antonio Stiftung* gesammelt wurden, sollen einige Vorteile des kooperativen Agierens im Kampf gegen Rechtsextremismus beschrieben werden.

Pasewalk, Sommer 2012: Ein Aktionsbündnis, eine Verwaltung und 1.000 Neonazis

Mitte Juni 2012 wird bekannt, dass der »Deutsche Stimme«-Verlag der NPD sein alljährliches »Pressefest« bei Pasewalk ausrichten möchte. Man erwartet auf dem Gelände des Vereins »Sport und Wiese e.V.« über 2.000 Neonazis aus ganz Deutschland. In den regionalen und überregionalen Medien wird die Befürchtung geäußert, dass kaum ein nennenswerter Widerstand durch die Behörden und die Zivilgesellschaft zu erwarten wäre. Und tatsächlich liegt der Schock erst einmal tief. Nachdem die Nachricht vom NPD-»Pressefest« bei der Verwaltung durchgesickert ist, sagt der Pasewalker Bürgermeister Rainer Dambach in einer Dienstbesprechung resigniert: »Da kann man nix machen!« Nur wenige Wochen später wird er zur Symbolfigur im Widerstand gegen das »Pressefest«. Er motiviert und unterstützt die Verwaltung darin, alle Möglichkeiten auszunutzen, um das Pressefest nicht zu einem Erfolg für die neonazistische Szene werden zu lassen. Aber auch in der Zivilgesellschaft regt sich unvermuteter Widerstand gegen das Neonazi-Fest. Der Einladung für das Gründungstreffen des Aktionsbündnisses *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* folgen über 100 Menschen. Hoch motiviert organisiert das Bündnis in Kooperation

mit der Verwaltung in kürzester Zeit den bunten Protest gegen das neonazistische »Pressefest«. Mit Erfolg. An den Veranstaltungen des Aktionsbündnisses nehmen über 2.000 Menschen teil, was seinesgleichen in der Region sucht. Zugleich fällt das »Pressefest« mit »nur« 1.000 Neonazis deutlich kleiner und einen Tag kürzer aus als geplant – auch ein Verdienst der strengen behördlichen Auflagen. Noch heute engagiert sich das Aktionsbündnis mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen für ein demokratisches Miteinander und gegen Neonazis in Vorpommern.

Das Beispiel Pasewalk zeigt, wie das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung den Raum für neonazistische Aktivitäten wirksam verringern kann. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass dies kein Zufall war und derartige Kooperationen auch in anderen Regionen die Erfolgchancen in der Auseinandersetzung mit Neonazis und menschenverachtenden Einstellungen verbessern können.

Kooperationen verstärken Engagement gegen Rechtsextremismus

Kooperationen können zwei Ziele verfolgen: Sie können etwas Neues schaffen, was alleine nicht möglich ist (synergetische Kooperation) und sie können Kosten, Zeit und Effizienz durch die Zusammenfassung von Prozessen oder Abläufen optimieren (additive Kooperation) (WIFI Unternehmensservice 2008).

Im Falle von Pasewalk sind beide Effekte eingetreten. Das Aktionsbündnis hat in Kooperation mit der Verwaltung für die Region neue Aktionsformen und Netzwerke entwickelt, die eine in der Region nie da gewesene Anzahl von Menschen für den Protest gegen Neonazis mobilisiert haben. Zugleich haben sich beide Strukturen in der Vorbereitung der Proteste und dem behördlichen Umgang mit dem Pressefest mit ihren sehr unterschiedlichen Ressourcen durch klare Absprachen sinnvoll ergänzt. Dadurch konnten wichtige Ressourcen gespart und zugleich die Wirkung des gemeinsamen Handelns verstärkt werden – zum Nachsehen des »Deutschen Stimme«-Verlages, der NPD und der Gäste des neonazistischen »Pressefestes«.

Was genau Kooperationen im Kampf gegen Rechtsextremismus bringen

Gegenseitige Motivation: Die Aussage des Pasewalker Bürgermeisters »Da kann man nix machen« kann als Synonym für den in der Verwaltung und in der Zivilgesellschaft anfänglich vorherrschenden Pessimismus verstanden werden. Dieses Gefühl begann sich zu wandeln, als externe Institutionen, wie die *Amadeu Antonio Stiftung*, *schloss bröllin e.V.* und der *Demokratieladen* aus Anklam ihre Unterstützung signalisierten. Mit ihrer Hilfe wurde das Gründungstreffen des Aktionsbündnisses organisiert, welches zur Initialzündung für den Widerstand gegen das Pressefest wurde. Fortan hieß es: »Da muss man und da kann man was machen«.

Unterstützung der Verwaltung im Umgang mit dem Neutralitätsgebot und Parteienprivileg:

Im Vorfeld des »Pressefestes« der »Deutschen Stimme« gab es für die Pasewalker Verwaltung eine große Herausforderung, mit der alle öffentlichen Verwaltungen immer wieder aufs Neue konfrontiert werden. Jutta Bressemer,

die Fachbereichsleiterin für Kultur in Pasewalk, beschreibt die Herausforderung wie folgt: »Man darf sich als Angestellte der Verwaltung nicht politisch äußern. Ein Großteil (der Verwaltungsangestellten) hat sich auch dahinter verschanzt und hat gesagt: Gutes Argument, dass ich nichts machen muss. Aber einige hatten da auch wirklich Angst und haben gesagt: Nee, ich kann mich da nicht äußern, aber ich unterstütze euch.«

Der Pasewalker Bürgermeister erfuhr hautnah, wie schwer es ist, dem Neutralitätsgebot gerecht zu werden. Nachdem er auf der Homepage des Rathauses die Einladung zum Gründungstreffen des Aktionsbündnisses unter seinem Namen veröffentlichte, verklagte ihn die NPD mit Erfolg. Das Gericht sah darin einen Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und das Parteienprivileg, das die Benachteiligung von Parteien verbietet. Auch wenn für Rainer Dambach die Zahlung eines Bußgeldes in geringer Höhe gut verschmerzbar war, sind es solche Beispiele in Kombination mit mangelndem Wissen, die viele Beamtinnen und Beamte verunsichern und deswegen sehr zurückhaltend auf neonazistische Aktivitäten reagieren lassen.

Dies allein kann jedoch keinesfalls die Inaktivität und Ignoranz mancher öffentlichen Verwaltungen bei diesem Thema rechtfertigen. Denn tatsächlich gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie trotz des Neutralitätsgebots und Parteienprivilegs adäquat agiert und reagiert werden kann.

Eine Möglichkeit besteht darin, sich für alle erkenntlich nicht als Verwaltungsangestellte, sondern als Privatpersonen zu politischen Themen zu äußern und zu engagieren. So hat der Bürgermeister Rainer Dambach nach dem Gerichtsurteil sein Engagement gegen Neonazismus als Privatperson fortgesetzt, in dem er beispielsweise jedes Treffen des neu gegründeten Aktionsbündnisses besucht hat, allerdings, wie er immer ausdrücklich betonte, als Privatperson. Dass er immer noch als Bürgermeister von Pasewalk wahrgenommen wurde, ist kaum zu vermeiden und war vermutlich auch beabsichtigt.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, den durchaus vorhanden rechtlichen Spielraum von Verwaltungen auszunutzen. Im Fall des »Pressefestes« wurden zum Beispiel die Bestimmungen zum Lärmschutz, zur öffentlichen Sicherheit und zum Umweltschutz sehr restriktiv ausgelegt. Mit den Effekten, dass das »Pressefest« zum einem organisatorisch aufwendiger und vermutlich teurer als geplant war und zum anderem in der Dimension deutlich geringer ausfiel, womit wohl auch die gewünschte Außenwirkung ausblieb. Neonazistische Gruppen werden sich daher zukünftig etwas genauer überlegen, ob sie derartige Veranstaltungen in und um Pasewalk anmelden.

Gleichzeitig ist es in einer Kooperation, wie sie in Pasewalk zwischen der Verwaltung und dem Aktionsbündnis stattgefunden hat, für die Verwaltung möglich, das Neutralitätsgebot zu wahren und gleichzeitig zivilgesellschaftliches Engagement gegen Neonazis zu unterstützen. Denn zivilgesellschaftliche Gruppen sind ja nicht von Beschränkungen betroffen, denen Verwaltungen unterliegen, und können dadurch deutlich freier agieren. Derartige Kooperationen werden sogar vom Staat ausdrücklich gewünscht. Im Bericht der vom Deutschen Bundestag beauftragten

Enquete-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* wird allen staatlichen Institutionen empfohlen, die Rolle der »Ermöglichenden« einzunehmen und zivilgesellschaftliche Gruppen zu unterstützen sowie mit ihnen zusammenzuarbeiten (Deutscher Bundestag 2002: 282).

Natürlich sollten Verwaltungen in der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen das Neutralitätsgebot im Auge behalten. Der Pressesprecher des Aktionsbündnisses, Benno Plassmann, beschreibt es als fortwährenden Prozess, den richtigen Abstand beziehungsweise die richtige Nähe zueinander zu finden. Dabei erleichterte das Bündnis der Verwaltung die Zusammenarbeit, in dem es als Aktionsbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* nicht nur eine »Für-Botschaft« im Namen trägt, sondern dies auch mit seiner Öffentlichkeitsarbeit und seinen Aktivitäten unterstreicht.

Das Neutralitätsgebot und die Wahrung des Parteienprivilegs

Verwaltungsangestellte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unterliegen als Beamtinnen und Beamte besonderen Einschränkungen und Gesetzen (etwa dem Bundesbeamtengesetz (BBG)). Dies betrifft auch ihr Verhältnis zur Politik. Sie sind in ihrem Amt zur politischen Neutralität verpflichtet, was heißt, dass sie ihre private Meinung und ihr Verwaltungshandeln trennen müssen. Allerdings bedeutet dies nicht, dass sie sich nicht als Privatpersonen zum Beispiel gegen Neonazis positionieren dürfen, wie ausdrücklich vom Deutschen Beamtenbund und Tarifunion (dbb) klargestellt wird: »Beamtinnen und Beamte können sich politisch betätigen, sich für eine – nicht verfassungswidrige – Partei engagieren und auch ein Mandat anstreben – und sie können ihre politische Meinung äußern – aber außerhalb des Dienstes.« (www.dbb.de/themen/beamte/beamte-und-politik.html, Zugriff 29. 1. 2013). Auch während der Dienstzeit wird der Einfluss der persönlichen Sicht nicht völlig negiert. So stellt der dbb fest, dass bei Verwaltungsentscheidungen und der Rechtsauslegung die persönliche Sicht einfließt, »eben weil hier auch eine persönliche Entscheidung gefordert ist. Diese Spielräume sind notwendig, weil die Verwaltung flexibel bleiben muss und weil auch der beste Gesetzgeber nicht jeden Lebenssachverhalt regeln kann.« (ebd.) Dies eröffnet Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit, nach eigenem Wissen und Gewissen zu handeln, zum Beispiel auch im Umgang mit neonazistischen Aktivitäten.

In Verbindung mit dem Neutralitätsgebot steht die Verpflichtung von Beamtinnen und Beamten, das im Grundgesetz (GG, Art. 21) verankerte Parteienprivileg zu wahren. Dieses verbietet die Benachteiligung von Parteien, solange sie vom Bundesverfassungsgesetz nicht für verfassungswidrig erklärt werden. Das erklärt zum Teil, warum manche öffentliche Verwaltungen bei Aktivitäten der NPD sehr zögerlich und ängstlich agieren. Die folgende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (2 BvR 337/08) sollte jedoch dazu ermutigen, sich klar gegen

neonazistische Gruppen zu positionieren: »Die Treuepflicht verlangt mehr als nur eine formal korrekte, (...) innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren.« (www.bverfg.de/entscheidungen/rk20080506_2bvro33708.html, Zugriff 29. I. 2013)

Informationen und Erfahrungen teilen: In den Wochen vor dem »Pressefest« gab es einen engen Informationsaustausch zwischen den Akteuren und Akteurinnen im Aktionsbündnis und der Verwaltung. Jutta Bressemer resümiert: »Der Informationsfluss war sehr, sehr gut. Das Ordnungsamt Pasewalk war immer im direkten Kontakt mit dem Ordnungsamt des Landkreises. Das wurde in den Dienstberatungen kommuniziert und da wurde abgesprochen, was kann davon das Bündnis erfahren, wo können wir agieren, wo können wir die Information sinnvoll anwenden. Und umgekehrt, Sachen, die das Bündnis hat, wurden wieder in die Verwaltung herein getragen.« Neben dem schnellen Informationsaustausch profitierten beide Seiten vom Erfahrungsaustausch. Dadurch konnten zum Beispiel gemeinsam neue Handlungsansätze entwickelt werden, wie die Idee von einem Bündnis der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Dem Aufruf des Pasewalker Bürgermeisters folgten 41 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg: Ein Novum für die Region mit großer Symbolkraft und einigem noch auszuschöpfenden Potenzial.

Ressourcen und Netzwerke teilen: Im Falle Pasewalks wurde seitens der Verwaltung das Aktionsbündnis durch Bereitstellung von Infrastruktur, wie Räumlichkeiten und technischen Support, sowie durch eine schnelle Bearbeitung der Anfragen und Anmeldungen für die geplanten Veranstaltungen unterstützt. Das Aktionsbündnis und deren professionelle Unterstützerinnen und Unterstützer (*Amadeu Antonio Stiftung, schloss bröllin e.V., Demokratieladen*) übernahmen dagegen im stärkeren Maße die Organisation und Durchführung der Veranstaltungen rund um das »Pressefest«. Bei der Mobilisierung für die Veranstaltungen ergänzten sich beide Strukturen durch ihre unterschiedlichen Netzwerke: Ein Grund für die breite Beteiligung aus ganz unterschiedlichen Bevölkerungsteilen.

Solidarität üben: Eine weitere Form von gegenseitiger Unterstützung ist ein solidarisches Miteinander. So verfasste das Aktionsbündnis und die demokratischen Parteien des Landkreises nach dem Urteil gegen den Pasewalker Bürgermeister eine gemeinsame Presseinformation. Darin wird begründet, warum aus deren Sicht Rainer Dambach nicht gegen das Parteienprivileg verstoßen hat, als er den Bündnisaufruf auf der Rathaushomepage veröffentlichte, sondern nach demokratischen Grundsätzen handelte. Diese Solidarität stärkte die Position des Bürgermeisters und dessen Motivation im Umgang mit dem neonazistischen »Pressefest«.

Prestige nutzen: Die breite Beteiligung an den (Gegen-)Veranstaltungen rund um das »Pressefest« ist auch auf die Beteiligung zahlreicher regional bekannter Politikerinnen und Politiker sowie anderen Persönlichkeiten zurückzuführen. Wiederum spielte der Pasewalker Bürgermeister dabei eine entscheidende Rolle. Er beschreibt sein Engagement selbst wie folgt: »Ich war ja fast bei jeder Veranstaltung dabei, um einfach zu demonstrieren, ich stehe dazu, ich unterstütze es.« Weiter beschreibt er die Wirkung und die Absicht, die hinter seinem Engagement stand, so: »Dass viele Leute Angst haben, dass viele Leute Bedenken haben, das kannst du dadurch entkräften, in dem du sagst, dann schreite ich eben mit voran. Dadurch kriegen die anderen auch Sicherheit.« Sein persönlicher Einsatz hat nicht nur den Engagierten im Aktionsbündnis Mut gemacht, sondern hat auch geholfen, Unterstützung aus Kreisen zu gewinnen, die sich üblicherweise nicht in zivilgesellschaftlichen Gruppen engagieren. Umgekehrt hat die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis vermutlich das Ansehen des Bürgermeisters und der Verwaltung in der Bevölkerung positiv beeinflusst.

Literatur und Quellen

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, S. 282; unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>
WIFI Unternehmensservice der Wirtschaftskammer Österreich (2008): Leitfaden: Kooperationen in Forschung und Entwicklung; unter <http://www.bmwfj.gv.at/ForschungUndInnovation/Foerderungen/Documents/Kooperationsleitfaden.pdf>

Heiko Pult engagiert sich seit 14 Jahren in verschiedenen politischen Gruppen. Viereinhalb Jahre davon hat er im RAA-Regionalzentrum für demokratische Kultur Menschen zu den Themen gruppenzogene Menschenfeindlichkeit und Demokratie beraten und unterstützt. Heute arbeitet Heiko Pult im Kommunikations-Kollektiv (KoKo) als Moderator und bietet Workshops für Gruppen an, die ihre Struktur, Entscheidungsfindung und Kommunikation reflektieren und verbessern möchten.

Ergebnisse der Sozialraumanalyse in Vorpommern

Von Oktober 2011 bis März 2012 wurden im Altkreis Uecker-Randow, dem südlichen Teil von Vorpommern-Greifswald, Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und Bürgerinnen und Bürger zu ihren Bedürfnissen und Wünschen in Bezug auf Kommunikationsmittel und -wege befragt sowie eine Sozialraumanalyse durchgeführt. In der aktivierenden Befragung wurden die Befragten zur Reflexion ihrer Situation und eigenem Aktivwerden anregt.

Die Mehrheit der befragten Personen die Region als sehr lebenswert betrachtet. Gerade die landschaftliche Schönheit und die Ruhe wurden hierbei hervorgehoben. Auch wurden von einzelnen die dörfliche Gemeinschaft und die Nähe zu Polen als ein wichtiger Grund warum sie in die Region gekommen oder in der Region geblieben sind, benannt. Darüber hinaus benennen ein Viertel der befragten Personen die vorhandenen Freiräume, mit leer stehenden Gebäuden, Freiflächen, dünner Besiedlung und auch fehlender Konkurrenz als einen sehr positiven Aspekt.

Als Schwachpunkte beklagten viele der Befragten den spürbaren demographischen Wandel und seinen Einfluss auf den kommunikativen Austausch. Öffentliche Plätze sind meist leer, die Chancen auf direkte, soziale Begegnungen immer seltener. Im ländlichen Raum führt die Verödung öffentlicher Treffpunkte zu einer Verminderung von Kommunikation und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie sich vor Ort einbringen können. Sie fühlen sich kaum mehr als Mitgestalter und Mitgestalterinnen ihrer Region. Die Bürgerinnen und Bürger ziehen sich zurück und werden offen für scheinbar einfache Lösungen und rechtsextreme Parolen. Um dem entgegen zu wirken, wird die Stärkung von Kultur als Chance für die Entwicklung der Region gesehen. Mit der Teilnahme an kulturellen Angeboten wird eine gemeinsinnstiftende Funktion verknüpft.

Des Weiteren werden wachsende soziale Ungleichheiten und das mental und medial verfestigte schlechte Image als problematisch betrachtet. Die Befragten äußerten ein Bedürfnis nach einer positiven Identifikation mit der Region. Ihrer Meinung nach kann auch das durch Kommunikationsmöglichkeiten und Austausch verbessert werden. Dem entgegen steht die schlechte Infrastruktur im Nahverkehr und in der Information und sowie große Wegdistanzen. Zudem bemängelten einzelne, dass es sehr schwierig sei, Informationen über kulturelle Angebote zu bekommen. Für gute Angebote müssen weite Wege in Kauf genommen werden.

Eine große Sorge gilt der Abwanderung von jungen Menschen. Diese zum Bleiben zu motivieren, ihnen ein Heimatbewusstsein zu vermitteln und ihnen eine Zukunftsperspektive bieten zu können, sei dafür essentiell.

Den hohen Zuspruch, den die NPD und rechtsextreme Einstellungen in Vorpommern erhalten, benannten nur zwei Befragte als bedenklich und als Kritik am Leben in der Region. Besorgnis erregend ist, dass das Rechtsextremismusproblem von den meisten der befragten Menschen nicht ernst genommen wird.

Von Zeitung, Radio und Fernsehen wünschen sich die befragten Personen eine gut recherchierte Berichterstattung mit Hintergrundinformationen zu den jeweiligen Themen. Aktuelle Probleme sollten kritisch und informativ aufgearbeitet und unterschiedliche Meinungsbilder vorgestellt werden. Viele Befragte sind sich sicher, dass über eine positivere Berichterstattung die regionalen Interessen auch überregional gestärkt und gefördert werden könnten, um dauerhaft an einem besseren Image der Region zu arbeiten.

Zu dem Thema »Fremde« wurde von allen Befragten am wenigsten erzählt und die Aussagen waren zum Teil sehr widersprüchlich, was mehrere Schlüsse zulässt. »Fremdheit« ist ein Thema, mit dem sich die Befragten bisher wenig beschäftigt haben. Obwohl fast alle der Befragten polnische Nachbarn haben und Stettin als nächste Großstadt einige Angebote zur Verfügung stellt, die es in der Region nicht gibt, äußerte die Hälfte der Befragten, dass die Nähe zu Polen für sie überhaupt keine Rolle in ihrer Lebenswirklichkeit spiele. Auf Nachfrage, warum Stettin nicht als Bezugspunkt wahrgenommen wird, wurden Verständigungsschwierigkeiten angeführt, aber auch Vorurteile genannt.

Für ein Drittel der Befragten ist der Austausch mit Polen selbstverständlicher Teil des Alltags. Diese Befragten haben familiäre oder berufliche Kontakte zu Polen und fahren regelmäßig ins Nachbarland. Für sie bietet Stettin eine kulturelle Bereicherung und auch Fachkräfte, die es in der ländlichen Region kaum gibt.

Durch diese Aussagen wird deutlich, dass persönliche Kontakte zu »Fremden« wichtig sind, um die Scheu vor Fremdheit abzubauen und diese zunehmend selbstverständlich als Etablierte zu integrieren.

Um eine demokratische Kultur in der ländlichen Region zu stärken, ist es insbesondere wichtig, die Menschen vor Ort zu ermächtigen, ihre Interessen und Anliegen zu formulieren und eigenständig umzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen merken, dass es nicht anderer bedarf, die sich für sie einsetzen, sondern dass sie selbst über das Potenzial und die Mittel verfügen, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und dadurch Wege zu entwickeln, diese auch zu befriedigen. Dies zu ermöglichen braucht es Treffpunkte und Foren, angepasst an die Bedürfnisse vor Ort, um Kommunikation und gesellschaftspolitische Debatten im Nächstraum zu stärken. Diese Interaktion hat nicht nur einen identitätsstiftenden Effekt mit der Region, sondern befördert vor allem auch die Wertschätzung untereinander und die Stärkung einer demokratischen Kultur.

Die komplette Analyse finden Sie unter: <http://7.ly/pT2>







**Die Kunst,
mit Kunst zu
bewegen:
Die Reise
held/in_dorf**

Katharina Husemann

Foto: René Fietzek

»Ich wusste gar nicht, dass es das alles gibt«, sagt der Busfahrer erstaunt. Fünf Stunden hat er einen voll besetzten Bus durch die Region um Fahrenwalde gefahren. Dabei hat er in Orten gehalten, die er bisher nur vom Namen kannte und erfahren, was dort alles los ist. Erstaunt ist er von der Vielzahl an Initiativen, Projekten, engagierten Menschen und Vereinen in der Gegend. Dazu gehören der Treckerverein aus Züsedom, das *Kulturhaus Brüssow* und der Dorfchronist aus Damerow, aber auch die *[Gender]Werkstatt Ramin*, das neue deutsch-polnische Land *Nowa Amerika* und das Bürgerbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* Auch hat er die »verrückten« Künstlerinnen und Künstler vom Schloss Bröllin kennengelernt. Die haben mit den Fahrern die Tour durchgesprochen und die gemieteten Linienbusse mit Tonanlagen ausgestattet. Während der Fahrt konnten die Fahrgäste den zuvor geführten Interviews über heutige Heldinnen und Helden lauschen, um so dem Titel und Thema der Reise *held/in_dorf* näher zu kommen. Und dass der Reiseleiter, der sich ihm als Schauspieler vorstellte, die Mitfahrenden dazu brachte, David Bowies »Heroes« zu singen, sei geradezu unglaublich.

Die *held/in_dorf*-Reise begann auf Schloss Bröllin, einem Ort, an dem Künstlerinnen und Künstler aus Deutschland, Polen und der ganzen Welt Tanz-, Theater- und Performanceprojekte entwickeln und einstudieren. In denkmalgeschützten Feldsteinbauten wird seit mehr als 20 Jahren eine Produktionsstätte für professionelle zeitgenössische Kunst betrieben, die wie ein UFO in einer ländlich geprägten Region existiert, die mit demografischem Wandel, dem Wegbrechen von Kommunikationsorten und den Nazis zu kämpfen hat.

Die Region mit neuen Augen entdecken

In dieser Situation drängt sich die Frage auf, wie das künstlerische Schaffen genutzt werden kann, um demokratiebildend Einfluss zu nehmen. »Kommunikationsräume und Austausch wiederbeleben, um einander kennen zu lernen!«, ist die Antwort der Initiatorinnen und Initiatoren des Projekts *Region in Aktion* der *Amadeu Antonio Stiftung*, von *schloss bröllin* und der Theaterformation *The Working Party*. Aber wie lassen sich Verbindungen mit den Nicht-Künstlern und Nicht-Künstlerinnen vor Ort schaffen?

Um dieser Frage nachzugehen, suchen die Projektbeteiligten das persönliche Gespräch mit Leuten aus den umliegenden Dörfern. So kam es auch zur Begegnung mit Jolanta Grenke. »Viele sagen, hier ist überhaupt nichts los, das ist aber überhaupt nicht der Fall!«, sagte sie im Interview. Wenig später sitzt sie in einer Gesprächsrunde mit fünfzig anderen, die sich wie sie in kleinen Initiativen in der ländlichen Region engagieren. Sie war der Einladung zu einem »Dialogtag« gefolgt, wo sie unter anderem auf eine Vertreterin der *Landfrauen*, auf eine Frau, die sich für den deutsch-polnischen Austausch einsetzt, und auf einen engagierten Töpfer trifft. Erst ist sie verunsichert, da sie solche Gesprächsrunden bisher nicht kennt: Hier wird Beteiligung gefördert und jede und jeder kommt zu Wort, so ganz ohne Meinungsmache. In Arbeitsgruppen werden Vorschläge für weitere Netzbildung und neue Zusammenschlüsse erarbeitet. Hier erkennt sie, dass sie nicht allein ist.

Sie hat Menschen kennengelernt, die auf ihrer Wellenlänge sind, hat Anregungen bekommen, Kontakte geknüpft und es hat ihr Mut gemacht! Alle beschäftigen sich mit denselben Themen: Wie halten wir unser Umfeld lebenswert? Die Antwort war schnell klar: Nur gemeinsam. Gerne gemeinsam. So macht es mehr Spaß und wird mehr Wirkung zeigen. Und nebenbei wird so durch die offene Zusammenarbeit auch eine demokratische Kultur vor Ort gestärkt.

Erst etwas scheu, dann aber auch neugierig macht sie bei diesem Kunstprojekt mit. Unter dem Titel *held/in_dorf* wird eine Busreise geplant, auf der Initiativen aus der Region vorgestellt werden sollen. Jolanta Grenke will ihr Kulturhaus bekannt machen. Schnell wird ihr klar: auch ihre Ideen werden angenommen und diskutiert. Sie werden verknüpft mit künstlerischen Aktionen und Besuchen bei weiteren Initiativen. Etwas befremdlich findet sie zunächst den Titel *held/in_dorf*. Ich bin doch keine Heldin, denkt sie. Doch auch der *Nordkurier*, die lokale Zeitung, stellt plötzlich Heldinnen und Helden vor, die sich selbst gar nicht als solche sahen: Menschen aus der Region, die sich engagieren.

Bei weiteren Treffen auf Schloss Bröllin wird auf einer großen Karte die Bustour aufgemalt und mit allen Beteiligten der Ablauf geplant. Zusammen überlegen sie, wie und was genau passieren kann wenn die Busse ankommen und die vielen Menschen aussteigen. Grenkes Idee, an diesem Tag eine deutsch-polnische Ausstellung zu eröffnen und alle aus dem Dorf einzuladen, wird sofort angenommen.

Bei der Generalprobe lernt Jolanta Grenke die weiteren Orte kennen, tauscht sich mit den anderen Teilnehmenden über Kunst, Geschichte und Landschaft aus, über Erinnerungen und darüber, warum sie hier wohnt. Bei der *held/in_dorf*-Bustour am nächsten Tag kann sie nicht mitfahren. Sie hat genug mit den Vorbereitungen für den Empfang der Gäste zu tun. Jedoch den *Markt der Möglichkeiten*, auf dem sich weitere Initiativen aus der Region vorstellten, besucht Jolanta Grenke. Informiert über Weiterbildungs- und Jugendangebote, faires Handeln, regionale Netzwerke, Kunst- und Kulturangebote und falsche Vorurteile gegen Polen und Polinnen. Sie macht sich gestärkt durch ein paar Schnittchen vom *Arbeitslosenverband* auf den Weg zum Kulturhaus.

Aufregend ist es, als dann die Busse an ihrem Kulturhaus halten, sie über ihre Arbeit berichtet und die Ausstellung vorstellt. Kaffee hat sie gekocht und die Frauen im Dorf haben Kuchen gebacken. Ihre polnischen Freundinnen und Freunde fordern die Reisenden zum Tanzen auf, zu Tangomusik auf der Ziehharmonika. Durch die Erlebnisse der Busreise inspiriert gibt es viel zu erzählen und zu lachen. Am Abend dann ist sie, wie auch der Busfahrer und die anderen Teilnehmenden, zum Essen auf Schloss Bröllin eingeladen.

Die *Suppe der Superlative*, gekocht aus Gemüsespenden der Gärtnerinnen und Gärtner der Region, ist ein Festmahl, das Schloss ist bunt beleuchtet, es gibt Ansprachen und Musik. An langen Tafeln tauschen sich die mehr als 100 Menschen über die Erlebnisse des Tages aus, über ihr Engagement und ihre Motivation. Nicht nur die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Busreise sind gekommen, auch die Gärtnerinnen und Gärtner, die das Gemüse gespendet haben, sind da. So tauschen sich ganz unterschiedliche Menschen aus, die ansonsten kaum in Kontakt kommen.

Und erkennen, dass die bisher Unbekannten gar nicht so anders sind als sie selbst.

Wie auf den Dialogtagen spüren die Beteiligten, dass sie nicht alleine sind, dass es Möglichkeiten gibt, sich zusammen zu tun – und dass dies Kraft gibt. Gemeinsam haben sie geschafft, Lebensfreude und so auch ein lebendiges Bild von der Region zu vermitteln. Jolanta Grenke lernt nicht nur andere Initiativen und Menschen aus den Nachbardörfern kennen, sondern bekommt auch Mut, um Neues zu wagen.

Stärkung der demokratischen Kultur vor Ort

Während der Projektlaufzeit von *Region in Aktion* gründet sich parallel, befördert auch durch die Dialogtage, das Aktionsbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!*, das sich seitdem regelmäßig trifft, um aktiv demokratische Strukturen zu stärken. Als weiterer Projektbaustein entsteht ein Reisebuch, in dem die vielen Initiativen, Netzwerke, Menschen vorgestellt werden, die für ein demokratisches Miteinander stehen. Aufgezeigt werden Möglichkeiten, sich zu engagieren. Der *Nordkurier* berichtet weiterhin über die Aktivitäten des Bündnisses und der Initiativen, die Heldinnen und Helden der Region und die künstlerischen Aktionen – weil dies die Menschen interessiert. Schließlich macht es Mut, von Heldinnen und Helden zu lesen, besonders wenn sie aus dem eigenen Dorf kommen.

Für die Initiatorinnen und Initiatoren hat sich bestätigt: Durch Projekte dieser Form kann vor Ort viel bewegt werden. Die Kombination von künstlerischer Kreativität und Engagement vor Ort birgt Potenzial, Neues zu wagen oder Altes neu wahrzunehmen.

Allerdings sind derartige Demokratie-Kultur-Projekte mit Aufwand verbunden. Gerade in der ländlichen Region sind die Wege lang. Auch sind viele Initiativen nicht sichtbar. Das Herausfiltern der Ansprechpersonen, das Aufbauen von Kontakten, das Knüpfen von Verbindungen und das Einbeziehen in ungewöhnliche Zusammenhänge brauchen viel Zeit und Sensibilität. Aber wer dies einsetzt, wird überrascht sein über die Ergebnisse. Türen gehen auf und Neues entsteht!

Kunst und Kultur sind die herausragenden Potenziale der Region. Sie schaffen regionale Identität, sind demokratiebildend und können die Grundlagen für regionale Entwicklung, Wertschöpfung und Verbesserung der Lebensqualität sein. Eine lebendige Kunst- und Kulturszene birgt kreative Schöpfkraft, bildet Brücken und schafft Foren der Kommunikation. In ihrem Umfeld entstehen kreative Ideen für lokales Handeln. Dies gilt für die ökonomische, soziale, politische und kulturelle Dimension. Kunst und Kultur bergen wertvolle Impulse für die Entwicklung der Region. Denn nur mit selbstbewussten, selbstbestimmten und schöpferischen Menschen ist eine Entwicklung von innen heraus möglich!

Katharina Husemann ist Kulturmanagerin. Seit 2011 ist sie im Rahmen des Projektes Region in Aktion für den Projektteil Schloss Bröllin (Foto) tätig. Als Gründungsmitglied von schloss bröllin e.V. und freie Projektmanagerin initiiert sie seit 1996 künstlerische und soziokulturelle Projekte, bei denen Austausch und persönliche, kulturelle, gesellschaftliche und politische Weiterentwicklung im Fokus stehen.



Polenfeindlichkeit und der Umgang mit Polinnen und Polen

Niels Gatzke

Besonders an der deutsch-polnischen Grenze sind die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen und Polinnen in den letzten Jahren intensiver geworden. Polinnen und Polen ziehen zum Beispiel in Wohnungen in Vorpommern oder arbeiten als Dachdecker in Sachsen. Manche Menschen auf der deutschen Seite sehen diese Entwicklung nicht positiv. Sie sagen, dass Polen und Polinnen kriminell seien, dass sie das deutsche Sozialsystem mit seinen Leistungen wie Wohn- und Kindergeld ausnutzten oder dass Polen und Polinnen ihnen die ohnehin schon knappen Arbeitsplätze wegnähmen.

Diese negativen Positionen lassen sich durch Fakten und Statistiken nicht belegen. Sie zeigen aber, dass viele Menschen in der Grenzregion zu Polen Angst haben und unsicher sind, wie sich die Einwanderung von Polen und Polinnen und die gegenseitige Annäherung in Zukunft auf ihre eigene Situation auswirken werden. Sie fragen sich: Werde ich durch einen Polen meinen Arbeitsplatz verlieren? Sind mein Auto und Haus noch sicher? Bekommt die polnische Familie, die in die Wohnung nebenan gezogen ist, mehr Wohngeld als ich? Diese Vorurteile und Ängste können leicht fatale Auswirkungen haben, wie ein Fall von Selbstjustiz gegenüber polnischen Erntehelfern im Mai 2013 in Kremmen in Brandenburg gezeigt hat. Dort hatten Einwohner drei unschuldige polnische Bürger nach einem Wohnungseinbruch verprügelt und gefesselt.

Polenfeindlich ist, wer glaubt, dass Polen und Polinnen schlechter sind als andere Menschen. Polenfeindlichkeit ist eine Ausprägung von Rassismus, weil sie Ausdruck einer Geringschätzung beziehungsweise Abwertung von Menschen ist.

Wenn man bemerkt, dass sich Menschen aus dem eigenen Umfeld polenfeindlich äußern, sollte man sich trauen, zu widersprechen. Es stimmt etwa nicht, dass Polen und Polinnen anderen die Arbeit wegnehmen, weil sie häufig in Branchen tätig sind, in denen Unternehmen aus Deutschland noch Fachkräfte suchen (etwa Gebäudereinigung, Pflegeberufe, Baugewerbe). Es ist auch nicht richtig, dass alle Polen und Polinnen kriminell sind – Kriminalität gibt es in allen Ländern und Bevölkerungen. Schließlich entspricht es nicht der Wahrheit, dass Polen und Polinnen Sozialleistungen erschleichen. Vielmehr verbessern sie das Einkommen von Kommunen, weil sie Steuern, Miete und andere Abgaben zahlen.

Gegen Vorurteile und Ängste hilft es, mit Menschen aus Polen in Kontakt zu treten, ihre Kultur kennen zu lernen und zu erfahren, wie es in ihrem Land aussieht. Demokratische Initiativen bieten die Gelegenheit, polnische Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Dafür ist es wichtig, dass sie sich dort willkommen fühlen und als

gleichwertige Menschen angenommen werden. Die Zusammenarbeit mit Polinnen und Polen gelingt besser, wenn man ein paar einfache Dinge beachtet:

Sprache

■ Auch wenn jemand nicht perfekt Deutsch spricht, sollte man seine eigene Wortwahl und Aussprache nicht vereinfachen. Oft macht man dies automatisch und unterbewusst, daher ist es besser, sich selbst einmal mehr zu überprüfen.

■ Falls polnische Bürger und Bürgerinnen Probleme mit dem Verständnis der deutschen Sprache haben, sollte man dies nicht am Einzelfall in der gesamten Gruppe diskutieren. Besser denkt man vorher daran und setzt die Person mit Sprachproblemen neben jemanden, die oder der als Sprachmittler oder -mittlerin fungieren kann. Natürlich kann in der Gruppe diskutiert werden, ob man die Veranstaltung oder zukünftige Treffen zweisprachig gestaltet, aber dies nicht an einzelnen Personen festmachen.

Polnische Ortsbezeichnungen

■ Oft haben Deutsche »Komplexe« mit der Bezeichnung von polnischen Orten und versuchen, sie bewusst Polnisch auszusprechen, während der polnische Bürger auf deutsch die deutsche Bezeichnung benutzt. Am besten man geht »unverkrampt« damit um. Man kann ruhig »Stettin« sagen, man sagt auf Deutsch auch meistens »Mailand« statt »Milano«.

■ Das andere Extrem zum »verkrampten Umgang« mit polnischen Bezeichnungen ist die konsequente Bezeichnung kleinerer polnischer Orte in deutschen Bezeichnungen. Dies ist einfach nicht mehr zeitgemäß, die meisten Menschen in Deutschland und Polen kennen diese einfach nicht mehr, hier ist es praktischer die polnischen Bezeichnungen zu verwenden, auch wenn man sie nicht korrekt ausspricht.

Unterschiede nicht überbetonen

■ Akzeptieren Sie Unterschiede! Menschen sind unterschiedlich und nicht alles, was beim Gegenüber anders ist, muss seine Ursache in einer anderen kulturellen Prägung aufgrund von Nationalstaaten haben. Unterschiede sollten nicht mit den Adjektiven deutsch oder polnisch versehen werden. Häufig kann man diese Unterschiede von menschlichen Eigenschaften auch zwischen Deutschen finden, und man macht sie vorschnell an der unterschiedlichen Herkunft fest.

■ Somit wird deutlich, dass man in Gruppensituationen kein »Wir« und »Ihr« herstellt. Am besten man vermeidet Äußerungen, wie »ihr Polen« oder »schön, dass auch Polen mitarbeiten«. Auch positive Diskriminierung führt zu einem unterschiedlichen Gruppenverständnis und nicht zu einem gemeinsamen »Wir« in der Gruppe.

Niels Gatzke ist Politikwissenschaftler und Berater im Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald der RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V. Er hat zwei Jahre das Projekt »perspektywa« gegen Polenfeindlichkeit und polenbezogene Ressentiments geleitet.





**Über die
Vergangenheit
sprechen,
über die
Gegenwart
schweigen:
Kommunikation
in Zossen
zwischen
Aufklärung,
Streit und
Verharmlosung**

Stella Hindemith

Foto: Fridolin Welti

»Wier kohntenn ees einfach nicht. Glauben die Mau-er war weeg.« »Willst Du, dass ich weiterlese?«, fragt Marlies, die Erzieherin. Der Junge schaut angestrengt von dem Blatt mit der unleserlichen Handschrift seiner Mutter hoch, nickt erleichtert und reicht Marlies den Brief. »Also, noch mal«, beginnt sie. »Wir konnten es einfach nicht glauben: Die Mauer war weg!« Aufmerksam hören die Kinder der AG *Interessengemeinschaft Heimatkunde* des Hortes der Erich Kästner Grundschule ihrer Erzieherin zu. Sie haben an diesem Mittwochnachmittag im September Briefe ihrer Eltern mitgebracht, in denen diese ihre Erinnerungen an den 9. November 1989, den Tag des Mauerfalls, schildern. Der Reihe nach lesen die Kinder nun die Texte vor, stellen Fragen und diskutieren. Manchmal erläutern die Erzieherinnen etwas oder erzählen aus ihren eigenen Erinnerungen. Am spannendsten finden die Kinder die Geschichte eines Vaters, der bei der Armee war. Er hat nicht nur einen Text geschrieben, sondern seinem Sohn auch ein Foto mitgegeben, welches ihn in Uniform zeigt.

Kritische Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur

Seit Wochen schon sammeln die Kinder Geschichten über die verschiedenen Bedeutungen des 9. November in der deutschen Geschichte, sprechen über die Ausrufung der Republik 1918, die Reichspogromnacht 1938 und den Mauerfall 1989. Zum 9. November 1918 und 1938 haben sie keine Geschichten aus ihren Familien gehört, sondern sich mit Zossener Lokalgeschichte befasst. Zum Beispiel mit der Geschichte der Familie Cohen, die bis 1942 in einem Haus am Zossener Marktplatz lebte und dann nach Theresienstadt verschleppt wurde. »Ihr Schicksal bleibt bis heute unklar«, wird es dazu später im Theaterstück *9. November: Zossen Zeitreise* heißen, welches die Theaterpädagogin Pip Hill von *The Working Party* auf Grundlage der gesammelten Geschichten und Interessen der Kinder erarbeiten und mit ihnen proben wird. Zu dessen Aufführung – die am 9. November stattfindet – kommen die verschiedenen Menschen, die zu seiner Entstehung beigetragen haben: Eltern und Angehörige, Vertreter und Vertreterinnen der Stadtverwaltung, der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht* und viele andere Menschen aus Zossen.

So wie an diesem Abend ganz unterschiedliche Menschen beteiligt sind, so finden sich an einem verregneten Novembervormittag zwei Wochen nach der Aufführung Personen aus unterschiedlichen institutionellen und zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen in der Zossener Stubenrauchstraße ein. Heute wird ein Stolperstein für den Zossener Werner Robert Dahlen verlegt, einen jüdischen Anwalt, der 1941 ins Getto Litzmannstadt (Łódź) deportiert wurde. Die Bürgerinitiative, die die Lebensgeschichte Werner Robert Dahlens recherchiert hat, ist anwesend, die Bürgermeisterin Michaela Schreiber, Superintendentin Katharina Furian, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und viele andere Bürgerinnen und Bürger: In Zossen kann man sich darauf verlassen, dass viele Menschen kommen, wenn es um Gedenkveranstaltungen geht. Die Bereitschaft, sich in diesem Sinne zu engagieren, ist hoch. Bürgermeisterin Michaela Schreiber spielt dafür oft eine positive Rolle: 2013 ist sie beispielsweise – gemeinsam mit Kirche und Zivilgesellschaft – Initiatorin einer Veranstaltungsreihe, die sich der nationalsozialistischen Machtübernahme und dem

Verlauf der nationalsozialistischen Terrorherrschaft widmet. Jedes Jahr erklingen am 27. Januar, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, städtische Sirenen; sie sollen an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnern. Und auch unbequeme Auseinandersetzungen scheuen die Vertreterinnen und Vertreter der Zossener Verwaltung nicht: So wurde auf Initiative der Bürgermeisterin die Ausstellung *Das hat's bei uns nicht gegeben: Antisemitismus in der DDR* der *Amadeu Antonio Stiftung* gezeigt, in der es um die kritische Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur und das lange tabuisierte Thema des Antisemitismus in der DDR geht. Inhaltlich ein heißes Eisen, rüttelt die Ausstellung doch am Selbstverständnis vieler Ostdeutscher, die DDR nach wie vor als antifaschistischen Staat zu sehen, der den Antisemitismus qua seiner Gründung überwunden habe. Kritische Auseinandersetzungen mit Erinnerungskultur auf kommunaler Ebene sind keineswegs selbstverständlich, diese Erfahrung macht die *Amadeu Antonio Stiftung* immer wieder. Dabei sind diese essentiell für die Bekämpfung von Antisemitismus, dem nicht aufgearbeitete Lokalgeschichte und nicht reflektierte Erinnerungskultur ein fruchtbarer Nährboden ist. Alles gut also in Zossen, könnte man meinen – wenn da nicht die Kommunikation über aktuellen Rechtsextremismus wäre.

Die tägliche Bedrohung durch Nazis

»Sind zwei Nazis gekommen. Ich geh nicht aufs Podium, solange die hier sind.« Jörg Wanke, Sprecher der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht*, deutet mit einem Kopfnicken auf zwei Männer, die Bier trinkend am Tresen im Café des Zossener E-Werks stehen. Hier findet heute Abend auf Initiative der Grünen Landtagsabgeordneten Marie Luise von Halem eine Vorführung des Films »Kriegerin« mit anschließender Diskussion über Rechtsextremismus in der Region statt. »Sollen wir die rauschmeißen lassen?« überlegt Jörg laut, dreht sich auf dem Absatz um und geht auf die beiden Polizisten zu, die am Eingang des E-Werks stehen. Wenige Augenblicke später geleiten diese die beiden Nazis vor die Tür. Betont lässig schlendern sie zum Ausgang, schauen sich immer wieder um; einer von ihnen dreht sich, als er die Tür erreicht, noch einmal dem Raum zu, bleibt stehen, mustert die anwesenden Gäste. »Man kann es schon mit der Angst zu tun bekommen«, meint eine Frau.

Im Anschluss an den Film hallt der Auftritt der beiden Nazis im Publikumsgespräch wider: War es richtig, sie herauswerfen zu lassen? Hätte man nicht mit ihnen diskutieren müssen? Wäre es nicht gut, wenn sie den Film sehen und das Gewaltpotenzial ihrer Ideologie vorgeführt bekämen? Diese und andere Fragen werden an diesem Abend diskutiert; Probleme, für deren Lösung es kein Patentrezept gibt und die der Auseinandersetzung bedürfen. Einige der Anwesenden haben Erfahrungen mit Nazis in der Region Zossen gemacht, sie berichten von einer Elternsprecherin, die bei der NPD ist, von rechtsextremen Graffitis und CDs mit rechtsextremen Inhalten, die auf Schulhöfen verteilt wurden. Es sind Menschen ganz unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen, die hier an diesem Abend miteinander diskutieren. Was die Situation besonders und das Thema brisant macht: Jörg Wanke steht in diesen Wochen unter Polizeischutz. Knappe zwei

Wochen vorher haben Rechtsextreme einen Anschlag auf sein Haus verübt, seitdem steht jede Nacht ein Einsatzwagen vor seiner Tür.

So wie an dem Abend im E-Werk deutlich wird, dass es viele Menschen gibt, die etwas gegen Rechtsextremismus unternehmen wollen, so ist der Anschlag auf Jörg Wankes Haus zwar ein besonders krasser Fall neonazistischer Gewalt, jedoch nicht die erste Erfahrung dieser Art, die die Bürgerinitiative gemacht hat. 2010 haben Nazis das von der Bürgerinitiative betriebene *Haus der Demokratie* abgebrannt, immer wieder haben Rechtsextreme Gedenkveranstaltungen in Zossen gestört, Morddrohungen gegen Mitglieder der Bürgerinitiative an Häuserwände geschmiert oder Denkmäler geschändet. An dem Wochenende, an dem der Anschlag auf das Haus von Jörg Wanke verübt wurde, wurden Stolpersteine geschändet, Hakenkreuze auf Müllcontainer in der Stadt gesprüht und der Gedenkstein der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) im Stadtpark geschändet.

»Nachdem im August und September bis jetzt mindestens 30 Schmierereien von Hakenkreuzen und mehrere rechtsextremistische Parolen registriert werden mussten, nachdem dreimal Gedenksteine der Opfer des Nationalsozialismus geschändet wurden und die Häuser von zwei Familien der Stadt Zossen Opfer von rechtsextremistischen Anschlägen wurden gibt es dringenden Gesprächsbedarf! (...) Wie machen wir weiter? Auf wen können wir zählen in der offensichtlich sich wieder zuspitzenden Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus?« , schreibt der Sprecherrat der Bürgerinitiative in seiner Einladung zum ersten Treffen von *Zossen zeigt Gesicht* nach dem Anschlag. Mehr als 50 Personen folgen ihr, unter ihnen Menschen aus Zossen und Umgebung, aber auch aus ganz Brandenburg. Engagiert diskutieren die Anwesenden darüber, was nun zu tun sei, welche Netzwerke erschlossen werden könnten, wer für die Unterstützung der Bürgerinitiative gewonnen werden könnte. Es dauert nicht lange, bis ein Mann aufsteht und in den Raum fragt: »Hier sind heute Abend nicht nur Leute aus Zossen, sondern hier sind Leute angereist aus ganz Brandenburg, um euch zu unterstützen. Warum ist niemand aus dem Rathaus hier?« »Über die Bürgermeisterin wollen wir nicht mehr reden, dass die uns nicht unterstützt, wissen wir doch längst – wir kommen in unserer Arbeit nicht weiter, wenn wir uns immer wieder darüber aufregen,« entgegnet ein Mitglied der Bürgerinitiative. Trotzdem entspinnt sich im Anschluss eine Diskussion, in der einige Anwesende ihrem Frust und ihrer Enttäuschung darüber Luft machen, dass die Bürgermeisterin nicht anwesend ist. Das Thema brennt so manchen unter den Nägeln. So vergeht der Abend, ohne dass konkrete Schritte geplant werden, wie der aktuellen Situation begegnet werden kann.

Unterschiedlicher Umgang mit Rechtsextremismus

Vertreter und Vertreterinnen der Zossener Verwaltung engagieren sich zwar erinnerungspolitisch, und wenn Stolpersteine geschändet werden, sorgen sie dafür, dass

Der Engel der Geschichte in der Zossener Friedenseiche von 1817: Auseinandersetzung mit lokaler Erinnerungskultur im Projekt denkmal_weg *Foto: Fridolin Welti*



sie schnell gereinigt werden. Dem Engagement der Bürgerinitiative stehen sie jedoch ambivalent gegenüber: Einerseits sehen sie die Notwendigkeit, etwas gegen Nazis zu tun, gleichzeitig ist ihre Sorge, das Problem des Rechtsextremismus könne übertrieben und der Ruf der Stadt geschädigt werden. So zitiert die *Märkische Allgemeine Zeitung* Bürgermeisterin Michaela Schreiber zwei Tage nach dem Anschlag auf das Haus von Jörg Wanke mit den Worten, dass es ihr »für Herrn Wanke persönlich Leid tue, so wie für jeden anderen auch, der von einer solchen Sachbeschädigung betroffen sei.« (Hasselmann 2012). Die Tat rechtfertige jedoch nicht, »dass durch den Sprecher der Initiative die Stadt zum wiederholten Mal in der Öffentlichkeit bewusst als Hort des Rechtsextremismus dargestellt werde.« (Hasselmann 2012). Die Worte der Bürgermeisterin klingen beinahe so, als wiege die Sorge, der Ruf der Stadt könne ruiniert werden, schwerer als die Sorge, dass es Rechtsextreme waren, die den Anschlag verübt haben. Schlussendlich ist die Annahme, der Anschlag sei anderen Sachbeschädigungen gleichzusetzen, eine Verharmlosung. In einer E-Mail an Jörg Wanke, die zitiert werden darf, äußert sich Rathaussprecher Axel Jürs außerdem: »auch, wenn es im Falle einer nicht politisch orientierten ›Sachbeschädigung‹ immer noch ein Anschlag auf Euer Sicherheitsgefühl wie auch Eigentum und damit nicht wesentlich weniger bestürzend wäre, möchte man doch hoffen, dass es kein Signal dafür ist, dass sich Neonazis in der Region wieder zu neuen Gewalttaten hinreißen lassen. Da das jedoch nicht auszuschließen ist, bin ich vor diesem Hintergrund besonders froh, dass Frau Furian, Frau Schreiber und Herr von Eichborn (...) im Jahr 2013 mit einer besonderen Form des Gedenkens an die Machtübernahme der Nationalsozialisten vor dann 80 Jahren erinnern wollen.«

Jörg Wanke hat in den vergangenen Jahren immer wieder Interviews gegeben und öffentlich über Rechtsextremismus in Zossen gesprochen. Er sieht das als Teil seiner Arbeit – wie soll sich die Situation bessern, wenn man nicht darüber spricht, darüber aufklärt, diskutiert? Wie sollen Menschen in ähnlichen Situationen ermutigt werden, sich zu engagieren, wenn sie nicht erfahren, dass es in anderen Orten auch so ist? Jörg Wanke, der nicht nur Sprecher der Bürgerinitiative ist, sondern auch Vorstandsmitglied des *Aktionsbündnisses Brandenburg*, weiß sehr wohl, dass Rechtsextremismus nicht nur in Zossen, sondern in ganz Brandenburg ein Problem ist. Michaela Schreiber und auch manche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung finden jedoch, dass die mediale Berichterstattung und Wankes Bereitschaft, Interviews zu geben, dazu führen, dass Zossen einen schlechten Ruf bekommen hat. Im Dezember, zwei Monate nach dem Anschlag, veröffentlicht die Stadtverordnetenversammlung dementsprechend eine von 21 ihrer 29 Mitglieder unterzeichnete Presseerklärung. Darin heißt es, die Stadtverordneten verwahrten sich »im Namen ihrer Bürgerinnen und Bürger gegen eine haltlose Verunglimpfung ihrer Heimatstadt Zossen und der darin wohnenden Menschen als brandenburgisches »Zentrum neonazistischer Aktivitäten«, »Hochburg des Rechtsextremismus« (...) wie sie in der Vergangenheit immer wieder in und von Medien verbreitet wurden.« (*Plan B* 2012).

Statt sich mit der Arbeit der Bürgerinitiative zu solidarisieren und öffentlich deutlich zu machen, dass die Verwaltung hinsieht, wenn es um rechtsextreme Gewalt

geht und bereit ist sich gemeinsam mit ihren Bürgern zu engagieren, konnte durch das Zitat der Bürgermeisterin beziehungsweise die Presseerklärung der Stadtverordnetenversammlung der Eindruck entstehen, sie verharmlosten die Situation und sähen das Problem nicht bei den Rechtsextremen, sondern bei den Personen, die über Rechtsextreme sprechen. Über die E-Mail des Rathaussprechers wurde zwar kommuniziert, dass man besorgt sei, diese war jedoch nur halb-öffentlich – und der Verweis auf das erinnerungspolitische Engagement in der Stadt scheint wenig passend, schließlich ging es in diesem Moment um aktuellen Rechtsextremismus und nicht um die Vergangenheit.

In der innerhalb des Projekts durchgeführten Sozialraumanalyse stellt sich heraus, dass die Auseinandersetzungen zwischen der Bürgerinitiative und der Verwaltung von den Zossener Bürgern und Bürgerinnen als abschreckend wahrgenommen wird. Der Konflikt zwischen dem Rathaus der Stadt und der Bürgerinitiative spielt in der Befragung eine große Rolle, allerdings ohne, dass die Befragten auf den Kern der Auseinandersetzung – die unterschiedliche Einschätzung des Themas Rechtsextremismus und wie man damit umgehen kann – eingehen. Der Konflikt überlagert in Zossen die Wahrnehmung von Rechtsextremismus. Und sogar die Bürgerinitiative blockiert sich in ihrer Arbeit immer wieder selbst, weil sie sich mit dem Konflikt mit der Verwaltung auseinandersetzt, anstatt sich um ihr eigentliches Thema, das Engagement gegen Nazis, zu kümmern. Dabei wissen alle Beteiligten, spricht man einzeln mit ihnen, das Engagement gegen Rechtsextremismus von allen demokratischen Kräften gemeinsam getragen werden kann und sollte. Durch den Konflikt scheint es so viele Verletzungen auch persönlicher Natur gegeben zu haben, dass er immer wieder in den Vordergrund tritt. So gerät die Bürgerinitiative in die Rolle der öffentlichen Anklägerin, in dem sie der Verwaltung vorwirft, nicht genug gegen Nazis zu tun, während Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung darauf beharren, die Bürgerinitiative schädige Zossens Ruf und habe kein Recht darauf, dies zu tun.

Region in Aktion hat sich bemüht, im Rahmen seiner erinnerungskulturellen Projekte einen inhaltlichen Bogen zwischen Erinnerung an historische Entwicklungen, aktuellen Erscheinungsformen menschenfeindlicher Ideologien und demokratischer Kultur zu schlagen. Dabei wurde in den Projekten bewusst über die Konfliktlinien in der Stadt hinweg gearbeitet. Dafür konnte das gute Verhältnis zu Verwaltung und Bürgerinitiative intensiviert und neue Kontakte in der Stadt etabliert werden. Bewusst wurden Angebote geschaffen, die für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt offen sein sollten, um trotz des Konflikts Begegnungsmöglichkeiten zu haben, in denen sich alle demokratisch engagierten Personen beteiligen konnten. Gleichzeitig wurde die kommunikative Situation durch die Öffnung für Personen, die vorher noch nicht engagiert waren, von vorne herein entzerrt. Da sich in der Sozialraumanalyse heraus gestellt hatte, dass die Zossener Bürgerinnen und Bürger sich von dem Konflikt so betroffen fühlen, dass sie sich aus zivilgesellschaftlichem Engagement zurück ziehen, war es besonders wichtig, diese für die Projektarbeit zu gewinnen und auch immer wieder mit Personen, die den Konfliktparteien angehören, zusammen zu bringen.

Zivilgesellschaftliches Engagement als Ausdruck demokratischen Heimatbezugs

Es wäre empfehlenswert, dass die Verwaltung das Engagement der Bürgerinitiative und das öffentliche Sprechen über Rechtsextremismus nicht als »Verunglimpfung« der Stadt sieht, sondern beginnt, es als Engagement für Zossen im Sinne einer positiven, reflektierten Verantwortung für den Ort zu begreifen. Schließlich ist zivilgesellschaftliches Engagement immer Ausdruck der Identifikation mit einem Ort sowie der Verbundenheit mit ihm. Darüber hinaus ist eine aktive zivile Gesellschaft das Herzstück moderner und multikultureller Demokratien. Sie vertritt charakteristischerweise Meinungen und Themen, die nicht mehrheitsfähig sind, und leistet so einen wichtigen Beitrag zum Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft. Dabei muss Zivilgesellschaft gewählte politische Vertreterinnen und Vertreter nicht ausschließen, die wie alle anderen Teil von ihr sein können. Wenn es gelingt, solch ein Verständnis herzustellen und gesellschaftspolitisches Engagement auf verschiedenen Ebenen nicht in Konkurrenzen zu denken, können in der Arbeit gegen Rechtsextremismus Koalitionen zwischen politisch unterschiedlichen Kräften entstehen und der vermeintliche Gegensatz zwischen gewählten politischen Vertretern und Vertreterinnen und Personen, die sich in Initiativen zusammen schließen innerhalb einer kooperierenden Zivilgesellschaft aufgehoben werden. Zu demokratischer Kultur gehört auch der Umgang mit Konflikten. Die Verwaltung kann hier mit gutem Beispiel voran gehen, zeigen, dass sie alle Bürgerinnen und Bürger vertritt und der gemeinsame Einsatz gegen Nazis Priorität hat. Nur so können Rechtsextreme ausgegrenzt und nur so kann in der Stadtgesellschaft kommuniziert werden, dass es Streit innerhalb des demokratischen Spektrums geben kann, dass dadurch jedoch der Konsens nicht ins Wanken geraten darf, dass rechtsextreme Ideologien nicht in dieses Spektrum hineingehören. Auch, wenn der Konflikt in der Stadtgesellschaft nicht von heute auf morgen gelöst werden wird: In gemeinsamen, auf diesem Konsens beruhenden Projekten können sich verschiedenen Personen begegnen und im Sinne demokratischer Kultur kooperieren und kommunizieren.

Literatur und Quellen

Hasselmann, Fred (2012): Politisches Motiv nicht ausgeschlossen. Kripo ermittelt. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 9. 10. 2012, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12404365/62249/Briefkastenanschlag-Kripo-ermittelt-Politisches-Motiv-nicht-ausgeschlossen.html> (Zugriff 5. 6. 2013)

Plan B (2012): Presseerklärung der Stadt Zossen vom 15. Dezember 2012, <http://plan-b-zossen.de/index.php/comments-and-articels/583-presseerklaerung-der-stadt-zossen-stadtverordnetenversammlung>, (Zugriff 6. 5. 2013)

Stella Hindemith ist Amerikanistin und arbeitet seit 2012 für die Amadeu Antonio Stiftung im Projekt Region in Aktion als Koordinatorin für den Projektort Zossen. Zuvor hat sie in unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen und institutionellen Zusammenhängen zu Antisemitismus und Gender gearbeitet.

denkmal_weg Zossen: Theater als Rauman eignung

Foto: Fridolin Welti



Anregungen für das »Kritik üben«

Heiko Pult

Vor der Kritik: Zunächst kann es hilfreich sein, sich Zeit zu nehmen, um Emotionen zu beruhigen und die Kritik zu formulieren. Hier ein paar Fragen, die helfen können, die zentralen Punkte der Kritik herauszuarbeiten:

■ Welche Ziele werden mit der Kritik verfolgt? Was genau wird kritisiert? Was sind mögliche Ursachen für das kritisierte Verhalten? Was für Veränderungen werden gewünscht? Was könnte der eigene Beitrag dazu sein?

■ Äußerung der Kritik: Es lohnt sich fast immer, den persönlichen Kontakt zu suchen. Manchmal ist es hilfreich, eine von beiden Seiten akzeptierte Person einzuladen, die die Gesprächsführung unterstützt. Bei der Äußerung von Kritik erleichtern Ich-Botschaften die Kritik.

■ Nach der Kritik: Es lohnt sich als kritisierte Person oder Institution, sich etwas Zeit zu nehmen, um über die Kritik zu reflektieren. Bei Bedarf kann ein weiteres Gespräch hilfreich sein, um angemessen auf die Kritik eingehen zu können und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.



*Zuvor nicht für möglich gehalten: 2.000 Menschen stellen sich in Vorpommern den Nazis entgegen.
Foto: Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!*

Wertschätzend miteinander umgehen

Heiko Pult

»Die Bürgerinnen und Bürger leisten (...) wesentliche und notwendige Beiträge zu einem funktionsfähigen und lebendigen demokratischen Rechtsstaat. (...) Zum anderen erfüllt bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, Verbänden, Initiativen und politischen Parteien den Rechtsstaat und die Demokratie mit Leben.« Das stellt der Bericht der Enquete-Kommission *Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements* fest, der vom Deutschen Bundestag beauftragt wurde (Deutscher Bundestag 2002: 282). Das Zitat beschreibt, wie der Staat gegenwärtig zivilgesellschaftliches Engagement wertet und sollte daher auch grundlegend für die kommunale Regierungs- und Verwaltungsebene gelten. Leider ist in der Praxis diese wertschätzende Grundhaltung nicht in allen Rathäusern und Behördenstuben anzutreffen. Aber Pasewalks Bürgermeister Rainer Dambach etwa zeigt, wie es geht: »Mir wäre es recht, wenn es mehr Bürgerinitiativen geben würde. Es gibt zu wenige Möglichkeiten für Bürger, sich aktiv einzubringen. Es bedarf der Mitwirkung der Bürger – permanent. Das schadet keiner Kommune, im Gegenteil, das stärkt die Kommune. Wenn es der Verwaltung nicht gelingt, den Bürger am Gemeinwesen zu interessieren, wird es über längere Zeit schwierig, das Gemeinwesen vernünftig weiter zu entwickeln. Es lebt letztlich vom Engagement, von den Ideen, Gedanken seiner Bürger und auch von dem Einbringen der Bürger. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass Verwaltung, egal welche, Bürgerinitiativen ernst nehmen muss.«

Eine wertschätzende Grundhaltung ist natürlich keine Einbahnstraße. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen sollten sich bemühen, die Leistungen ihrer gewählten Vertretungen und Verwaltungen objektiv zu bewerten und nicht nur die Fehler, sondern auch das Gelungene hervorzuheben. Einen ähnlichen Bedarf sieht auch ein Sprecher der Bürgerinitiative aus Zossen: »Natürlich haben wir als Bürgerinitiative die Probleme und Konflikte vorrangig im Blick. Wir gucken wenig und vielleicht zu wenig, auf das was eben an positiven Dingen da ist, was schon erreicht wurde.«

Um eine wertschätzende Haltung einnehmen zu können, kann es sowohl für zivilgesellschaftliche Gruppen als auch Politik und Verwaltung förderlich sein, sich stärker mit den Zielen, Aufgaben, Strukturen und Handlungsmöglichkeiten, aber auch -beschränkungen (etwa das »Neutralitätsgebot« bei Verwaltungen) der jeweiligen anderen Seite zu beschäftigen. Dadurch lassen sich einerseits überhöhte Erwartungen und daraus resultierende Enttäuschungen vermeiden, andererseits wird darüber klarer, was voneinander mindestens erwartet und dementsprechend auch eingefordert werden kann.

Literatur und Quellen

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«, S. 282; unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>

Ergebnisse der Sozialraumanalyse in Zossen

Wie empfinden Zossener Bürgerinnen und Bürger das Leben in ihrer Gemeinde? Wie empfinden sie die Informationsversorgung durch die lokalen Medien? Wie schätzen sie die Möglichkeiten sozialer Teilhabe in Zossen ein? Die Sozialraumanalyse mit einer Befragung unter Zossener Bürgerinnen und Bürgern geht diesen Fragen nach.

Als problematisch beschreiben die Befragten die Gemeindegebietsreform. Obwohl es in Zossen viele kulturelle und soziale Angebote gibt, können Menschen, die nicht oder eingeschränkt mobil sind, diese Angebote kaum wahrnehmen, da Zossens Ortsteile geografisch weit verstreut sind. Gerade bei älteren Menschen entsteht deshalb das Gefühl, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein. Die Einwohnerinnen und Einwohner der verschiedenen Ortsteile haben zudem nicht das Gefühl, zusammen zu gehören, und vermissen das Gefühl einer Identitätsgemeinschaft – auch im Zusammenhang mit Engagement. Zwar gibt es in Zossen eine vielfältige Zivilgesellschaft, jedoch beklagen die Interviewten, dass den engagierten Bürgerinnen und Bürgern viele Menschen gegenüberstehen, die kein Interesse an einem aktiven Gemeinwesen zeigen.

Am meisten beschäftigt die Befragten jedoch der Streit zwischen der Bürgermeisterin, die der Wählervereinigung *Plan B* angehört, manchen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht (BI)*. Der Konflikt zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und *BI* ist im



Demokratische Jugendkulturen stärken: Nach zehnjährigem Engagement durch Zossener Skater und Skaterinnen wird gegen Widerstände der Stadt ein Skatepark eröffnet.

Foto: Swantje Tobiassen

Grunde genommen ein Konflikt über die Einschätzung des Rechtsextremismus in Zossen. Während die Bürgerinitiative der Verwaltung vorwirft, sie täte nicht genug gegen Rechtsextremismus, sehen viele Angehörige der Verwaltung und Mitglieder der Parteien CDU und *Plan B* die Einschätzung der Bürgerinitiative von Nazis in der Region als übertrieben an. Auch fürchten sie um den Ruf ihrer Region. Bemerkenswert ist, dass die Befragten nicht über die Inhalte des Konflikts sprechen, sondern nur über dessen Existenz und die Belastung der Stadtgesellschaft durch ihn. Deutlich wird der Wunsch nach einer Zusammenarbeit der lokalen Akteure und Akteurinnen sowie einem stärkeren Zusammengehörigkeitsgefühl. Dieses Gemeinschaftsbedürfnis lässt sich allerdings nicht ausschließlich mit dem Konflikt erklären, auch wenn die Distanzierung von politischen Grabenkämpfen die Sehnsucht nach einer kollektiven Orientierung sicherlich verstärkt. In den Interviews wird jedoch ein Gegenentwurf einer Gemeinschaft beschrieben, in der sich alle gemeinsam für ein übergeordnetes Ziel einsetzen. Diese Vorstellung entspricht allerdings nicht einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, zu der unterschiedliche Interessen und Positionen notwendigerweise gehören. Das heißt auch: Nur, weil in einem Sozialraum ein größeres Gemeinschaftsgefühl herrscht, ist er damit nicht unbedingt demokratischer. Problematisch ist etwa, wenn konkurrierende Standpunkte zu einer gegenseitigen Abwertung ihrer Vertreterinnen und Vertreter führen, wie einige Interviewte berichten. Dass hier also demokratischer Wettstreit kaum möglich scheint, ohne zugleich eine Rhetorik einzuschließen, die auf die persönliche Integrität der Streitenden abstellt, verweist unter Umständen auf ein defizitäres Demokratieverständnis.

Die *Zossener Rundschau* der *Märkische Allgemeine Zeitung* (MAZ) wird in den Interviews von einem Drittel der Befragten gelobt. Andere Befragte lesen die *Zossener Rundschau* aus Mangel an Alternativen. Ein Drittel der Befragten thematisiert die Einseitigkeit und parteiische Berichterstattung der *Zossener Rundschau*. Die Artikel der Zeitung seien einseitig und befangen, kritische Meinungen würden nicht veröffentlicht werden, es kämen nur Institutionen zu Wort. Im Verhältnis der Befragten zur *Zossener Rundschau* spiegelt sich die Teilung der *Zossener* Gesellschaft in Konfliktparteien deutlich wider.

Mehrheitlich gehen die Interviewten davon aus, dass Zossen »integrationsfreundlich« sei. Da sich unter den Befragten nur eine Person befindet, die nicht deutscher Herkunft ist und diese Person als einzige thematisiert, von Rechtsextremen drangsaliert worden zu sein, bleibt die Frage, ob dieses Bild der *Zossener* Gesellschaft auch aus der Perspektive von Minderheiten realistisch ist.

Die komplette Analyse finden Sie unter:

<http://7.ly/pT6>







Kommunikation und Kunst: Wie in künstlerisch- kreativen Prozessen Personen ins Gespräch kommen

Benno Plassmann

Foto: Fridolin Welti

Im Rahmen des Projekts *Region in Aktion* wurden gemeinsam mit der fachlichen Partner-Organisation *The Working Party* eine Reihe von künstlerisch-kreativen Aktionen entwickelt und umgesetzt. Diese hatten innerhalb der Projektstruktur, zum Teil auch über den ursprünglichen Projektplan hinausgehend, eine zentrale kommunikative Funktion. *The Working Party* hat unter wechselnden Vorzeichen immer wieder versucht, sich dem Anspruch zu stellen, eine kreative oder künstlerische Dramaturgie mit einer gesellschaftlichen oder menschlichen Dramaturgie zu verbinden. Im Folgenden soll versucht werden, an diesen Aktionen Möglichkeiten und Ideen zu beschreiben, einige Schlüssel-Konzepte zur Kommunikationsförderung durch Kunst herauszuarbeiten – auch unter Hinweis auf zum Teil weitreichende analytische, konzeptionelle und praktische Probleme.

Zweckfreiheit ist ein zentraler Wert von Kunst. Den Zweck einer direkten Bekämpfung von Nazis kann sie nicht erfüllen. Warum also überhaupt künstlerische Mittel hier ins Spiel bringen?

Die *held/in_dorf*-Performance in und um Schloss Bröllin im September 2012, die erzählerische Stadtbegehung *Zossen Zeigen* im Juni 2012, die Geschichtenwerkstatt 2012 mit abschließender Aufführung *9. November: Zossen Zeitreise* und die performative Stadtbegehung *denkmal_weg* in Zossen am 8. Mai 2013 basierten alle auf jeweils klar geplanten gesellschaftlichen Dramaturgien. Entsprechend der Projektziele von *Region in Aktion* wurde daran gearbeitet, verschiedene Gruppen kommunikativ miteinander in Verbindung zu setzen und zu einem gemeinsamen kreativen Prozess zu animieren, der zu einem öffentlich sichtbaren Resultat führen sollte, mithin zu mehr kommunikativen Anlässen.

Im Einladungsschreiben zum ersten Dialogtag auf Schloss Bröllin am 9. Februar 2012 in Vorbereitung auf die *held/in_dorf*-Performance hieß es:

»Wir möchten Sie alle einladen, sich die Zeit zu nehmen und einander die Zeit zu geben, gemeinsam über Visionen für unsere Region und konkrete Ansatzpunkte für ihre Umsetzung nachzudenken. Das große Ganze findet sich ja so oft im Konkreten und im Konkreten sieht man so viel Großes. In diesem Sinne möchten wir mit Ihnen und Vertreterinnen und Vertretern anderer Organisationen aus der Region gemeinsam einer neuen Vernetzung und gegenseitigen Verständigung Raum geben.«

Zu dem Zeitpunkt bestand bereits die Idee für eine größere gemeinsame Aufführung im September 2012. Ab einer bestimmten Projektgröße lassen die Vorlaufzeiten für Antragstellungen und Einwerbung von Finanzierung ja auch gar keine andere Wahl, als sehr vieles schon lange vorher zu denken und zu planen. Jedoch fanden diese Ideen und Grob-Planungen im Einladungsschreiben bewusst keine Erwähnung. Auch bei den anderen Aktionen war es oft so, dass mögliche Szenarien zu Beginn des kommunikativen Prozesses zwischen den angesprochenen Gruppen nicht notwendigerweise genau benannt wurden.

Dies geschah wegen einer der Problematiken von kreativ-künstlerischen Prozessen, an denen Nicht-Künstler und Nicht-Künstlerinnen beteiligt sind oder (hoffent-

lich) beteiligt sein wollen. Wenn aus einer Grundhaltung der Transparenz heraus bereits bestehende Ziele wie eine Performance genau beschrieben werden, dann kann eine Reaktion sein: »Na, da wollen doch nur ein paar Künstler ihr Ding durchziehen, ist eh schon alles festgezurr, lohnt es sich da hinzugehen?« oder »Nee, mit Kreativität und Kunst habe ich nichts am Hut, das ist nichts für mich, das traue ich mich nicht«. Wenn andererseits in aller Transparenz ein völlig offener Prozess angeboten wird, für den noch nicht einmal mögliche Szenarien und praktische Schritte vorgeschlagen werden, dann kann eine Reaktion sein: »Wozu bin ich gebeten, lohnt sich das da hinzugehen, beziehungsweise, was will ich hier?«

Wie in vielen pädagogischen Prozessen gilt es auch hier, eine Balance zu halten. Für Künstlerinnen und Künstler kann es nicht genug sein, einfach nur »das zu machen, was die Leute wollen«. Im Sinne demokratischer Grundwerte von Selbstbestimmung und Teilhabe ist letzteres selbstverständlich. Im Falle der Zusammenarbeit von erfahrenen Künstlerinnen und Künstlern mit Nicht-Künstlern und Nicht-Künstlerinnen kommt eine solche Haltung in Wirklichkeit aber einer Verantwortungsverweigerung durch die auf ihrem Gebiet erfahreneren Künstlerinnen und Künstler gleich. Nur »das zu machen, was die Leute wollen« wird dahin tendieren, Bekanntes zu reproduzieren und kaum dazu, darüber hinauszukommen, was schon gewusst oder gewollt ist. Kreative und künstlerische Schaffensprozesse streben gerade danach, über bereits bekannte Horizonte hinauszukommen.

Martin Danziger, Künstlerischer Leiter des schottischen Theatre Modo, der in den schottischen Highlands seit Ende der 1990er Jahre kreativ-künstlerische Arbeiten im Zentrum von Gemeinwesenentwicklungsprozessen leitet, beschreibt die Problematik des Balancehaltens folgendermaßen:

»Je mehr (ich diese Arbeit mache), umso mehr wird mir klar, wie wichtig es ist, dass im Zentrum die Kraft einer künstlerischen Vision steht. Denn das ist, was die anderen verstehen können, (...) das ist was spannend sein muss und andere hoffentlich inspiriert. Dann gibt es natürlich eine ganze Reihe von Umständen: was Leute machen wollen, welche Erfahrung sie haben und so weiter. Die künstlerische Vision wird (entsprechend dieser Umstände) weiterentwickelt, denn es geht ja darum, einen Weg zu finden, wie die Anfangssituation umgedreht werden kann: das Resultat soll ja sein, dass man den Enthusiasmus (der Teilnehmer und Teilnehmerinnen) wahrnimmt und nicht Deine anfängliche Verführung.« (in: Plassmann 2008: 187).

Danziger beschreibt hier eine Rolle von Künstlern und Künstlerinnen mit ihren künstlerischen Visionen als Herzstück offener und zweckfreier Prozesse, die sich aber gleichzeitig ihrer Leitungsverantwortung und Funktion als Inspiratoren und Inspiratorinnen bewusst sind und eine hohe gesellschaftliche Interaktivität zur Folge haben.

Bei den kreativ-künstlerischen Arbeiten im Rahmen von *Region in Aktion* ging es weder darum, dass Künstler und Künstlerinnen ihre Visionen ausdrücken konnten unter Ausnutzung nicht-bezahlter, nicht-künstlerischer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Noch ging es darum, einfach das zu machen, »was die Leute wollten«. Sondern es ging zentral darum, einen Begegnungsraum zu ermöglichen, in dem

alle Beteiligten (inklusive der verantwortlich leitenden Personen) schöpferisch über Erwartungen und das jeweils von ihnen bereits Gekannte oder Gewusste hinausgehen können.

Kunst wird in unserer Gesellschaft viel verzweckt. Oft ist sie Statussymbol, man denke nur an die Prestigespiele des Kunstmarkts oder die vom Theater-, Konzert- oder Museumsbesuch erhoffte positive Abgrenzung gegenüber anderen. Oder sie dient wirtschaftlichen Zwecken, man denke an die gentrifizierende Rolle von Kunst in der Stadtentwicklung. Und nicht zuletzt muss sie oft als sozialpolitische Beruhigungsspielle herhalten, mit der Teilhabe und Partizipation oft genug nur vorgespielt werden sollen.

Ob so ein Begegnungsraum funktioniert, hängt zentral davon ab, den eingeladenen potenziellen Mitwirkenden Vorschläge zu machen. Wenn es aus den oben genannten Gründen auch vermieden werden soll, von vorneherein ein detailliert beschriebenes, umzusetzendes Ziel vorzugeben, so müssen motivierende und handfeste Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit vorgeschlagen werden.

Für die *held/in_dorf*-Performance wurden unter anderem durch aufsuchende Interviews über persönliche Gedanken zum Thema Heldinnen und Helden viele menschliche Gesprächssituationen geschaffen; gleichzeitig wurde ein kritisches Bewusstsein für diese nicht immer einfache Kategorie gestärkt. Durch eine parallel stattfindende Reihe von Porträts von Einzelpersonen oder Initiativen in der Regionalzeitung *Nordkurier* wurde dieses Thema dann noch breiter problematisiert und außerdem fand eine Art der Anerkennung und Wertschätzung statt. Diese wirkte sich nicht nur auf die in der Zeitung porträtierten Personen aus, sondern auf all jene, die sich auf den gemeinsamen kreativen Prozess zu dem Thema eingelassen hatten.

Die notwendige Balance zwischen vorher entwickelter Grundidee und den Möglichkeiten zur offenen Entwicklung in der Projektarbeit konnte erfolgreich gehalten werden. Eine kreativ gestaltete Busfahrt war die Grund-Idee für die Performance, wodurch so handfeste Parameter festgelegt werden konnten wie Zeiten und anfahrbare Orte. Engagierte Personen aus den besuchten Orten konnten auftreten und erzählten über ihre Arbeit. Aus den Interviews entstand viel überraschendes Material, mit dem eine Klang-Installation im Bus gemacht wurde. Außerdem war dies Interview-Material ein wichtiger Teil der inhaltlichen Arbeit im zweiwöchigen internationalen Theaterworkshop *LIFT Off* zum Thema *hero:held:bohater*, der in Vorbereitung auf die Busreise auf Schloss Bröllin stattfand. Aus Diskussionsrunden und sehr intensiver praktischer Workshop-Arbeit entstanden kurze ortsspezifische Performances für drei Dörfer, die mit dem Bus angefahren wurden: an einem Kriegerdenkmal für Gefallene des 1. und 2. Weltkriegs, in einem Buchenhain auf dem Dorfanger und an der Bushaltestelle außerhalb eines Dorf-Kulturhauses. Darin wurden klassische Motive des Theaters oder popkulturelle Bezüge verarbeitet, immer mit dem klaren Ziel, Konzepte und Funktionen von Heldentum zu hinterfragen

oder zu dekonstruieren. Aus dem Begegnungsraum der gemeinsamen Arbeit vieler Leute im Projektprozess entstand am Ende eine bewusst gestaltete kommunikative Situation. In ihrer Kombination von Ästhetik und Reflexion hatte sie viele künstlerische Elemente – ohne deswegen aber allein von den leitenden Künstlern und Künstlerinnen geschaffen worden zu sein. Für alle am Prozess Beteiligten waren bereichernde Interaktionen entstanden.

Die Vorbereitung der erzählerischen Stadtbegehung *Zossen Zeigen* im Juni 2012 ging von einem Vorschlag an Kinder im Grundschulalter aus. Anlass war der Besuch einer Reisegruppe der *3ten Generation Ostdeutschland* in Zossen, denen keine übliche Stadtführung gegeben werden sollte. So wurde den Kindern, später auch Skaterinnen und Skatern, der Vorschlag gemacht, ob sie diese Erwachsenen nicht durch Zossen führen wollten. Die Kinder zeigten den Besucherinnen und Besuchern von außerhalb besondere Dinge auf ihrem Schulweg (der durch das Gelände des ehemaligen Hauptquartiers der Sowjet-Armee in der DDR und dem Oberkommando des Heeres in der Nazi-Zeit führt), während eine Gruppe von Skaterinnen und Skatern den Besuchern und Besucherinnen ›ihre‹ Stadt zeigte (mit den Rampen, Parkplätzen und dem kürzlich erstrittenen Skate-Park). Diese kommunikativen Situationen erlaubten eine emanzipatorische Arbeit an dem Gestus des Zeigens: wer zeigt wem was wie und aus welchem Grund?

Bei der Geschichtenwerkstatt mit Grundschulkindern inklusive abschließender Aufführung von *Zossen Zeitreise: 9. November* war die Faszination der Vielschichtigkeit diesen Datums in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts Ausgangspunkt für die Arbeit. Kinder im Alter von 7 bis 11 Jahren wurden ermuntert, in ihren Familien dazu Fragen zu stellen. Außerdem gab es Termine mit anderen Zeitzeugen und Zeitzeuginnen oder historisch versierten Personen. So entstanden aus beiden Vorschlägen ganz eigene interessante Begegnungsräume und Gesprächssituationen. Aus den von den Kindern gesammelten Materialien wurde dann in einem zweiten Schritt von der Theaterpädagogin Pip Hill von *The Working Party* eine kleine Aufführung zusammengestellt und mit den Kindern einstudiert. Ganz bewusst war es hier möglich, den Begegnungsraum der Projektarbeit mit einer auch kritischen Reflexion bestimmter historischer Themen zu verbinden.

Der *denkmal_weg* in Zossen wollte anregen, sich Gedanken zu machen über den Umgang mit Denkmälern in der Stadt. Um diesem Vorschlag eine gewissen Bedeutung und Dringlichkeit zu verleihen, wurde der 8. Mai als Termin der Performance ausgewählt. Schließlich gibt es eine Reihe vorher bestehender Rituale oder Erwartungen darüber, wie man an das Ende der Nazi-Schreckensherrschaft und die Niederlage Deutschlands im II. Weltkrieg erinnern sollte. Denkmäler mit ihren meist prominenten Orten im Stadtraum laden förmlich zu performativen Aktionen im öffentlichen Raum ein und bieten eine gute Gelegenheit, an einem Verständnis der Erinnerungskultur vergangener Epochen oder der eigenen zu arbeiten. In Vorbereitung der vielschichtigen Performance in Zossen am 8. Mai 2013 wurde neben diesem größeren Anliegen allen teilnehmenden Gruppen ein Vorschlag gemacht, wie sie sich an einer Neu-Wahrnehmung bekannter Ort in der Stadt beteiligen könnten:

Choreographien, Erzählen, wie es in vergangenen Zeiten gewesen ist, Singen, Musikmachen, Skateboard fahren und so weiter.

Kreativ-künstlerische Praxis taucht im Repertoire von Projekten für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus immer wieder auf. Doch handelt es sich dabei um vielschichtige Prozesse, die nicht mit simplen Generalisierungen beschrieben werden können. Die Vielzahl von Theaterstücken, Medienprojekten, DJ-Kursen und ähnlichem aus der Schatztruhe der kulturellen Kinder- und Jugendbildung besagt ja nicht notwendigerweise etwas über den Grad von Problematisierung und Reflexion aus, aus dem eine solche Projektarbeit entsteht, der mit ihr einhergeht oder den sie bewirkt.

Bei den oben beschriebenen Schaffensprozessen, oft auch ganz allgemein in den performativen Künsten, handelt es sich um die Zusammenarbeit einer Vielzahl von Personen. Diese simple Tatsache sollte nicht übersehen werden. Denn dies bedeutet, dass diese Prozesse die Lösung einer Vielzahl von praktischen Aufgaben oder gar Problemen erfordert: Zeitplanung, Bereitstellung von Arbeitsorten, daraus resultierende finanzielle oder weitere organisatorische Probleme (wie etwa Genehmigungen bei Arbeiten an öffentlichen Plätzen). Wenn also von einem offenen Prozess die Rede ist, oder davon, dass für unvorhergesehene Entwicklungen aus der gemeinsamen Arbeit heraus Raum gelassen werden soll, dann heißt dies nicht, dass es keine Struktur oder Verantwortlichkeiten gäbe. Im Gegenteil, da es sich um offene Prozesse handelt, die von vielen Personen gestaltet werden, handelt es sich bei solchen kreativ-künstlerischen Arbeiten um einen Freiheitsraum menschlicher Beziehungen, der hohe professionelle Anforderungen stellt und Austausch vermittelt.

Dies allein ist schon ein Gegenentwurf zu der Art von Beziehungsräumen, nach denen Nazis streben. Aus deren geschlossenem Weltbild, hegemonialen Identitätskonzepten und kulturellen Symbolen entstehen kulturelle Strategien, die dem Zweck dienen, Ideologien von Unfreiheit, Gewalt, Unterdrückung und Abwertung Anderer darzustellen und zu befördern. Diese kulturellen Strategien gehen auch mit symbolischen oder ästhetischen Strukturen um (wie etwa Kleidung, Musik, Aktionen im öffentlichen Raum); aber nur weil es eine wiedererkennbare Ästhetik gibt, handelt es sich dabei noch nicht um Kunst.

Diskussionen um die Zweckfreiheit von Kunst führen also nur bedingt weiter. Neben denen, die die Zweckfreiheit von Kunst als fast schon metaphysisches Prinzip verteidigen, gibt es ja auch solche, die dieses Konzept an sich wiederum als bürgerliches Prestigespiel ansehen: schließlich könne es sich nicht jeder leisten, über solche Dinge zu rasonieren. Es wird hilfreicher sein, von der Zweckfreiheit des künstlerischen Schaffensprozesses zu sprechen. Denn der schöpferische Prozess, aus dem das Resultat eines dann im zweiten Schritt auch zweckorientiert nutzbaren Kunstwerks erst entsteht, ist als offener Prozess essentiell von Zweckfreiheit durchdrungen.

Die Bedeutung für die demokratische Kultur von solchen Begegnungsräumen innerhalb offener kreativ-künstlerischer Prozesse sollte nicht unterschätzt werden. Und dies gilt nicht nur für peripherisierte Räume wie Vorpommern oder Teile Süd-Brandenburgs, in denen unter anderem wegen des Abbaus gesellschaftlicher Infrastruktur kommunikative Begegnungsräume immer spärlicher werden. Viel mehr geht es um kommunikative Räume innerhalb offener und zweckfreier kreativer Prozesse welche ganz allgemein in unserer Gesellschaft immer spärlicher werden, auf ihrem Weg von einer Marktwirtschaft zu einer Marktgesellschaft. Wilhelm Heitmeyer und die Bielefelder Rechtsextremismus-Forscherinnen und -Forscher sehen die damit einhergehende fortschreitende Ökonomisierung des Sozialen als einen zentralen Faktor für ihre Analyse von Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (siehe: Heitmeyer 2008: 55-72).

Sich auf Begegnungen ohne vorweggenommene Resultate einzulassen, die sich mit der Zeit vielleicht sogar zu einem offenen kreativen Prozess zu strukturieren, welcher wiederum zu einem öffentlich sichtbaren künstlerischen Resultat führt, heisst also, sich einer solchen Ökonomisierung seiner gesellschaftlichen Beziehungsgeflechte zu entziehen. Wichtige praktische Möglichkeiten demokratischer Kultur können so gepflegt werden.

Literatur und Quellen

Heitmeyer, Wilhelm und Endrikat, Kirsten (2008): Die Ökonomisierung des Sozialen, Folgen für »Überflüssige« und »Nutzlose«, in: Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände Folge 6, Frankfurt (Suhrkamp)

Plassmann, Benno (2008): Qui e oltre. Un saggio sul teatro in luoghi possibili, dalla Scozia, in: Guarino, Raimondo: Teatri luoghi città', Roma (officina edizioni).

Benno Plassmann ist nach Studium in Edinburgh, Bologna und Malta einer der Gründer von The Working Party in Glasgow im Jahr 2000. Seitdem freie künstlerische und kulturelle Projekte. Mitbegründer und erster Sprecher des Aktionsbündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt! und seit April 2013 Vorsitzender des schloss bröllin e.V.





**Wie geht das:
Demokratische
Kultur
aktivieren?
Erkenntnisse
aus
Region in Aktion**

Anna Richter, Anika Noack

Foto: Peter van Heesen

Dieser Beitrag zieht ein Resümee aus dem Projekt *Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum* der *Amadeu Antonio Stiftung* und bündelt abschließend die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen. So sollen das generierte Wissen, die Erfahrungen und Meilensteine aus diesem Projekt über den konkreten Projekt- sowie räumlichen Kontext hinaus nutzbar und anderen Initiativen zugänglich gemacht werden, ohne dass dabei jedoch der Anspruch erhoben wird, Handlungsanleitungen vorzuschreiben oder gar Erfolgsrezepte zu liefern.

Um Rechtsextremismus und Entdemokratisierungstendenzen praktisch und wirkungsmächtig entgegenzutreten, können aus den in konkreten Projekten gewonnenen Erfahrungen wertvolle Werkzeuge für die Vermittlung zivilgesellschaftlichen Miteinanders abgeleitet werden. In Form von Handlungsansätzen können sie dazu beitragen, dass Menschen vor Ort über ihre Region nachdenken, sich ins öffentliche Leben aktiver einbringen und ein emanzipiertes Verständnis von Zivilgesellschaft entwickeln. Diese Handlungsansätze müssen, so unser Ansatzpunkt, die existierenden Ressourcen aufgreifen, an die Lebenswelten und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort anknüpfen und sie motivieren, sich zivilgesellschaftlich für die Belange ihrer Region einzusetzen und sich als handlungsfähige Akteure zu begreifen.

Aktivierende Befragung

Der aktivierende Ansatz, den die *Amadeu Antonio Stiftung* im Projekt *Region in Aktion* verwendet, kommt dieser Zielsetzung besonders entgegen. Im Gegensatz zu im Voraus festgelegten Projektansätzen und genau festgelegten Zielsetzungen hat der aktivierende Ansatz den Anspruch, die Ziele des Projektes ebenso wie die Probleme und Interessen der Menschen vor Ort selbst zum Gegenstand der Projektarbeit zu machen. Obwohl Interessen und Probleme vielfach offensichtlich erscheinen und häufig sogar als quasi natürlich aufgefasst werden, basiert der aktivierende Ansatz darauf, dass Interessen- und Problembeschreibungen und somit auch Lösungsvorschläge sozial konstruiert, also keineswegs selbstverständlich oder gar natürlich sind. Etwas als unhinterfragbar und/oder natürlich darzustellen – nach dem Motto: Das ist schon immer so gewesen – ist Teil einer Strategie, bestehende Machtverhältnisse zu stärken. Im Gegensatz dazu verfolgt der aktivierende Ansatz des Projektes das Ziel, diese unhinterfragten »Tatsachen« zu hinterfragen, die Menschen zum Nachdenken und Thematisieren anzuregen, ihnen den Raum zu geben, soziale Konstruktionen als solche zu begreifen und ihnen damit das Werkzeug für deren Dekonstruktion in die Hand zu geben.

Somit ist bereits die Zielstellung, demokratisches Engagement zu stärken, eng mit einer gemeinsamen Definition der vor Ort wahrgenommenen Problemlagen und Wünsche verbunden. Aktivierung allein ist nicht unbedingt zivilgesellschaftlich motiviert – ein Beispiel dafür sind die so genannten »Kümmerer« aus rechts-extremen Szenen, die soziale Aufgaben übernehmen und ein Vakuum zu füllen versuchen, das unter anderem durch den voranschreitenden Abbau des Wohlfahrtsstaats entsteht. Die *Amadeu Antonio Stiftung* setzt sich unter anderem zum Ziel, diese

Zusammenhänge aufzuzeigen und arbeitet dabei aufklärerisch, ohne den Zeigefinger zu heben. Dabei geht es vor allem um eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sowie damit zusammenhängenden Problemen in den Regionen und ganz zentral um die Erkenntnis, dass rechtsextremes Gedankengut zivilgesellschaftlichem Zusammenleben diametral gegenüber steht. Ein interessantes Ergebnis ist deshalb nicht zuletzt die Erkenntnis, dass die von der Projektgruppe formulierte Vermutung, Rechtsextremismus werde von den Befragten als Hauptproblematik genannt, nicht zutraf. Es stellte sich jedoch besonders in Zossen heraus, dass die von den Anwohnerinnen und Anwohnern genannten und erarbeiteten problematischen Aspekte – die Spaltung in der Stadt, wenig bis keinen Raum für zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb der beiden »Lager« (Rathaus und Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht*), keine unabhängige Berichterstattung einer überregionalen Zeitung – nicht nur zusammenhängen, sondern ganz entscheidend daraus resultierten, dass eine demokratische Kultur weitgehend fehlt.

Region in Aktion – Aktion in der Region

Die *Amadeu Antonio Stiftung* hat den aktivierenden Ansatz produktiv aufgegriffen und über einen Zeitraum von 27 Monaten in Zusammenarbeit mit *schloss bröllin e.V.*, *The Working Party* und der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht* diverse Formate und Veranstaltungen (etwa öffentliche Vernetzungstreffen, Diskussionsforen) durchgeführt, die von Befragungen von Anwohnerinnen und Anwohnern begleitet und geleitet wurde. *Region in Aktion* wurde vom *Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V.* wissenschaftlich begleitet und evaluiert, wodurch gute Rahmenbedingungen für eine intensive und reflektierte Projektarbeit geschaffen wurden.

Die vielfältigen Aktionen fanden in zwei Regionen statt: Während die Region um Fahrenwalde eine ländliche und peripherisierte Region in Mecklenburg-Vorpommern ist, die ganz besonders unter dem demographischen Wandel und seinen Folgen, etwa dem »Brain-Drain« (vgl. Matthiesen 2004: 17), zu leiden hat, ist das brandenburgische Zossen weniger eine schrumpfende als eine alternde Stadt, die nach einem Zuwachs bis 2011 hauptsächlich jüngere Bewohnerinnen und Bewohner verlieren wird. Das Zusammentreffen verschiedener, aber sich gegenseitig potenzierender Problematiken resultiert in einer Resignation, der nur schwer mittels einer »von außen« angebotenen Projektarbeit begegnet werden kann, weshalb gerade hier der aktivierende Ansatz gewählt wurde.

Ein wichtiger Ansatzpunkt des Projekts war deshalb auch die Haltung, dass selbst Krisen ein produktives und positives Moment innewohnen kann und sie damit Entwicklungspotenzial bieten. Zusammen mit *schloss bröllin e. V.*, einem von der lokalen Bevölkerung eher mit Skepsis betrachteten Anziehungspunkt für Kunstinteressierte und -schaffende aus aller Welt, wurde das Projekt *held/in_dorf* entwickelt, das einen »liebvollen Blick auf die Region werfen, die Menschen in der Region mitnehmen und den Rechtsextremen den Status als alleinige Kümmerer nehmen wollte«. Nachdem Helden- und Heldinnen-Geschichten vor Ort zusammengetragen worden

waren, wurden Anwohnerinnen und Anwohner, regionale Initiativen, Künstlerinnen und Künstler sowie polnische Partnerinnen und Partner in Form einer Busreise mit ihrer Gegend konfrontiert, die sie aus dem Busfenster gleichsam als Touristen und Touristinnen wahrnehmen konnten. Gleichzeitig wurden sie angeregt, über Menschen in ihrer Region nachzudenken, die Außergewöhnliches geleistet haben sowie diese Geschichten miteinander zu teilen, und besuchten einige dieser lokalen Heldinnen und Helden. Sozialraumbezogene Integrationseffekte waren nicht nur zwischen lokaler Bevölkerung und Künstlern und Künstlerinnen zu beobachten, auch der interkulturelle Dialog mit Bewohnern und Bewohnerinnen der polnischen Nachbarregion und das Aufeinanderzugehen von bislang Fremden wurde im Zuge des Projektes verstärkt. »Da waren so viele junge Leute vertreten, die sich vorher nicht kannten und die sich verbunden gefühlt haben. Dieses Gefühl verspüre ich hier und heute wieder.« (Cramer 2012 in: Amadeu Antonio Stiftung 2012: S. 30). Solche Wahrnehmungen von Umbruch und Aufbruchstimmung, von solidarischer Bezugnahme der Bewohnerinnen und Bewohner aufeinander sind wesentlich, um peripherisierte Gebiete zu beleben und dort neue Raumnutzungen zu etablieren.

Weiterhin können die Projekte der *Amadeu Antonio Stiftung* und ihrer Partner und Partnerinnen als Sonderveranstaltungen angesehen werden, die einen Sinn von Außeralltäglichkeit und Gemeinschaft vermitteln, der durchaus von den alltäglichen Problemen ablenken und dadurch neue Perspektiven eröffnen kann (Ibert 2003: 81; Getz 2007; Häußermann & Siebel 1993). Für beide Fallregionen wurde von den Befragten die Besonderheit und gemeinschaftsstiftende Funktion solcher Feste – in Fahrenwalde das Traktorenfest, in Zossen das Weinfest – hervorgehoben. Doch Feste allein als Festungen der Demokratie zu verstehen, wäre zu kurz gegriffen, da gerade diese Anlässe (der Traktor als Symbol für autarke Landwirtschaft und Wein als Heimatprodukt) auch deutsch-national umgedeutet werden können. Es ist deshalb unerlässlich, den durchaus auch instrumentellen Charakter von Festen kritisch zu hinterfragen (vgl. Richter 2010).

Trotz einer Vielzahl von Vereinen, Initiativen und Begegnungsräumen in der Region Zossen wissen vor allem ältere Bewohnerinnen und Bewohner zu wenig über Beteiligungsangebote und Treffpunkte in beiden Fallregionen. Das von den Projektkoordinatorinnen herausgegebene Reisebuch *Region in Aktion – Eine Reise durch Vorpommern* kommt diesem Informationsbedürfnis entgegen, indem es Initiativen, Anlaufpunkte und Veranstaltungszentren der Gegend systematisch und übersichtlich zusammen führt. Medienpartnerschaften, wie sie *Region in Aktion* beispielsweise in Fahrenwalde zwischen Stiftung und *schloss bröllin* einerseits und dem *Nordkurier* andererseits initiieren konnten, sind diesbezüglich ausgesprochen wertvoll. Im Kontext der Projektrealisierung *held/in_dorf* hat der *Nordkurier* bereits Heldinnen und Helden und deren Taten in einer Zeitungsserie vorgestellt. Fortführen ließe sich diese Partnerschaft beispielsweise über eine neue Lokalserie, die zentrale Anlaufstellen und regionale Treffpunkte vorstellt, die zu Startpunkten für neue Projektinitiativen werden können – und damit für eine breite Resonanz des Reisebuchs sorgen.

Weil Kooperationen, wie es auch für die Medienpartnerschaft der Fall ist, häufig auf personeller Beziehungsebene geknüpft werden, stehen sie in Gefahr, durch eine Veränderung personeller Konstellationen zusammen zu brechen. Kooperationsbeziehungen sind deshalb nicht zuletzt auch über informelle Kontaktgelegenheiten hinaus – insbesondere dann, wenn sie von beiden Seiten als gewinnbringend angesehen werden – dauerhaft zu institutionalisieren oder zumindest zu fördern. Ein regelmäßiger Austausch ist dafür die Basis. Informationsaustausch kann einfach über das Einrichten von Mailinglisten gewährleistet werden. Neben technisch vermittelten Kontaktmöglichkeiten braucht es aber auch hin und wieder das persönliche Gespräch im face-to-face Kontakt. Dies bestätigen sowohl die aktivierenden Befragungen in den zwei Fallregionen als auch die von der Stiftung veranstalteten Aktionen.

Literatur und Quellen

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2012): Mit Kommunikation zivilgesellschaftliches Engagement stärken. Sozialraumanalyse und Befragungsergebnisse der Region um Fahrenwalde. (<http://7.ly/pT2>)

Bernt, M. & Liebmann, H. (Hg.) (2013): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Wiesbaden: Springer.

Getz, D. (2007): Event Studies. Theory, research and policy for planned events. Amsterdam: Butterworth-Heinemann.

Häußermann, H. & Siebel, W. (1993): Die Festivalisierung der Politik und die Politik der Festivalisierung. Große Ereignisse in der Stadtpolitik. In dies. (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-31.

Ibert, O. (2003): Innovationsorientierte Planung: Verfahren und Strategien zur Organisation von Innovation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kühn, M. & Weck, S. (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Bernt & Liebmann (Hg.), S. 24-46.

Matthiesen, U. (2004): Wissen in Stadtregionen. Forschungsergebnisse und Streitfragen, Orientierungswissen und Handlungsoptionen. In ders. (Hg.): Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-28.

Richter, A. (2010): Exploiting »an army of friendly faces«: Volunteering and social policy implications. Contemporary Policy Debate. In Journal of Policy Research in Tourism, Leisure and Events. 2(2), S. 184-188.

Anna Richter: siehe Seite 47.

Anika Noack studierte Soziologie in Dresden. Seit 2001 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner und arbeitet in den Projekten Städtische Raumpioniere im Spannungsfeld zwischen bottom up und top down sowie Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum und lehrt Stadtsoziologie an der BTU Cottbus.

Aufarbeitung des Forschungsstandes
zur Zivilgesellschafts- und Engagementforschung:

<http://7.ly/xxq>



Handlungsempfehlungen

Anna Richter, Anika Noack

- Aktivierende Ansätze vor Ort und mit den Anwohnerinnen und Anwohnern entwickeln statt ausschließlich methodische Schemata anzuwenden. Es gilt, die Lebenswelten der Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen.
- Interessen und Problemlagen vor Ort gemeinsam mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern identifizieren und diskutieren: diese sind keineswegs selbstverständlich oder werden automatisch von allen Beteiligten oder Betroffenen geteilt.
- Konflikte anerkennen und transparent, konstruktiv sowie lösungsorientiert angehen statt ihnen auszuweichen: Die Tatsache, dass Konflikte entstehen, deutet bereits auf heterogene Interessen und Problemwahrnehmungen hin, die unter den Beteiligten ausgehandelt werden müssen.
- Aufklären ohne die »Keule« zu schwingen, Zusammenhänge aufzeigen: Rechts-Extremismus ist hasserfüllt und mörderisch – viele glauben, das wäre »nur« eine »Mode«.
- Auf andere (mehr oder weniger erfolgreiche) Projekte verweisen und diskutieren, warum sie erfolgreich waren oder nicht: Kontexte, Ansätze, Ansprüche, Probleme, Lösungsansätze, Erkenntnisse – was hat man gelernt?
- Überzeugungsarbeit: Emanzipatorisches Engagement ist anstrengend, aber ungleich viel befriedigender und nachhaltiger als »Wohlfühl-Kultur« und Individualismus.
- Projekte mit Symbolcharakter (etwa *held/in_dorf*) initiieren und durch regelmäßige bzw. wiederkehrende Aktionen (zum Beispiel jährlicher *Markt der Möglichkeiten*) in die lokale Zivilgesellschaft und das Vereinsleben integrieren.
- bestehende Orte des kommunikativen Austausches als Begegnungsräume stärken (etwa durch das Reisebuch *Region in Aktion – Eine Reise durch Vorpommern*).
- Netzwerke vor Ort stärken und dauerhaft institutionalisieren.

Einen Sinn von Außeralltäglichkeit und Gemeinschaft vermitteln, um neue Perspektiven zu eröffnen: denkmal_weg *Foto: Fridolin Welti*



Kunst und Rechtsextremismus: Erfahrungen ermöglichen und Horizonte erweitern

Ute Seckendorf ist aktuell Projektleiterin bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und für die Umsetzung des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesinnenministeriums zuständig. Das Interview führte Benno Plassmann.

Wie hat sich Ihre Erfahrung des Lebens in der DDR und der demokratischen Wende in Ihrer späteren Arbeit für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus niedergeschlagen?

Seit 1986 habe ich eine Galerie in Karl-Marx-Stadt geleitet. Dort haben wir auch Jazz und Performances gemacht. Mein Weg war nicht, mich offen gegen das System zu stellen, sondern eher, diese Nische zu ermöglichen und sie auszubauen. Wir haben Freiheiten im kulturell-künstlerischen Bereich gesucht und genutzt. Wir waren drei Frauen und haben damit unsere ersten Erfahrungen gesammelt: Wie gestalte ich selbst Kultur?

Das politische Engagement kam dann zwangsläufig. Schon in der Galerie Hermannstraße hatten wir Anfang der 1990er Jahre Überfälle von, sagen wir mal so, »Dorf-Nazis«. Die Hermannstraße war direkt am Bahnhof und Busbahnhof, wo am Freitagabend diese »Glatzen« von den Dörfern angekommen sind. Wir waren einer der nächsten Orte mit »komischer« Kunst an der Wand, wir galten als »Zeckenladen«. Wir mussten mehrfach die Erfahrung machen, dass die Polizei nicht kam, wenn wir sie riefen – oder erst Stunden später. Selbst, als es einmal Verletzte gegeben hat! Die Nazis haben uns die Galerie-Tür eingetreten, haben alle Bilder runtergerissen – es hat niemanden interessiert, weder in der Stadtverwaltung, noch bei der Polizei. Nazis wurden wahrgenommen als eine Art Jugendkultur, und weil alle mit sich selbst zu tun hatten, ist den meisten erst viel zu spät aufgefallen, dass es sich hier um eine menschenverachtende politische Strömung handelt, die gegen demokratische Werte und das demokratische System ist.

Als wir merkten, die Stadtverwaltung nimmt uns nicht ernst, haben wir das *Netzwerk Stadtteilkultur* gegründet, eine Vereinigung aller freien Träger im Bereich Stadtkultur, oder im weitesten Sinne der Soziokultur. Das Netzwerk gründeten wir aus der Erkenntnis heraus: Wir Leute, die wir Kunst und Kultur machen, sollten uns auch als politisch wahrnehmen – auch wenn wir nur angefangen haben damit, in der Kneipe zu sitzen und »für den Frieden zu trinken«. Nun wurde es ernster. Wir akquirierten Mittel und bekamen einen Sitz im Jugendhilfeausschuss. Das war eine Entwicklung von einem halben Jahr. Plötzlich saßen wir mit im Stadtparlament. Dort haben wir versucht, unsere Interessen zu vertreten und Geld zu organisieren für einen übergreifenden Fördertopf von Jugend und Kultur. Uns Menschen in der Verwaltung wird ja manchmal unterstellt, wir hätten keine Ahnung von dem, was

da draußen los ist. Aber ich habe Hilflosigkeit und Ignoranz über Jahre von der anderen Seite aus erlebt. Aber ich habe eben auch die Erfahrung gemacht: Mensch, misch dich ein – und es geht.

Netzwerkbildung war also von Anfang an ein wichtiges Thema Ihrer Arbeit. Ist das, Ihrer Erfahrung nach, heute leichter oder schwieriger geworden?

Die Anti-Rechtsextremismus-Szene hat sich sehr ausdifferenziert. Unterschiedliche gesellschaftliche Sparten scheinen noch viel weniger miteinander zu tun zu haben als in den Anfangsjahren. Es gibt eine hochqualifizierte Trägerlandschaft, die seit 2001 aus Bundesmitteln gefördert werden, Opferberatungsstellen, mobile Beratung und viele andere Träger. Sichtbar wird aber, dass die Kooperationsbereitschaft nicht breiter geworden ist. Das mag mit Konkurrenz, auch mit Geld zu tun haben, aber nicht nur. Oft fehlt die Einsicht, wo Organisationen voneinander profitieren könnten. Nehmen wir zum Beispiel eine Situation, wo es sowohl eine Organisation gibt, deren Aufgabe Eltern-Beratung ist, und eine Gruppe, die sich gegen Rechtsextremismus oder gegen Rassismus engagiert. Nun merkt jemand, dass bei einer bestimmten Eltern-Gruppe etwas nicht stimmt. Dann wäre es doch naheliegend, dass die beiden Organisationen sagen: Lasst uns gemeinsam ein Seminar dazu machen. Aber ich habe den Eindruck, dass die Trennung solcher Bereiche zugenommen hat.

Bei der Gestaltung des Förderprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« haben wir versucht, die Bündnisbildung zu fördern. Beim Blick auf die langen Listen von Trägern aus verschiedenen Programmen gegen Rechtsextremismus der letzten zehn Jahre ist uns aufgefallen, dass wir auf dem Weg die ganz großen Träger verloren haben. Da war niemand mehr vom Sport, niemand mehr von der Feuerwehr, kein Jugendverband mehr, sondern mehr und mehr die Träger mit speziellem inhaltlichen Fachwissen, wie zum Beispiel die *Amadeu Antonio Stiftung* oder andere, die sich eben seit zehn Jahren professionell mit diesem Thema beschäftigen. Das wollten wir ändern. Machen wir uns nichts vor, bei bestimmten großen Strukturen wie etwa der Feuerwehr gibt es weiterhin große Probleme im richtigen Umgang mit dem Rechtsextremismus. Wenn wir also weiterhin am Schwerpunkt »Ländlicher Raum« arbeiten wollen, dann müssen wir darauf achten, wen wir da erwischen wollen: Feuerwehr, Sport, kleine Vereine. Die sind dort und haben tagtäglich mit den Menschen zu tun.

Was steht Ihrer Erfahrung nach erfolgreicher Bündnis-Arbeit im Wege? Was hilft?

Manchmal hilft es, wenn wir als Geldgeber steuernd eingreifen. Wir müssen darauf achten, dass Projekte sich mehr den sogenannten schwierigen Zielgruppen zuwenden. In den Oberstufen-Zentren und Berufsschulen, da sitzt doch beispielsweise unser wichtigstes Klientel. Aber damit tun sich viele schwer, weil sie glauben, keinen Zugang zu bekommen. Aber den bekommen sie, wenn sie sich mit Leuten verbinden, die vor Ort mit diesen Zielgruppen arbeiten. Von außen irgendwo reinzugehen und zu sagen »Hey, ich weiß, wie es geht!« ist eine schwierige Haltung. Man braucht Verbündete vor Ort.

Ebenso problematisch ist es, dass viele Organisationen mit einer sehr vorgefassten Meinung über den Projektverlauf an ihre Arbeit herangehen. Dieses Prozesshafte, gemeinsam mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern etwas zu entwickeln, wird nicht von vielen wirklich geübt und umgesetzt. Für Projektpartnerschaften ist das aber sehr wichtig. Um dies zu fördern, braucht es meines Erachtens schon etwas sanften Zwang unsererseits, andere Projektpartner zu suchen, auch außerhalb des eigenen Wirkungskreises. Natürlich ist das Stress und harte Arbeit. Denn bei der Projektentwicklung geht es natürlich erst einmal um den Ausgleich von Interessen, das Aushandeln von Vertrauen, auch wenn alle für die gute Sache sind. Aber alle haben ja einen leicht anderen Blick darauf, was die gute Sache ist.

Welche Erfahrungen haben Sie im Bereich der Beratungsarbeit im ländlichen Raum gewonnen?

Für mich ist eine krasse Erfahrung, wie Presse-Berichterstattung zu einem Wandel in der Beratungsarbeit führt! Bei dem letzten von mir geleiteten Programm, *Kompetent für Demokratie*, haben wir viele Beratungsstellen in allen 16 Bundesländern gefördert. In den Listen über Fälle, die wir auf dem Tisch hatten, ist uns dann über drei, vier Jahre hinweg aufgefallen, dass Fälle immer weniger wurden, die sich zum Beispiel um Feuerwehr und Sport drehten. Da haben wir nachgefragt, wie es dazu kommt. Der Weg ist üblicherweise folgendermaßen. Der Ortsbrandmeister, der mit jemandem ein Problem hat, weil der »komische« Musik hört, meldet sich beim Kreisbrandmeister. Der sagt sofort, obwohl der Ortsbrandmeister noch nicht einmal weiß, ob die Musik »Rammstein« oder »Störkraft« ist: »mach einfach die Tür zu beim Autowaschen, oder willst du, dass morgen die Presse auf dem Hof steht«. Das heißt, obwohl Presse dazu da ist, gegen Deckelungen zu arbeiten, gibt es eindeutig Dynamiken, die doch auch wieder zu Deckelungen führen können. Aus Angst vor der Presse wird dann keine Beratung gesucht.

Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, Berater und Beraterinnen in diesen Organisationen auszubilden. Wir brauchen Personen, zum Beispiel in den Feuerwehren, die die Strukturen kennen, die wirklich ‚Stallgeruch‘ haben, und so viel eher das Vertrauen der Leute. So hoffen wir zu vermeiden, dass diese Deckelung beim ersten Anruf stattfindet. In Sachsen gibt es nun so einen Feuerwehr-Berater in jedem Landkreis. Wir nennen sie »Demokratie-Trainer«, die bekommen eine modulare Weiterbildung über anderthalb Jahre und wissen dann auch über die anderen Organisationen im Themenbereich Bescheid.

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Künstlerinnen und Künstler bei der weiteren Demokratisierung der Gesellschaft? Und umgekehrt auch, welche Rolle können Projekte demokratischer Kultur bei der Demokratisierung von Kunst und Kultur spielen?

Oft ist es ja erst einmal nötig, die Kulturförderung zu demokratisieren: Nicht nur die so genannte Hochkultur zu fördern, sondern eben auch das Kindertheater, die freien Gruppen oder die Popkultur – alle, die einen künstlerischen Anspruch mit

gesellschaftlichen Fragen verbinden – wie das etwa jetzt im »Kulturraumgesetz« in Sachsen umgesetzt wird. Dort ist es so, dass alles in einen Topf geht und ein Beirat über die Förderung entscheidet. Das gibt zwangsläufig und kontinuierlich Diskussionen, aber es ist eben offen, wo was stattfindet und wie finanziert wird. Das sehe ich als eine Form der Demokratisierung im Bereich Kunst und Kultur an.

Um Ihre Frage auch auf *Region in Aktion* zu beziehen: Ich weiss, wie lange *Schloss Bröllin* zum Beispiel schon in der Region aktiv ist. Trotzdem bleibt die Frage: Ist das jetzt Kunst für die Leute? Oder wird hier nur provoziert? Ich finde es sehr beachtlich, wie sich das alles entwickelt hat. Zwar passen das Kunstverständnis der Menschen in der Region und der künstlerische Anspruch der Künstler und Künstlerinnen, etwa aus Schloss Bröllin, oft nicht wirklich zusammen. Aber wenn ich mir anschaute, wer da in Pasewalk beim Plenum des Aktionsbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* alles zusammen in der Kirche gegessen hat, das fand ich sehr spannend. Die Atmosphäre war wirklich sehr gut und da konnte man sehen, dass es beim gesellschaftlichen Engagement eben doch zusammengehen kann.

Eine ganz positive Wirkung von solcher Kunst in so einer Region ist schließlich, dass Leute eine Erfahrung machen können, dass andere Leute einen anderen Lebensentwurf leben und leben können. Das fördert Toleranz, auch wenn es vielleicht zunächst Konflikte gibt – an denen kann man ja wachsen. Künstler und Künstlerinnen, die auf der Suche nach ihrer eigenen Ausdrucksform sind, die darf man nicht mit zu vielen Zwecken und Zielstellungen überfrachten. Kunst bereichert die Gesellschaft, aber wenn es zu direkt wird, dann wird es schwierig. Horizonte werden erweitert, für Erwachsene im Deutschen Theater genauso wie für Kinder, die zum ersten Mal auf der Bühne stehen. Da kann Kultur – ich rede nicht von Kunst – eine Brücke sein, um einen Dialog anzufangen, das hat ganz großartige Effekte auf Leute.

Gibt es schon Ergebnisse aus dem Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe«? Wenn ja, welche?

Wir haben neue Zielgruppen erreicht, was nicht einfach war. Kirchliche Träger, Bürgerbündnisse, Sport, Feuerwehr, THW, AWO und viele andere. Am Beginn des Programms waren die Verbände sehr skeptisch. Wir haben sehr oft gehört »Was sollen wir denn noch alles machen«. In der Tat sind dort viele Ehrenamtliche tätig, die nicht nur Fußballtrainer sind, sondern einen Beruf haben und sich meistens auch noch sehr für die dörfliche Gemeinschaft engagieren. Wir haben ihnen immer wieder erklärt, dass es nicht darum geht, etwas Neues Zusätzliches zu machen, sondern, dass sie von uns Unterstützung für ihre alltägliche Arbeit bekommen. Wir wollen sie sprach- und handlungsfähig machen, wenn es rassistische oder rechtsextreme Konflikte vor Ort gibt. Mittlerweile haben wir über 100 »Demokratie-Trainer« ausgebildet, die innerhalb ihrer Verbände jetzt Ansprechpartner sind. Meine feste Überzeugung ist, nach diesen vielen Jahren in diesem Thema, ein gut funktionierender, demokratischer Sportverein oder eine Ortsfeuerwehr sind ein wirksamer Schutz gegen rechtsextreme Ideologien.





**Der Osten
ist nur auf der
Karte rechts?!
Eine Bilanz**

Swantje Tobiassen

Foto: René Fietzek

Im April und Mai 2012 werden alternativ aussehende Jugendliche von Nazis durch Anklam gejagt und verletzt. In den gleichen Monaten werden mehrere Einrichtungen für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern zeitgleich Opfer von Buttersäureanschlägen und Nazi-Schmierereien. Drei Monate später, im August 2012, veranstaltet die NPD ihr »Pressefest« in der Nähe von Pasewalk. Die Region Vorpommern gilt als »Modellregion« der Nazis. Hier probieren sie Strategien und erwarten erfahrungsgemäß wenig Ärger dabei.

Am 9. November 2012 demonstriert die NPD in Wolgast gegen eine Unterkunft für geflüchtete Menschen. Alternative Jugendliche und junge Erwachsene wachen friedlich vor der Unterkunft, weil sich die Polizei dort nicht sehen lässt, um die Geflüchteten vor möglichen Angriffen der Nazis zu schützen. Die Bewohnerinnen und Bewohner bieten den Menschen vor ihrem Haus Kekse und Kaffee an und betonen mehrfach, wie froh sie sind, dass sie von ihnen unterstützt werden. Allerdings ruft der Heimleiter die Polizei. Er fühlt sich von den alternativen Menschen bedroht, die sich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern unterhalten. Bei einem Gespräch mit Heimleitung und Ordnungshütern wird den Menschen vor der Unterkunft vorgeworfen, dass sie den Frieden in Wolgast Nord gefährdeten. Die NPD-Demonstration, den eigentlichen Einsatzgrund, scheinen die Polizisten und Polizistinnen fast vergessen zu haben. Später am Abend erstattet ein Nazi Anzeige gegen alternative Jugendliche wegen eines angeblichen Diebstahls seines Pullovers. Die Polizei nimmt daraufhin etwa zwanzig junge Menschen vor der Flüchtlingsunterkunft fest. Der Nazi darf sie bei einer Gegenüberstellung »identifizieren«. Am gleichen Tag werden in Greifswald sämtliche Stolpersteine, die an von Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen ermordete Menschen erinnern, von Unbekannten entfernt.

Passiert das wirklich im Jahr 2012? Gab es die gleichen Geschichten nicht eher vor 20 Jahren?

Doch, da gab es sie auch. Ein Unterschied aber: Im Jahr 2012 regt sich glücklicherweise ein großer Widerstand gegen Naziaktivitäten in der Region, der bis heute anhält.

Über die Attacken gegen die Jugendlichen und die Einrichtungen wird ausführlich und kritisch von den Regionalzeitungen berichtet. In Vorpommern engagieren sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Einrichtungen sowie alle demokratischen Parteien, staatliche Akteurinnen und Akteure, viele Verwaltungen, der Tourismusverband, Privatpersonen und Vertreter und Vertreterinnen aus der Wirtschaft gegen das »Pressefest« der NPD-Zeitschrift »Deutsche Stimme«, organisieren eine Demokratiefeier, ein Demokratiefest, zahlreiche weitere Veranstaltungen und rufen das Aktionsbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* ins Leben. Am Tag des »Pressefests« selbst demonstrieren 2.000 Menschen für demokratische Kultur. Die Verwaltung erklärt darüber hinaus das »Pressefest« zu einer öffentlichen Veranstaltung. Somit können erstmalig sämtliche demokratischen Medien direkt vom Veranstaltungsort berichten.

Auch in Wolgast gehen über 1.000 Menschen gegen den Aufmarsch der Nazis auf die Straße und solidarisieren sich mit den Geflüchteten, die in Wolgast leben.

Ein halbes Jahr später werden neue Stolpersteine in Greifswald verlegt. Was hat sich seit den 1990er Jahren verändert? Und vor allem: Wie?

Engagement im ländlichen Raum lohnt sich

Demokratische Kultur braucht viele Menschen, die sich für sie einsetzen. Und sie braucht Geld, Unterstützung von politischen Verantwortlichen, von Verwaltungen und der Zivilgesellschaft. Sie braucht unterschiedliche Maßnahmen.

Region in Aktion ist eine solche Maßnahme und verfolgt einen recht außergewöhnlichen Ansatz. Demokratische Kultur wird mit Mitteln der kulturellen Bildung und darstellenden Kunst gestärkt, die speziell auf Potenziale und Herausforderungen der jeweiligen Region eingehen.

Dem Projekt voran steht der Anspruch, explizit auf die jeweiligen Besonderheiten und Gegebenheiten der Region zugeschnittene Aktionen zu planen und mit den Menschen vor Ort zu arbeiten. Deswegen werden Regionen ausgewählt, in denen die Stiftung bereits Kooperationspartnerinnen und -partner hat und ein gutes Vertrauensverhältnis besteht. Der Stiftung ist es darüber hinaus wichtig, in ihren Projekten einen »Innen-« und einen »Außenblick« zu diskutieren. Der »Innenblick« kommt von den Menschen vor Ort. Sie verstehen, wie die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Region denken, wie sie handeln und sind diejenigen, die das Projekt weiterführen, wenn die Förderung ausläuft. Nur über die Menschen von »innen« kann Nachhaltigkeit garantiert werden. Der »Außenblick« kommt von überregionalen Partnerinnen und Partnern. Ein »Außenblick« ist frei von festgefahrenen Strukturen, kann Dinge sehen, die die anderen schon nicht mehr wahrnehmen, den Finger tiefer in die Wunde legen und vor allem: unbelastet mit den Menschen vor Ort sprechen. Beide Blickwinkel helfen, Herausforderungen zu erkennen und zu meistern.



Zossen, denkmal_weg: Menschen zusammen bringen, die sich sonst mit Skepsis begegnen.

Foto: Fridolin Welti

Die unentdeckten Schätze von Vorpommern und Zossen

In Zossen leben wache Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und sehr gut mit regionalen und überregionalen Akteurinnen und Akteuren vernetzt sind. Auch die Verwaltung engagiert sich gegen rechtsextremes Gedankengut. Der Bürgermeisterin beispielsweise liegen Erinnerungskultur und die Aufklärung über Antisemitismus besonders am Herzen. Die Stadt organisiert zu diesem Thema unter anderem Ausstellungen und Veranstaltungen. Zossen ist eine prosperierende Stadt, die Zuzug verzeichnet und seit Jahren eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten im Bundesland hat. Der Stadt geht es ökonomisch gut, sie ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort in Brandenburg.

Die Diskursbereitschaft von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren und Akteurinnen mit der Verwaltung in Form von Bürgermeistern, Verwaltungsangestellten, Ordnungsamt und Polizei ist in der Region Pasewalk und Vorpommern herausragend. Für ein entschiedenes, gemeinsames Handeln gegen Nazis ist diese Kommunikationskultur von unschätzbarem Wert.

Vorpommern verfügt über viele Freiräume, die besonders gerne von Künstlerinnen und Künstlern genutzt werden, die deswegen in die Region ziehen. Es gibt ein anspruchsvolles Angebot an kulturellen Veranstaltungen.

Auch die Regionalzeitung *Nordkurier* birgt großes Potenzial. Viele Redakteure und Redakteurinnen schreiben differenzierte und sorgfältig recherchierte Berichte über Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Region. Da die Regionalzeitung durchaus zur Stimm- und Meinungsbildung zählt, ist die Zeitung wichtig für die Sensibilisierung der Menschen für nazistische Umtriebe und Propaganda.

In beiden Regionen besteht zwischen den Hauptakteuren und -akteurinnen (Ehrenamtliche und Hauptamtliche), die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, ein sehr gut ausgebautes Netzwerk. Es gibt feste Strukturen mit hauptamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, wie die *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.*, den *Demokratieladen* in Vorpommern und das *Aktionsbündnis Brandenburg*. Die Mittel, die hauptamtliche Strukturen ermöglichen, sind von hohem Wert bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

In Vorpommern und Zossen gibt es viele Vereine und Initiativen, die es den Menschen ermöglichen, sich zu diversen Themen zu engagieren. Diese Vielfalt wiederum schafft einen aktiven Umgang mit unterschiedlichen Positionen und Herangehensweisen, der wichtig ist, um das Thema Rechtsextremismus anzugehen und aus einer Vielzahl von Ideen die am besten passende Möglichkeit auszuwählen.

Die Zeit der Projektentwicklung: Fehlschläge und gutes Gelingen in Zossen

Hagen Ludwig arbeitet zu Beginn des Projekts als Koordinator für Zossen. Er engagiert sich seit Jahren gegen Nazis in der Region. Er ist Künstler und Sozialarbeiter und Mitglied der Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht (BI)*. Ludwig war selbst mehrfach Zielscheibe der Nazis. Unter anderem schmierten sie »Hagen Ludwig stirbt

bald!« an eine Mauer. Ludwig war Nebenkläger im Prozess um das in Brand gesetzte *Haus der Demokratie*. Im Feuer wurden sämtliche seiner Skulpturen und Kunstwerke zerstört. Ihm missfällt seit langem, dass die *Zossener Rundschau*, der Lokalteil der *Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ)*, wenig bis gar nicht über Aktionen der *BI* berichtet und das Naziproblem in Zossen verharmlost. Als das Projekt *Region in Aktion* beginnt, äußern er und andere Mitglieder der *BI*, aber auch einige Befragte der Sozialraumanalyse, den Wunsch nach einer eigenen Bürgerzeitung. Diese wollen sie selbst schreiben und an Zossener Haushalte verteilen. In der Befragung zeigt sich der Bedarf nach deutlich mehr Lokalberichterstattung, sorgfältig recherchierten Hintergründen und Informationen über Rechtsextremismus in der Region, aber auch über andere politische Themen. Es wird mehrfach beklagt, dass die *Zossener Zeitung* diese Informationen nicht im gewünschten Umfang bringe, verkürzt darstelle und mit zu wenig Distanz über das regierende Wahlbündnis und die Bürgermeisterin berichte.

Nach der Aktion *denkmal_weg* in Zossen am 8. Mai 2013 wird Benno Plassmann von der *Zossener Rundschau* interviewt. Das Interview wird ungekürzt abgedruckt, jedoch fehlt – angeblich aus Platzgründen – die Nennung von *Zossen zeigt Gesicht* und vom *Haus der Demokratie* (siehe *Zossener Rundschau* vom 10. Mai 2013, Seite 13).

Die Idee einer Bürgerzeitung ist in der Projektarbeit derzeit sehr populär. Auch die Projekte *Medien auf dem Land* der *Technischen Universität Berlin* und *Die AUFmacher der Jugendpresse Deutschland*, beide ebenfalls vom *Bundesministerium des Innern* gefördert, arbeiten mit Bürgermedien. Denn Bürgerinnen und Bürger, die auf ihr Geld achten müssen, sparen zuallererst beim Zeitungsabonnement. Da die NPD diese Lücke erkannt hat und bereits vor einigen Jahren anfang, kostenlos ihre *Boten* zu verteilen, erscheint es wichtig und richtig, diese Entwicklung aufzuhalten.

Die erste Ausgabe der Bürgerzeitung der Zossenerinnen und Zossener wird jedoch nicht im Rahmen von *Region in Aktion* gedruckt, denn die Artikel scheinen nicht geeignet, um in Zossen eine Gesprächskultur zwischen den unterschiedlichen Gruppen im Engagement gegen Nazis herzustellen. In Regionen, in denen es eine gute Kommunikationskultur zwischen allen Beteiligten gibt, kann eine Bürgerzeitung jedoch ein Mittel der Wahl sein, um eine kritische Öffentlichkeit herzustellen und zum Diskurs anzuregen. In einer Stadt wie Zossen, in der die Kommunikationssituation eine große Herausforderung darstellt, sollten zunächst andere Kommunikationsformate gewählt werden.

Wiederkehrende Rituale und Anlässe wie Wochenmärkte oder Stadtfeste sind gute Möglichkeiten, viele Menschen anzusprechen, aber auch um Angebote und Aktionen dauerhaft zu verankern und nachhaltig zu wirken. In Zossen gibt es den monatlich stattfindenden *Kraut- und Rübenmarkt*, auf dem regionale Produkte angeboten werden und auf dem auch Initiativen und Vereine Informationsstände haben. Besucherinnen und Besucher haben die Möglichkeit, sich in ungezwungener Atmosphäre auszutauschen. Ludwig hält den Markt für einen idealen Ort, um Menschen



held/in_dorf Performance: Das eigene Dorf neu entdecken.

Foto: René Fietzek

zusammen zu bringen, um sich kennen zu lernen und die angespannte Atmosphäre in der Stadt zu lockern. Es soll darum gehen, verschiedene Gruppen aufzufordern, sich selbst am Austausch zu beteiligen und nicht nur an dem Wissen und den Erfahrungen anderer zu partizipieren. Darüber hinaus ist der Markt ideal für darstellerische Aktionen, die genutzt werden können, Menschen gezielt miteinander ins Gespräch zu bringen und eine positive Selbsterfahrung zu ermöglichen.

Die Bürgerinitiative, die Veranstalter und Veranstalterinnen des Marktes, die *Amadeu Antonio Stiftung* und Künstler und Künstlerinnen von *The Working Party* planen gemeinsam ein darstellerisches Konzept für alle stattfindenden Märkte in 2012, bei dem viele Marktteilnehmende, aber auch Jugendliche, der Chor und andere Gruppen in die Planung und Umsetzung einbezogen werden. Zwei Wochen vor der ersten Aufführung und nach einigen Proben mit Interessierten ziehen sich die Veranstaltungsleiter des Marktes zurück und untersagen die Teilnahme der Stiftung am *Kraut- und Rübenmarkt*. Sie fürchten um den Fortbestand des Marktes, falls die Stadtverwaltung die darstellerischen Aktionen als politische Kundgebung verstehen könnte. Ein nachfolgendes Gespräch mit der Bürgermeisterin bestätigt diese Befürchtung nicht und auch Ludwig und die Bürgerinitiative sind vom unerwarteten Rückzug überrascht.

Die Fehlschläge mit der Bürgerzeitung, dem *Kraut- und Rübenmarkt* sowie die alles bestimmende angespannte Atmosphäre zwischen den demokratischen Akteuren und Akteurinnen stellen das Projekt und die Bekämpfung der Nazis vor große Herausforderungen. Ludwig hat zu diesem Zeitpunkt seine Tätigkeit als Projektkoordinator bereits an eine Mitarbeiterin der *Amadeu Antonio Stiftung* abgegeben. In den

ersten vier Monaten der Projektlaufzeit wurde allzu deutlich, dass eine Person, die selbst vom Konflikt in einer Stadt unmittelbar betroffen ist, kaum eine vermittelnde Rolle einnehmen kann. Ludwig bleibt dennoch ein wichtiger Ansprechpartner für *Region in Aktion*.

Die Bekämpfung von Nazi-Strukturen kann jedoch nicht warten, bis sich alle Demokraten und Demokratinnen auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt haben. Der Konflikt in Zossen ist so allbestimmend, dass die Verständigung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Währenddessen lachen sich die Rechtsextremen ins Fäustchen: wenn zwei sich streiten, freut sich nun mal der Dritte.

Die Projektpartner und -partnerinnen müssen sich eine andere Methode überlegen, um die demokratische Kultur vor Ort zu stärken und sich vor allem auf eine andere Zielgruppe konzentrieren: Bisher nicht zivilgesellschaftlich aktive Menschen, die nicht im Konflikt involviert sind.

Die Aktion *denkmal_weg* beispielsweise bringt Menschen einander näher, die sich auf der Straße sonst eher mit Skepsis begegnen. Heide Lehmann (Name von der Redaktion geändert) vom Seniorentreff im Alten Haus äußert sich negativ über die BI und insbesondere über deren Sprecher Jörg Wanke. Zwei Monate später ist sie – neben Jörg Wanke und anderen Mitgliedern der BI – eine von 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Aktion und spricht an vier Stolpersteinen über die Auslöschung jüdischen Lebens in Zossen durch die Nazis.

denkmal_weg ist eine künstlerische Stadtbegehung, an der Kinder von zwei Hornten teilnehmen, Menschen mit Behinderung von den Wünsdorfer Werkstätten, der Seniorentreff vom Mehrgenerationenhaus, der Gospelchor und die Bürgerinitiative *Zossen zeigt Gesicht*. Im Rahmen des Gedenkjahres »2013 – Zossen erinnert an 1933 und die Folgen« der Stadt, bringt *denkmal_weg* scheinbar unpolitische Bürgerinnen und Bürger mit politischen Menschen zusammen und bezieht auch Zossenerinnen und Zossener mit ein, die häufig vom sozialen Leben in der Stadt ausgeschlossen werden. Über die Auseinandersetzung mit der Bedeutung der Denkmäler der Stadt und insbesondere mit den Stolpersteinen, die immer wieder von Nazis geschändet werden, ist die Auseinandersetzung mit der Bedrohung der demokratischen Kultur durch lokale Naziumtriebe im Blickfeld der Aktion.

Handlungskonzept am Beispiel von held/in_dorf

Katharina Husemann arbeitet seit 20 Jahren auf Schloss Bröllin und lebt abwechselnd in Bröllin und Berlin. Sie ist Kulturmanagerin und hat das Gefühl, dass Schloss Bröllin wie ein Ufo in der Region wahrgenommen wird. Sie weiß um das Potenzial für die Region, das die Kunstproduktionsstätte birgt, jedoch gelingt es dem Verein zu wenig, die Menschen aus den umliegenden Gemeinden und Dörfern für den Ort zu begeistern. Aus aller Welt kommen Künstlerinnen und Künstler, um auf Schloss Bröllin zu produzieren (auf die Frage, wo denn Pasewalk liege, sagt ein Japanerin »Ach, in der Nähe von Schloss Bröllin!«), aber die Bürgerinnen und Bürger, die in unmittelbarer Umgebung leben, kennen es nicht oder waren zumindest noch nie dort. Katharina Husemann bemerkt, dass Nazis es sich in der Region gemütlich ma-

chen, weil keiner etwas gegen sie sagt oder tut. Sie kann sich jedoch nicht vorstellen, dass sich außer ihnen auf Bröllin niemand an den Nazis stört.

Ihr fehlt eine Plattform, eine Austauschmöglichkeit. Zum einen liegt es Katharina Husemann daran, die Menschen für Schloss Bröllin zu begeistern und ihnen zu zeigen, welche Angebote es vor ihrer Haustür gibt. Sie würde sich gerne mit Menschen vernetzen, die ähnliche Dinge anbieten wie Jugendarbeit, Kunst und Kultur. Zum anderen ist ihr daran gelegen, den Nazis nicht den Raum zu überlassen, den sie sich bereits genommen haben.

In Vorpommern geht es im Besonderen darum, zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Einzelpersonen zu vernetzen und untereinander bekannt zu machen. Gemeinsame Aktionen sind nicht nur öffentlichkeitswirksamer, sondern signalisieren auch: Wir sind viele und tolerieren keine rechtsextremen und rassistischen Einstellungen. Gemeinsame Planung bringt neue Ideen hervor, macht mehr Spaß und gemeinsame Aktionen machen stark und ermutigen.

Die Annahmen von Katharina Husemann werden in der Sozialraumanalyse und Befragung in der Region bestätigt. Viele Menschen fühlen sich vereinzelt und denken, dass in der Region »ja eh nichts los« sei. Denjenigen, die engagiert sind, fehlt ein Miteinander und Austausch zu bestimmten Themen. So entwickelt Katharina Husemann gemeinsam mit der *Amadeu Antonio Stiftung* und *The Working Party* das Projektkonzept *held/in_dorf*, eine außergewöhnliche Busreise durch die Region, denn Engagement und Kommunikation brauchen (Mitmach-)Möglichkeiten, Anlässe und Orte und passieren nicht von allein.

Durch die Befragung in Fahrenwalde können drei Handlungsfelder identifiziert werden: Wunsch nach besserer Vernetzung und Austausch; Wunsch nach verbesserter Mobilität und Mitbestimmung; Wunsch, dem raschen regionalen demographischen Wandel Einhalt zu gebieten, in dem sich Firmen in der Region ansiedeln. *Region in Aktion* kann jedoch nur die Herausforderung nach Austausch bewältigen.

Ein zentraler Punkt im Aufbau von Kommunikationsstrukturen ist die Kontaktherstellung zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Nur wer persönlich eingeladen wird, fühlt sich auch angesprochen. Katharina Husemann arbeitet seit Beginn von *Region in Aktion* als Koordinatorin für den Projektteil in Vorpommern. Sie recherchiert in monatelanger Arbeit Kontaktdaten und lädt in persönlichen E-Mails Vereine, Initiativen, Einzelpersonen und Netzwerke zu einem ersten Kennlerntreffen ein. E-Mails eignen sich gut als Einladung, da sie vom Empfänger schnell weitergeleitet werden können und wie ein Schneeballsystem funktionieren. Diejenigen, die nicht auf E-Mails reagieren, ruft Katharina Husemann an, schreibt einen Brief, oder geht persönlich vorbei. Der Kontaktaufbau ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe, die viel Zeit in Anspruch nimmt, sich aber hinterher auszahlt.

Bei den ersten moderierten Treffen geht es in erster Linie um das gegenseitige Kennenlernen. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird ein konkretes Projekt

vorgestellt, das jedoch genug Raum für eigene Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten lässt. Katharina Husemann fällt auf, dass sie ratlos reagieren, wenn »sie sich überlegen sollen, was sie gerne machen würden«. Gibt es jedoch eine konkrete Idee, wird sie von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern weiterentwickelt. So zeigt sich, was ihre Bedürfnisse sind und welche Möglichkeiten und Herausforderungen sie sehen, diese zu befriedigen.

Aus den ersten Treffen entwickeln sich Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen. Diese Arbeitsgemeinschaften treffen sich in regelmäßigen Abständen reihum bei den Mitgliedern. Die Treffen werden nicht von *Region in Aktion* begleitet, jedoch ist Katharina Husemann in einigen AGs aktiv. Bei den Treffen wird darüber hinaus deutlich, dass es einige Träger, Vereine, Initiativen gibt, die zu ähnlichen oder gleichen Themen arbeiten, aber das noch nie gemeinsam. Mangels solcher Vernetzung entstehen Eindrücke wie: »Außer uns kümmert sich keiner.«, »Niemand kommt zu unseren Veranstaltungen.«, »Nie wird von unseren Angeboten in der Zeitung berichtet«, die nur durch Vernetzung und Austausch aufgebrochen werden können.

Durch die gemeinsame Arbeit an der Aktion *held/in_dorf* und parallel laufenden Veranstaltungen, die über *Region in Aktion* (mit-) organisiert werden, entsteht ein enges Netzwerk aus Menschen, die etwas für die Region und gegen Nazis tun wollen. Wie hervorragend die Vernetzung klappt zeigt die *Demokratiemeile*, im August 2012 zwischen Viereck und Pasewalk.

Auffällig ist, wie sich die Vernetzungsarbeit im Vorfeld auszahlt. Durch Verbindungen, die unter anderem durch die ersten Vernetzungstreffen stattgefunden haben, findet sich ein Organisationsteam für die Gegenaktionen sehr schnell zusammen. Als Katharina Husemann vom »Pressefest« aus dem *Nordkurier* erfährt, ruft sie bei der Stadt Pasewalk an und signalisiert die Unterstützung von *schloss bröllin*, der *Amadeu Antonio Stiftung* und von *The Working Party*. Benno Plassmann, Moderator der ersten Vernetzungstreffen auf Schloss Bröllin, wird kurze Zeit später verantwortlicher Sprecher des Rathauses für die Gegenaktionen vom »Pressefest« und – als sich das Aktionsbündnis *Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!* bildet – auch dessen Sprecher. Viele kennen ihn bereits von den Treffen auf Schloss Bröllin.

Katharina Husemann merkt, dass die Zeit, die sie investiert hat, um sich mit anderen in der Region bekannt zu machen, auszahlt. Schloss Bröllin ist allgegenwärtig bei den Menschen in der Region, als Anlauf- und Treffpunkt bei Aktionen und in der Presse. Insbesondere die *held/in_dorf*-Busreise und das anschließende Festessen auf dem Schloss haben vielen Menschen die Scheu vor dem »Kunst-Ort« Bröllin genommen. Deutlich wird ihr jedoch auch, dass ohne die finanziellen Mittel, die sie während der Laufzeit von *Region in Aktion* zur Verfügung hat, diese Vernetzungsarbeit niemals hätte stattfinden können. Fraglich auch, was passiert, wenn diese Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Ist das Netzwerk stabil genug, um auf Dauer selbstorganisierte Treffen zu ermöglichen? Wie gehen die Menschen mit den Wegdistanzen um? Diese Fragen können erst einige Zeit nach Projektende geklärt werden. Die Erfahrung zeigt, dass sich feste Gruppen (wie in diesem Fall das Aktionsbündnis und die entstandenen AGs) weiterhin treffen, sich jedoch verklei-



Schloss Bröllin: Angebote und Mitmachmöglichkeiten vor der Haustür.

Foto: Peter van Heesen

nern. Diese Entwicklung muss nicht unbedingt negativ sein, wenn denn weiterhin die Möglichkeit besteht, dass Menschen schnell zusammengebracht werden und gemeinsam eine Aktion (zum Beispiel gegen ein weiteres »Pressefest« der NPD oder anderen Nazi-Veranstaltungen und Bedrohungssituationen) planen und durchführen können.

Alltagsrassismus erkennen

In einer Region wie Vorpommern, in der es kaum nicht-weiße Menschen gibt, gibt es dementsprechend weniger rassistische Äußerungen oder Übergriffe gegen diese. Was aber im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass es keinen Rassismus gibt.

In einem Ort, in dem Nazis anders aussehende oder anders denkende Menschen nicht mehr jagen und zusammenschlagen, sondern nette und hilfsbereite Nachbarinnen und Nachbarn sind, die weißen Deutschen bei Hausaufgaben helfen oder Besorgungen erledigen, bedeutet dies nicht, dass es in Ordnung ist, menschenverachtende Ansichten zu haben und bestimmte Gruppen abzuwerten.

Wie kann also ein Thema in einer Region oder Kommune behandelt werden, von dem es keine Problemwahrnehmung gibt?

Kulturelle Bildung und darstellende Kunst eignen sich gut, um Menschen an bestimmte Problematiken heranzuführen. Zum einen hat Theater eine sehr eigene Art, sich Themen zu nähern, zum anderen kann es Fragen aufgreifen, ohne dass die Menschen sich angegriffen fühlen und sofort eine Abwehrhaltung einnehmen. Über Theater lassen sich die Menschen auch auf kontroverse Themen ein, wie am Beispiel von *denkmal_weg* und *held/in_dorf* bereits deutlich wurde.

Jedoch sind Kommunikation, Theater und Engagement nicht per se demokratisch. Es gilt also, diese so zu gestalten, dass sie inklusiv für alle Menschen sind und

sich klar gegen Nazi-Ideologien und Alltagsrassismus positionieren. Das funktioniert zum einen über die Wahl der Themen (wie die kritische Auseinandersetzung mit den Denkmälern in Zossen und des Begriffs Heldinnen und Helden in Vorpommern), den Dialog auf Augenhöhe und aktive Einbeziehung in Planung und Durchführung von Projekten von bestimmten Gruppen, die häufig von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden (wie Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, alternative Jugendliche, Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen), ohne auf Unterschiedlichkeit hinzuweisen oder sie vorzuführen. Auch Kommunikation und Engagement müssen mit Inhalten gefüllt werden. Sich nur zu treffen reicht für eine Stärkung der demokratischen Alltagskultur nicht aus. Es geht um die Themen, die verhandelt und diskutiert werden, und wer in die Kommunikation und das Engagement eingeschlossen und wer ausgeschlossen wird.

Demokratische Kommunikation macht aufgeschlossen gegenüber Unbekanntem und Unbekannten. Vorurteile müssen benannt und aufgelöst werden. Dazu gilt es auch, sich selbst immer wieder zu hinterfragen. Denn selbst Menschen, die von sich denken, weltoffen und demokratisch zu sein, haben mitunter rassistische oder andere gruppenbezogen menschenfeindliche Ansichten, etwa gegenüber Roma, Polinnen und Polen, Russlanddeutschen oder Jüdinnen und Juden oder arbeitslosen Menschen.

Schlussfolgerungen

Menschen können recht schnell mobilisiert werden, wenn sie Angebote und Mitmachmöglichkeiten erhalten. Jedoch ist auch das Klima in einer Region für Engagement entscheidend.

Kommunikationsorte müssen nicht erst geschaffen werden, es gibt sie bereits. Jedoch ist es manchmal notwendig, diese Orte wiederzubeleben oder um Inhalte zu erweitern. Um von den bestehenden Orten und Themen zu erfahren ist es unabdingbar, sich sorgfältig mit der Region auseinanderzusetzen und den Menschen, die dort leben, aufmerksam zuzuhören. Projektpartner und -partnerinnen aus dem Ort schaffen Vertrauen und Einblicke in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Die Angebote von *Region in Aktion* werden vielen Menschen die Augen geöffnet haben, dass Nazis eben kein herangetragen Problem sind, sondern dass die Region selbst das Problem ist, wenn die Menschen, die in ihr leben, nichts zur Stärkung der demokratischen Kultur unternehmen.

Swantje Tobiassen studierte Sozialwissenschaften und Public Policy in Bremen, Budapest und Berlin. Seit 2011 leitet sie das Projekt Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum der Amadeu Antonio Stiftung. Zuvor arbeitete sie in Südafrika und Namibia unter anderem für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Bereich HIV/AIDS-Prävention.

Expertisen von Region in Aktion

Tageszeitungen im ländlichen Raum

Marion Kraske beschreibt in Ihrer Expertise, wie ein Weg aussehen könnte, die Bürgerinnen und Bürger wieder für die Zeitungen zu begeistern. Indem die Redakteurinnen und Redakteure dort sind, wo die Menschen sind. Um die Menschen zurückzugewinnen und zu halten ist es wichtig, auf ihre Bedürfnisse und Interessen einzugehen und Geschichten zu erzählen – ganz lokale Geschichten aus der Region.

<http://7.ly/xxw>



Zum Engagement älterer Menschen in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Peter-Georg Albrecht fragt in seiner Expertise wodurch das freiwillige Engagement älterer Menschen in ländlichen Räumen bestimmt wird. Denn Engagement für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit ist in einer prekären Situation: Wo engagierte junge Menschen fehlen, macht auch das Engagement älterer Menschen häufig wenig Freude. Was tun?

<http://7.ly/xxxy>



Die Bedeutung sozialer Netzwerke im ländlichen Raum

Johannes Baldaufs Expertise geht auf die Chancen ein, die das Internet als Informations- und Vernetzungsplattform in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bieten kann. Er verweist auch auf die Schwierigkeit, die Fülle von Informationen zu filtern und seriöse Quellen von Rechtsextremistenpropaganda oder Verschwörungstheorien zu unterscheiden.

<http://7.ly/xxz>



Danke!

Wir möchten an dieser Stelle herzlich allen danken, die uns ermutigt, unterstützt und begleitet haben, das Projekt *Region in Aktion* durchzuführen.

Dem Projektbeirat: Privatdozentin Dr. Gabriela Christmann (»Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum« am Leibniz-Institut für Regionentwicklung und Strukturplanung), Frank Meinke (»Strategie und Konzeption«, Serviceplan Gruppe), Julia Seeliger (taz-Journalistin und Bloggerin), Michael Seidel (Chefredakteur Schweriner Volkszeitung), Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal), Ole Seidenberg (Agentur Nest) und Simon Teune (Institut für Protest- und Bewegungsforschung)

Regiestelle Zusammenhalt durch Teilhabe: Ute Seckendorf, Lan Böhm, Mirko Bartzik, Lisa Dres und Klaus Harnisch

Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern: der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, Manuela Schwesig, und ihrem Referatsleiter Claus Wergin und dem Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mathias Brodtkorb

Landesregierung Brandenburg: Angelika Thiel-Vigh, Leiterin der Koordinierungsstelle Toleraantes Brandenburg

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Generalsuperintendentin Heilgard Asmus

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern: Jochen Schmidt und Ute Schmidt

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern: Niels Gatzke, Christian Utpatel sowie den Kolleginnen und Kollegen im Regionalzentrum Anklam

Demokratieladen Anklam/Demokratisches Ostvorpommern e.V.: Annett Freier, Günther Hoffmann und Tina Rath

Nordkurier: Lutz Schumacher

Stadt Pasewalk: Rainer Dambach, Jutta Bressemer und Katarzyna Werth

Stadt Zossen: Michaela Schreiber und Axel Jürs

Freudenberg Stiftung: Dr. Pia Gerber

sowie: Evi Bähr, Carsten Beier, Prof. Dr. Dierk Borstel (Fachhochschule Dortmund), Daniel Corlett, Robert Deutschländer, Superintendentin Katharina Furian, Theresa Heller, Daniel Holtermann, Kai Jahns, Tamara Jockenhöfer, Dr. Leif Kramp, Hagen Ludwig, Felix Müller, Nina Pawlik, Christian Pietzok, Heike Robrahn, Esther Preußler, Maik Sander, Uwe Stuck, Anne-rose Wergin, Klaus Voeckler, Timo und dem Aktionsbündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!, »Altes Haus« Seniorentreff Zossen, Arbeitslosenverband Deutschland Kreisverband Uecker-Randow, AWO Kreisverband Uecker-Randow, E-Werk Zossen, Gender Werkstatt Ramin e.V. mit Jolanta Grenke, Mitglieder des Gospel Chors Zossen, Gutsmuseum und Dorf-Café Damerow, Hexe Klex, HOP Transnationales Netzwerk Odermündung e.V., Hort Wünsdorf, Hort Zossen, JaM-Home Zossen, Kulturhaus Kino Brüssow, Pommer'sche Marktscheune mit Ina und Jürgen, Treacle Theatre, Wünsdorfer Werkstätten, Züsedomer Oldtimer Club sowie allen Autorinnen und Autoren, Fotografinnen und Fotografen und Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern.

**Auf dem Land oder in einer Kleinstadt zu leben und etwas gegen Nazis zu unternehmen, ist besonders dann schwer, wenn die Mehrheit scheinbar schweigend Rechts-
extremismus hinnimmt und die engagierten als »Nest-
beschmutzerinnen« und »Nestbeschmutzer« diffamiert.
Das Buch beschreibt, wie mit ungewöhnlichen Aktions-
formen demokratische Kultur im ländlichen Raum gestärkt
werden kann und stellt Erfahrungen und Erfolge aus dem
Projekt »Region in Aktion« der Amadeu Antonio Stiftung
vor. Mit Beiträgen und Interviews von dem Frankfurter
Soziologen Sighard Neckel, der Opferberatung LOBBI, dem
Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung Michael Seidel
und dem Mitinitiator der 3ten Generation Ostdeutschland
Johannes Staemmler.**

REGION IN AKTION
KOMMUNIKATION IM LÄNDLICHEN RAUM



MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Seit ihrer Gründung ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür hat sie überall in Deutschland bereits über 700 lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für Aussteiger und Aussteigerinnen aus der Naziszene unterstützt. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine Förderung hinaus dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen und sich zu vernetzen.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute 183 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin, Germany
Telefon 030. 240 886 10
Fax 030. 240 886 22

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 60 967, Konto-Nr. 6005000000
BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
Bitte geben Sie bei der Überweisung auch eine Adresse an,
damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.



AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR